Deutsche raus S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 41 – 10. Oktober 2015

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Flut schwillt weiter an: Zuwanderer auf dem Weg zur Erstaufnahme in München am 12. September Bild: pa

Bis zu 16 Millionen!

»Zusammenbruch der Versorgung«: Asylflut nimmt apokalyptische Ausmaße an

Neue Schätzungen der Behörden übertreffen die schlimmsten Befürchtungen. In den Asyllagern heizt sich die Stimmung auf.

Die Zahlen schrecken auf: Laut einem vertraulichen Bericht erwarten die deutschen Behörden angeblich, dass allein in den letzten drei Monaten dieses Jahres weitere 920000 Asylbewerber, Flüchtlinge und illegal Einreisende nach Deutschland kommen. Mit den bis Ende September bereits registrierten 573000 kommt das Papier auf rund 1,5 Millionen.

Dabei scheint bereits diese astronomische Zahl überholt zu sein: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schätzt, dass sich zudem rund 290000 Personen bereits im Land aufhalten, die noch nicht registriert sind. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von 1,8 Millionen – mehr Menschen, als Mecklenburg-Vorpommern Einwohner hat.

Aber selbst das ist erst ein Zipfel der Wahrheit. Laut dem bekannt gewordenen Papier rechnen die Behörden damit, dass jeder Asylant zwischen vier und acht Familienangehörige nachholen werde, sobald sein Asylantrag angenommen worden sei. Die *PAZ* berichtete bereits am 1. August über einen Syrer, der seine zwei (!) Frauen und elf Kinder nach Südhessen nachholte.

> Bei Pegida »spazieren« bereits wieder bis zu 20000 Menschen

Damit erhöht sich die Zahl derer, die maximal erwartet werden, auf neun bis 16 Millionen, die Einwohnerzahl aller neuen Bundesländer. Zu 90 Prozent handelt es sich um Moslems. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) pocht bereits darauf, dass vor allem die Frauen und Kinder unter den Nachzüglern „bevorzugt“ zu behandeln seien.

Das Behördenpapier warnt schon jetzt vor einem möglichen „Zusammenbruch der Versorgung“ in den Asyllagern. Dort heizt sich die Atmosphäre bedrohlich auf, obwohl der Zustrom offenbar gerade erst begonnen hat. Gewaltexplosionen häufen sich.

Einen Grund für die explosive Stimmung in den Lagern hat die Politik, allen voran Kanzlerin Merkel, selbst gelegt. Gegenüber „Spiegel TV“ beklagte ein Syrer: Die Deutschen sagten, die Unruhen entstünden wegen der vielen Menschen in den Lagern. Warum aber, fragte der Mann, „holen sie dann immer noch mehr Menschen nach?“ Ein anderer äußerte Zweifel, ob es die Deutschen mit ihrem „Willkommen“ überhaupt ernst gemeint hätten. Er fühlt sich augenscheinlich betrogen.

Im Wort „holen“ steckt die Wahrheit über den dramatischen Anstieg der Flut. Es ist die hinausposaunte „Willkommenskultur“, welche die Millionen regelrecht ansaugt. Wenn diese dann in schäbigen Massenlagern enden, wachsen in ihnen Enttäuschung, Wut und Aggression. Hinzu kommen die Konflikte ihrer Heimatländer, die sie mitbringen, und Hass auf Nichtmuslime (siehe unten).

Die Deutschen erschrecken zunehmend vor der kaum noch zu bemessenden Fehlleistung ihrer politischen Führung. Bei Pegida „spazieren“ schon wieder bis zu 20000 Menschen. Auch das dürfte erst der Anfang sein. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ohne Recht!

Artikel 5 des Grundgesetzes hat für Journalisten und Demonstranten eine große Bedeutung, garantiert er doch gleichermaßen die Presse- wie die Meinungsfreiheit. Geht es jedoch nach dem Willen des Mitteldeutschen Rundfunks, des Zeitungsverlegerverbandes und der Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen des Deutschen Journalistenverbandes, darf letztgenanntes Grundrecht gern ein wenig eingeschränkt werden. Jedenfalls dann, wenn es die Pegida und deren Kritik an den Medien betrifft. Deren „Lügenpresse“-Rufe seien nämlich „nicht nur für alle Medienvertreter unerträglich“, sie beschädigten auch die Demokratie, schafften „eine Stimmung der Verunsicherung in der Bevölkerung“, die Gewalt schüre und hätten „für eine Vergiftung des Klimas“ gesorgt, die nicht mehr hinnehmbar sei. Deshalb, so der Staatssender und die Verbände in einem gemeinsamen Appell an die Regierungen der drei genannten Bundesländer, müsse „dem Spuk endlich ein Ende gemacht werden“. Die politisch Verantwortlichen sollten „den Umgang mit Pegida-Veranstaltungen sowie ähnlichen Gruppierungen gründlich überdenken“.

Mit welchem Recht fordern die Medienschaffenden ein solches Mundtotmachen ihrer Kritiker? Mit keinem! Zwar hat auch das Grundrecht der Meinungsfreiheit seine Schranken in den allgemeinen Gesetzen, Vorschriften und dem Recht der persönlichen Ehre, doch sind diese hier gar nicht tangiert. Das Prädikat „Lügenpresse“ haben sich die „Mainstream-Medien“ durch ihre manipulative und nicht selten wahrheitswidrige Berichterstattung selbst zuzuschreiben. Es ist nicht Aufgabe des Staates, für ein mediennfreundliches Klima bei Demonstrationen zu sorgen.

Juden haben Angst

Zentralrat warnt vor Gewalt durch muslimische Zuwanderer

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hat bei einem Treffen mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften im Bundeskanzleramt vor einer Zunahme von „arabischstämmigem Antisemitismus“ gewarnt. Gegenüber der „Welt am Sonntag“ sagte er dazu: „Unter den Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stammen sehr viele aus Ländern, in denen Israel zum Feindbild gehört. Sie sind mit dieser Israelfeindlichkeit aufgewachsen und übertragen ihre Ressentiments häufig auf Juden generell.“ Nach Schusters Redebeitrag in der Kanzleramtsrunde herrschte nach Angaben von Teilnehmern „betretene Stille“.

Auch Doron Kiesel, Sozial- und Erziehungswissenschaftler an der Fachhochschule Erfurt, zeigt sich in der „Jüdischen Allgemeinen“ besorgt“. Der Wille der Zuwanderer,

> »Wem helfen wir da eigentlich?«

für immer in Deutschland zu bleiben, verpflichte sie, sich auf die gesellschaftlichen und politischen Spielregeln des Aufnahmelandes einzulassen. Allerdings sei dieses Integrationsprojekt zum Scheitern verurteilt, wenn die Aufnahmegesellschaft ihnen nicht ausreichend Wohnungen, Arbeit, Sprachunterricht und Bildungsangebote zur Verfügung stelle. Sollten diese „Integrationsbausteine“ ausbleiben, sei damit zu rechnen, dass „frustrierte und ausgegrenzte Angehörige von ethnisch-religiösen Minderheiten in Form einer religiösen Abkapselung und der Suche nach den Verantwortlichen für ihre Situation“ reagierten. Das Erfahrungswissen lehre, „dass in diesen Fällen Juden oder Israelis die Sündenböcke darstellen“.

Der Journalist Shlomo Almagor äußert in der gleichen Zeitung zwar Verständnis dafür, „jemandem zu helfen, der in Not ist“, stellt aber die Frage: „Wem helfen wir da eigentlich?“ Denn vor wenigen Jahren hätten die gleichen Menschen in Syrien noch „Tod für Israel“ gerufen. *J.H.*

Noch mehr Milliarden weg

Regierung will Nachtragshaushalt zur Finanzierung der Zuwandererflut

Die Bundesregierung straft ihre eigene Aussage, die Menschenflut, die sich derzeit über unser Land ergießt, stelle keine nennenswerte finanzielle Belastung dar, selbst Lügen. Das wird allein schon durch den Entwurf für das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2015 deutlich. Dieser sieht vor, zur „Finanzierung der Kosten für Aufgaben im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern“ die Ausgaben des Bundes in diesem Jahr um 5,1 Milliarden Euro auf 306,7 Milliarden Euro zu erhöhen. Die Ausgabenerhöhung dient vor allem der Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Zuwanderern. Nach dem Gesetzentwurf sollen sie dafür im laufenden Jahr insgesamt zwei Milliarden Euro an Bundeszuschüssen erhalten. Bisher waren dafür eine Milliarde Euro vorgesehen.

> Für die EU sind die Ausgaben Investition

Weitere fünf Milliarden Euro sollen in eine Rücklage zur Finanzierung von Belastungen des Bundes fließen, „die durch die strukturelle, dauerhafte und dynamische Beteiligung des Bundes an den Kosten der Länder und Kommunen und durch die Aufwendungen im Bundesbereich“ entstehen. Gespeist werden soll diese Rücklage aus den in diesem Jahr zu erwartenden Überschüssen im Bundeshaushalt. Trotz der Mehrausgaben müssten in diesem Jahr keine neuen Kredite aufgenommen werden, so die Bundesregierung. Gleichwohl fehlt das für die Zuwanderer ausgegebene Geld an anderer Stelle, wo es dringend benötigt wird.

EU-Währungskommissar Pierre Moscovici setzt sich dafür ein, dass die Kosten, die wegen der Zuwanderung auf die EU-Mitgliedsländer zukommen, als Investitionen betrachtet und nicht auf deren Schulden angerechnet werden. Damit will er verhindern, dass die höhere Verschuldung als Verstoß gegen den Stabilitätspakt gewertet wird. *J.H.*

MELDUNGEN

Flucht vor Immigranten

Minsk – Der aus Frankreich stammende und mit russischem Pass in Italien lebende Schauspieler Gérard Depardieu ist immer für eine Überraschung gut. Jetzt hat er erklärt, er habe „genug von den Immigrantenmassen, die zur Zeit nach Europa einströmen“. Deshalb will er aus Italien weg und nach Weißrussland ziehen. Dort wolle er, wie er sagt, „unter den einheimischen Bauern“ leben. Das Land gefalle ihm ebenso wie dessen Präsident. Alexander Lukaschenko und der als rauhbeinig verrufene Depardieu hatten sich im Juni bei Dreharbeiten zu einem Film kennen- und wechselseitig schätzen gelernt. Depardieu lehnt die europäische Politik aller Richtungen als verfehlt ab, „da sie dem Kontinent jede Zukunftschance“ raube. *T.W.W.*

DPolG: Staat kündigt Konsens

Berlin – Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), kritisiert den Umgang mit kriminellen Asylbewerbern: „Die Nachsicht von Politik und Justiz wird unter den Tätern als Ermunterung und Einladung verstanden, weitere Straftaten zu begehen.“ Wenn der Rechtsstaat nicht sofort mit aller Konsequenz reagiere, wenn schwere Straftaten unter Flüchtlingen oder von Flüchtlingen begangen würden, sende er „fatale Signale der Verharmlosung aus“. Das müsse verhindert werden, denn das staatliche Gewaltmonopol beruhe auf dem gesellschaftlichen Konsens, dass die Bürger dieses Monopol akzeptierten, wenn der Staat sie seinerseits wirkungsvoll schütze. Sei er dazu nicht bereit, kündige der Staat diesen Konsens und die Menschen nähmen den Anspruch, sich zu schützen, „wieder selbst in die Hand“. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben Straftaten von Asylbewerbern aufgrund der herrschenden Rechtslage keine Auswirkungen auf das laufende Asylverfahren. *J.H.*

AfD wehrt sich mit Gutachten

Hamburg – Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft geht gegen ihre systematische Ausgrenzung durch die anderen Fraktionen in die Offensive. Hintergrund ist die bereits im achten Wahlgang gescheiterte Entsendung eines AfD-Mitglieds in die Härtefallkommission, die unter anderem über das Bleiberecht ausreisepflichtiger Ausländer entscheiden kann. Um eine Mitwirkung der AfD in dem Gremium zu verhindern, hat das Parlament das Einstimmigkeitsprinzip der Kommission aufgehoben und das Gesetz zur Kommission geändert (siehe *PAZ* 25/2015). Der Fraktionsvorsitzende Jörn Kruse: „Nun reicht es endgültig.“ Der von der AfD als Gutachter bestellte Staatsrechtler Dietrich Murswiek stellt dazu fest: „Die Regeln müssen vom Parlament so angewendet werden, dass dem Grundsatz der Spiegelbildlichkeit und damit dem Repräsentationsprinzip in vollem Umfang Rechnung getragen wird. Daraus folgt, dass die Parlamentsmehrheit verfassungswidrig handelt, wenn sie die von einer Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten allein deshalb ablehnt, weil diese einer bestimmten Fraktion angehören. Denn der zu besetzende Sitz in der Kommission steht der betreffenden Fraktion von Verfassungs wegen zu.“ *J.H.*

Mit den Syrern ist nicht Schluss

Zunehmend machen sich nun auch Afghanen, Pakistaner und Bengalen auf den Weg nach Europa

Noch kommen vorwiegend Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak nach Deutschland, obwohl fast 30 Prozent der als Syrer registrierten Flüchtlinge gar nicht aus Syrien stammen sollen. Bald könnte diesen angeblichen Syrern eine Welle von Afghanen und Pakistanis folgen, denn in jedem Monat verlassen jetzt bis zu 100000 Afghanen ihr Land. Für viele heißt das Ziel Europa.

So wie der jetzigen großen Flüchtlingswelle aus Syrien und dem Irak eine Welle aus dem Westbalkan vorausgegangen war, könnte ihr bald eine noch größere Welle aus dem Hindukusch sowie Pakistan und Bangladesch folgen. Die Islamische Republik Afghanistan hat erst zu Beginn dieses Jahres damit begonnen, Reisepässe an ihre Bürger auszustellen, mit denen diese jetzt ohne Visum in den Iran einreisen können. Von dort geht die Reise weitgehend ungehindert weiter über die Türkei auf den Balkan. Auslöser der Welle soll gewesen sein, dass in Afghanistan Schleuser das Gerücht gestreut haben, dass die Bundesrepublik über die Zahl von den in diesem Jahr erwarteten eine Million Asylbewerbern hinaus keine Flüchtlinge mehr aufnehmen werde.

Afghanistan ist als Auswanderungsland umso bitterer für die Glaubwürdigkeit der politischen Klasse in der Bundesrepublik, weil in Afghanistan Deutschland und die Nato gerade das vollendet haben, was für Syrien und den Irak als Weg zur Lösung der dortigen Krise und des Bürgerkrieges propagiert wird. Man hatte in dem Vielvölkerstaat Afghanistan nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 massiv unter Einschluss von Bodentruppen militärisch interveniert mit der Begründung die Bedrohung durch Al-Kaida und die Taliban ausschalten zu wollen. Zusätzlich hatte man nach dem Regimewechsel zur Stabilisierung des installierten politischen Systems – wie vielfach gefordert – massiv in die Infrastruktur, Sicherheit und den sozialen Aufbau des Landes investiert. Demokratische Wahlen haben stattgefunden, sogar einen friedlichen Wechsel im Präsidentenamt hat es gegeben. Seit ihrem Sturz bekämpfen die Taliban jedoch die afghanische Regierung und die internationalen Truppen, die in Afghanistan stationiert sind, von Pakistan aus weiter. Die Zahl der Opfer ihrer Anschläge nimmt weiter zu. Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich nach dem Abzug der ausländischen Truppen Ende 2014 wieder verschärft und der Einfluss der Taliban hat wieder zugenommen, wie Attentate in letzter Zeit gerade in Kunduz beweisen. Das ursprüngliche Ziel der internationalen Mission, die Stabilisierung und Befriedung des Landes, wurde nicht erreicht.

> In Afghanistan haben Deutschland und die Nato bereits erfolglos praktiziert, was für Syrien nun als Lösung propagiert wird



Trotz (oder wegen) der westlichen Intervention in ihrer Heimat auf dem Weg in Richtung europäische Sozialstaaten: Afghanen an der griechisch-mazedonischen Grenze Bild: mauritius

Von Afghanistan ausgehend ist auch Pakistan mittlerweile von einer Flüchtlingswelle nach Europa erfasst worden. Seit Jahren führen innerstaatliche Konflikte sowie Naturkatastrophen zur Flucht von Tausenden Pakistanis. Pakistan war bereits 2014 hinter Syrien, der Russischen Föderation, Afghanistan und Serbien das fünftwichtigste Herkunftsland von Asylsuchenden in der EU. Zu den Ursachen für diese Fluchtbewegungen zählen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den radikalislamischen Taliban, die sich seit 2009 verschärft haben. Die Taliban überziehen das Land, das ebenfalls eine demokratisch gewählte Regierung besitzt, mit Repression und Gewalt, welche die innere Sicherheit Pakistans bedrohen. In einigen ländlichen Regionen herrschen trotz Demokratie immer noch feudale Machtstrukturen, die gerade Angehörige nichtsunnitischer Minderheiten zu fast rechtlosen Menschen machen. In den pakistanischen Stammesgebieten, in denen die Taliban ihre Basis haben, werden die Verfassung und die darin verbrieften Bürgerrechte nicht anerkannt.

Von Pakistan angesteckt haben sich auch viele Bangladeschis aus dem ehemaligen Ostpakistan auf den Weg nach Europa gemacht. Bangladesch ist eines der dichtbesiedelten Länder der Erde, es könnte auch das erste Land sein, das infolge des Klimawandels und des damit verbundenen Anstiegens des Meeresniveaus von der Landkarte verschwindet.

Aus dem Hindukusch hatte es vor 700 bis 800 Jahren bereits eine große Wanderungsbewegung mit dem Ziel Europa gegeben. Es war der große Treck der Sinti und Roma, der Europa allerdings erst erreichte, als es bedingt durch den Untergang der Kreuzfahrerstaaten und ihrer Verbündeter im Nahen Osten, eine große Rückwanderungswelle europäischer Siedler und Söldner gab, an die sich die Sinti und Roma zumeist angehängt haben. Sinti und Roma hatten bei ihrer Wanderung nach Europa keine eigene Religion, oft haben sie sogar das Christentum angenommen, aber kulturell und gesellschaftlich integriert in die europäische Lebensweise sind sie bis heute nicht. *Bodo Bost*

Puritanismus oder Männerfeindlichkeit?

USA: Verhaltensregeln für Studenten und Männer in der U-Bahn sollen angeblich Frauen schützen

Die US-amerikanischen Männer können sich nicht benehmen. Sie machen sich in der U-Bahn so breit, dass sie gleich zwei Plätze belegen und ihre Mitreisenden einklemmen. In jungen Jahren stellen sie den jungen Frauen nach, die mit ihnen studieren, machen oder reden sie betrunken, um dann Sex mit ihnen zu haben. Ein schlichtes „Nein“ gilt ihnen eher als Herausforderung denn als rotes Ampelsignal.

Das sogenannte manspreading, bei dem sitzende Männer ihre Beine in überbreiter V-Stellung ausfahren, war zur Jahreswende Gegenstand einer Plakatkampagne der New Yorker Transportbehörde, welche die U-Bahn betreibt. Den Anstoß hatten Aktivistinnen wie die Schauspielerin Kelley Rea O'Donnell gegeben, die „manspreaders“ zur Rede stellte und Fotos von ihnen über Twitter verbreitete. Andere zogen mit Kamera und Zollstock von Wagen zu Wagen, um die Knieabstände überbreit sitzender Männer zu vermessen und diese in Gespräche zu verwickeln.

Die New Yorker Transportbehörde hat Anfang Juni die ersten „manspreader“ vor Gericht gebracht. Allerdings meinte die Richterin, es sei schwer vorstellbar, dass um die Mittagszeit das Gedränge groß genug gewesen wäre, um andere Fahrgäste zu behindern. Ob die beiden Übeltäter wirklich verurteilt werden, bleibt also abzuwarten.

Was in der New Yorker U-Bahn misslingt, macht auf dem Campus erst recht Probleme. Der Soziologe David Lisak legte 2002 in einer Studie dar, dass eine von fünf jungen Frauen mindestens einmal Opfer eines Übergriffs oder sogar einer Vergewaltigung wird. Und die angeblich an amerikanischen Colleges und Universitäten grassierende Vergewaltigungsepidemie beschäftigte sogar ein von Präsident Barack Obama eingesetztes Expertengremium.

Mittlerweile haben die Gesetzgeber in Kalifornien und New York reagiert und sogenannte Consent Laws für ihre Universitäten und Colleges verabschiedet. Viele weitere Bildungsinstitute in den USA haben diesen „Ja heißt Ja“-Standard von sich aus eingeführt, das heißt die Frau muss explizit dem Beischlaf zustimmen. Auf Bundesebene sollen Gesetzesentwürfe wie der von drei republikanischen Abgeordneten eingebrachte „Safe Campus Act“ für mehr Sicherheit sorgen. Er enthält auch eine aus mitteleuropäischer Sicht selbstverständliche Regelung: Sexuelle Übergriffe müssen nun der Polizei gemeldet werden. Disziplinarische Maßnahmen der Universität oder des Colleges müssen zurückstehen, bis das mögliche Strafverfahren abgeschlossen ist. Der Verdächtige darf sich von einem Anwalt vertreten lassen.

Bisher untersuchen aus Laien zusammengesetzte Disziplinarausschüsse der Unis und Schulen derartige Vorkommnisse. Die Rechte des so Beschuldigten sind stark eingeschränkt. Von Demokraten eingebrachte Entwürfe wollen die bestehenden Regeln eher verschärfen.

Die „Consent Laws“ in den Bundesstaaten Kalifornien und New York mühen sich um Regeln für intime Begegnungen. Studierende müssen vorher die ausdrückliche und vor allem dokumentierbare Zustimmung des Partners einholen. Nonverbale Gesten wie Nicken reichen nicht. Leider ist niemandem so recht klar, was dieser „Affirmative Consent“ (zu deutsche etwa „bejahende Zustimmung“) eigentlich ist und wann er vorliegt. Nach einer Studie der Kaiser-Foundation sind 44 Prozent der befragten jungen Frauen der Meinung, ein einfaches Nicken sei noch lange keine Zustimmung zum Sex. Disziplinarausschüsse gehen auch von einem sexuellen Übergriff aus, wenn die Frau ihr Einverständnis später zurückzieht.

> Das dahinter stehende Gesellschaftsbild ist das bevormundende und autoritäre der viktorianischen Zeit

Also gibt es Vertragsvordrucke für den Intimverkehr. Allerdings reicht die gemeinsame Unterschrift am Anfang nicht. Jeder Eskalationsschritt muss testiert werden. In sogenannten Consent Kits sind dann nicht nur Vertragsvordrucke, sondern auch Kondome, medizinische Wischtücher, Pfefferminzbonbons, Gleitgel und Seife. Auch Software-Entwickler sind hilfreich. Michael Lissak entwickelte die „We Consent“-App für das Smartphone, mit der ein Paar sein Einverständnis aufzeichnen und auf der gleichnamigen Internetseite hinterlegen kann. Ermittler können dann überprüfen, ob das Einverständnis beider Parteien tatsächlich vorlag. Feministinnen sind von der App nicht so begeistert, weil der Mann ja nach dem Einverständnis die Frau immer noch misshandeln könnte und sie Schwierigkeiten hätte, zu beweisen, dass sie das nun nicht gewollt hatte.

Was sich zeigt, ist ein problematisches Menschenbild. Frauen wird unterstellt, sie seien zu fragil, Männern dagegen, sie seien im Naturzustand zu dumm und zu brutal, um ohne Aufsicht durchs Leben zu gehen. Das ist das bevormundende, autoritäre Gesellschaftsbild des Viktorianismus, das sich hier meldet. Und das wiederum mit der Realität kollidiert.

Denn mittlerweile wird die New Yorker Transportbehörde dafür kritisiert, 76000 Dollar in eine ziemlich bizarre Kampagne gesteckt zu haben. Die Behörde ist mit 34 Milliarden US-Dollar verschuldet.

Die Studien von David Lizak haben sich als falsch herausgestellt. Lizak hatte Daten aus anderen Untersuchungen herangezogen, die mit seiner Fragestellung nichts zu tun hatten. Auch die „Consent Laws“ und der „Ja heißt Ja“-Standard stehen in der Kritik. Der Oberste Gerichtshof von Tennessee hat entschieden, dass dieser Standard verfassungswidrig ist, weil er das Recht des Beschuldigten auf ein faires Verfahren missachtet. Die Universität von Tennessee hatte einen Studenten hinausgeworfen, weil er, selbst betrunken, Sex mit einer betrunkenen Frau gehabt hatte. Nur er hatte beweisen müssen, dass der Sex einvernehmlich war. Auch in Kalifornien hat ein Gericht in einem ähnlichen Fall die universitäre Entscheidung für rechtswidrig erklärt. *Friedrich List*

Die Steigerung von »Mietwahnsinn«

Seit Langem fehlt es an bezahlbarem Wohnraum – Nun wird sich die Lage noch einmal dramatisch verschärfen

Schon jetzt fällt es Menschen mit geringen und selbst mittleren Einkommen vielerorts extrem schwer, eine Wohnung zu finden. Demnächst aber werden sie mit hunderttausenden Asylbewerbern konkurrieren müssen.

Der „Stern“ sprach von einer dramatischen Wohnungsnot. Die „Berliner Morgenpost“ sah eine „soziale Katastrophe“ heraufziehen. „Vom Studenten über die Kleinfamilie bis hin zum Rentner, alle leiden unter fehlendem Wohnraum“, wusste der „Focus“. „Spiegel-Online“ sprach vom „Mietwahnsinn“, forderte mindestens 250000 neue Wohnungen und verwies – nicht ohne Süffisanz – auf die verzweifelte 22-jährige Hamburger Studentin Lisa, die provozierend in einer Annonce fragte, mit wem sie eigentlich schlafen müsse, um in der Stadt endlich eine Wohnung zu bekommen.

All diese Lagebeurteilungen stammen vom letzten und vorletzten Jahr. Seitdem ist in Deutschland nichts mehr, wie es einmal war. Die Regierung unter Angela Merkel lässt Nichtdeutsche in Millionenhöhe in das Land einreisen. Der Zustrom ist ungebrochen. Er nimmt eher zu als ab. Noch müssen die fremden Zuwanderer mit Turnhallen, leerstehenden Baumärkten, Containern und anderen Provisorien Vorlieb nehmen. Eher heute als morgen werden sie allerdings auf den normalen Wohnungsmarkt drängen und ein eigenes festes Zuhause suchen beziehungsweise einfordern, denn spätestens wenn ein Asylantrag genehmigt wird, hat der Neuankömmling Anspruch auf eine Sozialwohnung. Man darf gespannt sein, mit welchen Schlagworten die Zeitungen und Magazine dann das Drama in den Städten beschreiben werden. Vielleicht „Wohnungs-Apokalypse“ oder „Mieterinferno“?

Den Suchenden wird es gleich sein, welchen Namen ihre Not trägt. Schnellstmögliche Abhilfe wird ihnen wichtig sein. Die Demografen und Städteplaner des Eduard-Pestel-Instituts in Hannover haben kürzlich errechnet, was dies konkret bedeutet. Der Wohnungsneubau stehe vor einer enormen Herausforderung, stellten sie fest. Hauptgrund dafür seien die rasant wachsenden Flüchtlingszahlen, ebenso aber auch der bestehende Nachholbedarf, der starke Zuzug in die Städte und die Zuwanderung aus der EU. Bezahlbarer Wohnraum fehle insbesondere in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstandorten. Man gehe davon aus, dass bis 2020 jährlich 400000 Wohnungen gebaut werden müssten um die größte Not abzufangen. Mindestens 80000 Sozialwohnungen müssten dabei sein.

Ein gewaltiges Bauprogramm, das Milliarden verschlingen würde. Allein für die Sozialwohnungen müsste der Staat rund 6,4 Milliarden Euro pro Jahr investieren. Bis sich die Situation entspannt, wird es zudem Zeit brauchen. Von der Genehmigung bis zur Fertigstellung einer Wohnung braucht es etwa drei Jahre. Außerdem ist vollkommen ungewiss wie viele potenzielle Wohnungssuchende tatsächlich nach Deutschland einwandern werden. Das Pestel-Institut rechnete noch mit einem Zuzug von 800000 Asylbewerbern. Derzeit scheint eine Zahl von fast zwei Millionen realistisch (siehe Seite 1). Die wahrscheinliche Folge: Die Armut, der die Menschen entkommen wollen, bringen sie unfreiwillig mit. Ihre schiere Masse wird für Deutsche und Zuwanderer Wohnverhältnisse schaffen, wie sie in den Herkunftsländern der Asylsuchenden normal sind: Mehrköpfige Familien. die in Einzimmerwohnungen hausen, Obdachlosigkeit und Wohnprovisorien, die an Favelas erinnern.

Familien, die in Einzimmerwohnungen hausen müssen

Betroffen werden vor allem die Geringverdiener sein. Während die wohlhabende deutsche Prominenz, trunken von der eigenen Gutherzigkeit, in den Talkshows die „Willkommenskultur“ preist und sich danach in ihre Villen und Lofts zurückzieht, werden die Einkommensschwachen mit den unwillkommenen Ankömmlingen nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um Wohnungen konkurrieren müssen.

Wie groß der Mangel an bezahlbarem Wohnraum schon jetzt ist, zeigt sich vor allem an den Rändern der Gesellschaft. So nimmt die Zahl der Wohnungslosen weiter zu. 335000 sollen es einer Untersuchung zufolge mittlerweile sein. Sie leben als Obdachlose auf der Straße oder aber in Notunterkünften und in Wohnheimen. Aber auch die zukünftigen Leistungsträger der Gesellschaft tun sich immer schwerer, eine Bleibe zu finden. In mittlerweile 39 von bundesweit 87 Universitätsstädten mit mehr als 5000 Studenten gilt die Wohnungslage als extrem angespannt. *Frank Horns*



Wohnungssuche per Lupe: Schon heute heute kommen auf eine Sozialwohnung mindestens fünf Bewerber Bild: action press

MELDUNGEN

»BND agiert im Nirwana«

Berlin – Joachim Mewes, ehemaliger Referatsleiter in der für die Aufsicht über die Nachrichtendienste zuständigen Abteilung im Kanzleramt, hat als Zeuge vor dem NSA-Untersuchungsausschuss erklärt, dass eine effiziente politische Aufsicht über den BND kaum zu leisten sei. Dies liege am zahlenmäßigen Missverhältnis zwischen rund 6000 Geheimdienstlern und etwa 30 Mitarbeitern des Kanzleramts, die sie kontrollieren sollten. Zudem stammten einige der Aufseher selber aus dem BND. „Ob das die ideale Lösung für die Dienstaufsicht ist, weiß ich nicht“, so Mewes. Es liege schließlich auf der Hand, dass ein BND-Mitarbeiter „in der Zeit, in der er bei der Aufsicht ist, nicht dazu neigt, sich mit seiner Herkunftsbehörde anzulegen“. Diese sei „eine Behörde besonderer Art“, die „im rechtlichen Nirwana“ agiere. *U.M.*

dpa verbreitet Falschmeldung

Hamburg – Die Deutsche Presseagentur (dpa) hat eine Falschmeldung verbreitet. Am Mittwoch vergangener Woche hatte der größte deutsche Nachrichtenlieferant gemeldet, dass die Billigfluglinie Ryanair ab dem 12. Oktober Flüge aus Griechenland, der Slowakei, Montenegro und Ungarn auf dem Weg nach Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich sowie Italien und Spanien ohne Visakontrollen durchführen würde. Die 3000 Euro Strafe pro Passagier werde die Gesellschaft „mit Stolz tragen“, zitierte dpa Ryanair-Marketingchef Kenny Jacobs. Tatsächlich war die Meldung „vollständig erfunden“, so die Fluggesellschaft in ihrem Dementi. Offensichtlich waren die dpa-Redakteure auf eine gefälschte Pressemitteilung hereingefallen und hatten diese unter Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht ungeprüft verbreitet. Die falsche dpa-Meldung wurde von zahlreichen Medien unverändert übernommen. *J.H.*

Atommacht durch die Hintertür

Bundeswehr-»Tornados« sollen taktische Kernwaffen erhalten

Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper. Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, dass das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, dass die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist. Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst hat, die Bundesregierung solle sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen“. Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlass gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, dass es ans Unverständliche grenzte: Man wolle Russland zwar nicht provozieren, „aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Russlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, dass dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun“. Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Nationales und internationales Recht wird gebrochen

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, dass im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche „Tornados“ einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten. In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts „Nukleare Teilhabe“ Angriffe mit Atomwaffen gegen Russland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste Atom-„Tornado“, der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, dass, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, dass die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen – auch wenn es US-amerikanische sind – einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragrafen 17, dass es verboten ist, Atomwaffen „einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben“. *Florian Stumfall*

Mit Krätze und Lassafieber

Epidemologen warnen vor den Krankheiten der Zuwanderer

Bundesweit nimmt bei den Behörden die Sorge zu, dass die anhaltende Einwanderungswelle zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten führen könnte. Das bundeseigene Robert Koch-Institut (RKI) weist unter der Überschrift „Akut behandlungsbedürftige, für Deutschland ungewöhnliche Infektionskrankheiten, die bei Asylsuchenden auftreten können“ auf entsprechende Risiken hin: „Unter den derzeitig zahlreich eintreffenden Asylsuchenden kam es in den letzten Wochen zum vereinzelten Auftreten schwerer, seltener, zum Teil mit der Fluchtreise assoziierter Erkrankungen. Daher sollte medizinisches Personal, welches Asylsuchende (sowie Asylbewerber, Flüchtlinge) betreut, auf einige dieser für Deutschland ungewöhnlichen Erkrankungen, die einer raschen infektiologischen Diagnostik und sachkundigen Therapie bedürfen, vorbereitet sein.“

Aufgelistet sind nur Infektionen, die in Deutschland nur sehr selten auftreten, unbehandelt mit einer hohen Sterblichkeit einhergehen können und eine lange Inkubationszeit oder einen langen Krankheitsverlauf haben. Genannt werden unter anderem Fleckfieber, Läuserückfallfieber, Typhus, Amöbenleberabszess, Lassafieber, Meningitis und das Krim-Kongo-Fieber. Insbesondere weisen die Epidemologen darauf hin, dass die Infektion sowohl im Herkunftsland als auch auf dem Weg nach und durch Europa erfolgen kann. Bei den meisten der genannten Krankheiten ist eine Ausbreitung in den Gemeinschaftseinrichtungen möglich. Allerdings weist das RKI auch darauf hin, dass „ausgehend von einzelnen Fällen der aufgezählten Erkrankungen eine Ausbreitung in die Allgemeinbevölkerung sehr unwahrscheinlich“ sei.

Feuerwehrchef: »Da wird einiges auf uns zukommen«

Als exemplarisch für die dennoch bestehende Sorge kann die Warnung gelten, die der Chef der Berliner Feuerwehr, Wilfried Gräfling, vor Kurzem im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses abgegeben hat: „Da wird einiges auf uns zukommen. Wir beobachten das mit einer gewissen Sorge“, so der Landesbranddirektor zu den Abgeordneten.

Bekannt ist, dass bei Asylbewerbern bereits Fälle von Krätze aufgetreten sind, in Berlin wurden auch schon Fälle der vom RKI nicht gelisteten Masern und Tuberkulose festgestellt. Wie aus den Reihen der Berliner Feuerwehr zu erfahren ist, bereitet inzwischen auch das Auftreten von Läusen zunehmend Probleme. Fraglich erscheint insgesamt, ob eine Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten mit dem bisherigen Vorgehen überhaupt zu verhindern ist. Angesichts der hohen Zahl eintreffender Asylbewerber mussten sich eingesetzte Kräfte in den vergangenen Wochen oftmals darauf beschränken, zunächst einmal nur per bloßem Augenschein die Fälle zu identifizieren, bei denen ganz offensichtlich akute Erkrankungen vorliegen. Etwas entschärft wird die Lage inzwischen dadurch, dass nun verstärkt niedergelassene Ärzte für Erstuntersuchungen hinzugezogen werden.

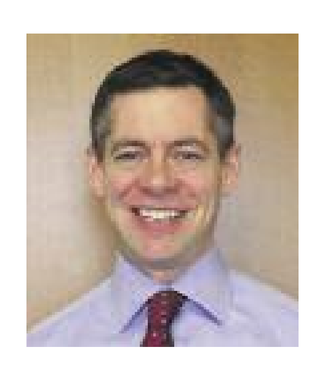
Immer mehr der Zuwanderer verschwinden einfach aus den Asylunterkünften oder entziehen sich nach dem Grenzübertritt einer Registrierung. Behördeninterne Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl dieser abgetauchten „Flüchtlinge“, bundesweit mittlerweile über 15000 Personen beträgt. Wie viele davon mit gefährlichen, hochansteckenden Krankheiten infiziert sind, lässt sich nicht feststellen. *J.H./N.H.*

Zeitzeugen



Dmitri Peskow – „Die Russische Föderation ist das einzige Land, das auf legitimer Basis in Syrien operieren kann, da der legitime Präsident dies erbeten hat“, so der 1967 geborene russische Regierungssprecher.

John McCain – „Das alles ist ein ganz schlechter Witz“, kommentierte der republikanische Senator Berichte, denen zufolge ein 500-Millionen-Dollar-Programm des Pentagons zur militärischen Ausbildung „moderater“ syrischer Oppositionskräfte weitgehend gescheitert ist. Ursprünglich geplant war, pro Jahr 5000 Mann auszubilden, die am Boden gegen die IS-Terrororganisation vorgehen können. Wie das Pentagon im September 2015 einräumen musste, sind bislang jedoch nur „vier oder fünf“ Kämpfer einsatzfähig.



Jacob Heilbrunn – „Die jüngeren CDU-Politiker, die ich getroffen habe, sind an den Vereinigten Staaten nicht sehr interessiert. Das ist eine dramatische Veränderung, da die gesamte Politik Adenauers auf der Westbindung basierte“, sagte der 1965 geborene Herausgeber der Zeitschrift „The National Interest“ im Gespräch mit Henry Kissinger.

Leonid Iwaschow – Bedenken Washingtons gegen eine militärische Zusammenarbeit Russlands, des Iran, des Irak und Syriens bewertet der ehemaligen Leiter des russischen Generalstabes Leonid Iwaschow folgendermaßen: „Wir müssen den Amerikanern weniger Aufmerksamkeit schenken. Das Recht, sich zu wehren, ist individuell und kollektiv in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Jeder versteht gut, dass diese ganze Geschichte gegen Syrien und den Irak durch die US-Amerikaner begann und sie in keiner Weise helfen wollen.“



Anthony Shaffer – Nach Ansicht des ehemaligen Oberstleutnants der US-Armee tut Russland das, „was wir vor einem Jahr hätten tun sollen: die wichtigen Standorte von ISIS in Syrien treffen“.

John Kerry – Den gegenwärtigen Amtsinhaber bewertete eine Mehrheit von Politikwissenschaftlern bei einer 2014 veröffentlichten Umfrage des „Foreign Policy Magazine“ als den schlechtesten Außenminister, den die Vereinigten Staaten in den letzten 50 Jahren hatten.

Ende der US-Vorherrschaft?

Putins (Syrien-)Politik stößt auf Unterstützung in der internationalen Gemeinschaft

Russlands militärisches Eingreifen in Syrien markiert nicht nur eine Wende im Syrien-Konflikt, sondern möglicherweise sogar eine geopolitische Zäsur. Wurde die Weltpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges weitgehend durch die USA als unangefochtene Supermacht dominiert, so deutet nun alles auf das Entstehen einer multipolaren Weltordnung hin.

Neben Russland stößt nämlich auch China in das Machtvakuum vor, das durch die Syrien-Politik Präsident Barack Obamas entstanden ist. Laut dem als inoffizielles Sprachrohr des Mossad geltenden Informationsdienst Debkafile ist der chinesische Flugzeugträger „Liaoning“ in Tartus vor Anker gegangen. Chinesische Mehrzwekkkampfflugzeuge vom Typ Shenyang J-15 „Feisha“ und Marineinfanteristen sollen demnächst folgen, um das russische Eingreifen in Syrien zu unterstützen.

Das Auftauchen chinesischer Truppen im Nahen Osten ist nicht die einzige Überraschung die Washington verkraften muss. Wladimir Putin ist es offenbar auch gelungen, eine „Anti-Terror-Allianz“ zu zimmern, an der neben Syrien auch der Irak und der Iran beteiligt sind. Berichten westlicher Geheimdienste zufolge sind im Irak inzwischen bereits russische Militärberater aktiv. Zumindest vorerst ist damit zu konstatieren, dass Obama mit seiner bisherigen Nahostpolitik ein Fiasko erlitten hat. Der erhoffte Regierungswechsel in Damaskus ist ausgeblieben, zudem haben sich die Beziehung Washingtons zur Türkei erheblich verschlechtert.

> Den Russen gelang das Schmieden einer »Anti-Terror-Allianz«

Im Gegenzug bauen Russland und China nun ihren Einfluss in der Region aus. So streckt Russland über Syrien und den Irak hinaus auch noch seine Fühler in Richtung Libanon aus. Bereits angekündigt ist, dass auch die libanesische Armee mit russischen Waffen aufgerüstet werden soll.

Insgesamt ist Putin damit ein meisterhafter geopolitischer Schachzug gelungen. Geschickt hat er sich an den von Obama selbst ausgerufenen „Kampf gegen den islamistischen Terror“ drangehängt. Er profitierte dabei von dem offensichtlichen bisherigen Scheitern der USA an dem Versuch, der Ausbreitung des Islamischen Staates in Syrien und im Irak Einhalt zu gebieten. Ähnlich geschickt ist dabei die Rücksichtnahme des Kreml auf das iranische Streben nach Machtbalance in der Region und die Ambitionen Chinas.

Noch nicht einmal abzuschätzen ist die Wirkung auf die Weltöffentlichkeit, sollte der russisch-chinesische Kampf gegen den Islamischen Staat in Syrien erfolgreich sein. Die USA haben bei den Interventionen der letzten Jahre nach militärischen Anfangserfolgen regelmäßig nur gescheiterte Staaten und Chaos hinterlassen wie die Beispiele Irak, Afghanistan und Libyen zeigen. Auch das Agieren der USA im Kampf gegen den Islamischen Staat ist bislang nicht sonderlich erfolgreich verlaufen.

Trifft die Diagnose zu, dass die aktuelle Entwicklung in Syrien der letzten verbliebenen Supermacht deren Grenzen aufzeigt, stellt sich die Frage, wie eine deutsche Strategie für eine Welt mit mehreren großen Machtpolen aussehen könnte. Erste Anzeichen für eine Absetzbewegung Deutschlands von der Anti-Putin-Allianz der USA sind durchaus vorhanden. So hat sich Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) inzwischen ganz offen für ein Ende der Sanktionen gegen Russland ausgesprochen. Von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier liegt die Ankündigung vor, zusammen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und seinem französischen Amtskollegen Laurent Fabius einen Vorstoß zur Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien starten zu wollen. *Norman Hanert*

Vorgetäuschte Erfolge für den US-Präsidenten

Als Revolte innerhalb der Geheimdienste haben es Medien in den USA bezeichnet, dass sich im Juni dieses Jahres 50 Analytiker des militärischen Nachrichtendienstes „Defense Intelligence Agency“ (DIA) beim Pentagon schriftlich beschwert haben, ihre beim United States Central Command (CENTCOM) angefertigten Auswertungsergebnisse zum IS und dem in Syrien aktiven Al-Kaida-Ableger seien von Vorgesetzten systematisch verfälscht worden. Es ist durchaus üblich und sogar erwünscht, dass unterschiedliche Einschätzungen der Regierung ein umfassendes Bild und auch Handlungsalternativen aufzeigen. Als Tabu gilt es deshalb, in die Analysen anderer einzugreifen oder sie umzuschreiben. Genau dies soll jedoch bei den Berichten für den US-Kongress und das Weiße Haus geschehen sein. Eigene Erfolge seien aufgebauscht und im Gegenzug die Stärke des IS verharmlost worden, so die Vorwürfe. „Die Krebserkrankung steckte innerhalb der Führungsebene der Nachrichtendienstabteilung“, sagte ein Beamter gegenüber dem Journal „Daily Beast“.

> »Unsere Koalition ist in der Offensive«

Möglicherweise ist in den frisierten Meldungen die Ursache dafür zu sehen, dass Obama in öffentlichen Äußerungen zum gerne auch als „ISIL“ abgekürzten Islamischen Staat zuweilen einen eher uninformierten Eindruck hinterlassen hat. „Unsere Koalition ist in der Offensive, ISIL ist in der Defensive und ISIL wird verlieren“, so der Präsident noch im Februar dieses Jahres. Das US-Verteidigungsministerium hat aufgrund der erhobenen Vorwürfe der Geheimdienstanalytiker mittlerweile eine interne Untersuchung eingeleitet, die sich Medienberichten zufolge auf hochrangige Geheimdienstler konzentriert. *N.H.*



Auch China bietet den USA in Syrien Paroli: Der chinesische Flugzeugträger „Liaoning“ Bild: action press

Unfähig oder unwillig?

Bescheidene Bilanz des US-geführten Kampfes gegen den IS

Vergangenen Monat jährte sich der Beginn der US-geführten Operationen gegen den Islamischen Staat in Syrien und Irak zum ersten Mal. Trotz rund 6000 Luftangriffen, die in den letzten zwölf Monaten von der Anti-IS-Koalition geflogen wurden, bleibt die Bilanz bescheiden. Ungeachtet ihrer überlegenen Militärmacht sind die USA im Kampf gegen die Terrormiliz kaum vorangekommen. Die im September 2014 aufgenommenen Luftschläge haben bislang nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Gleichzeitig sind auch die vielen Versuche, „moderate“ Islamisten in den Kampf gegen den IS einzubinden, regelmäßig in einem Fiasko geendet.

Als Folge konnte der Islamische Staat Niederlagen wie im Kampf um die syrisch-kurdische Stadt Kobane oder um das irakische Tikrit durch Geländegewinne an anderer Stelle immer wieder ausgleichen. Auch schwere Verluste in den Reihen der Kämpfer wurden durch den Zustrom Freiwilliger regelmäßig wieder ausgeglichen.

Es gibt darüber hinaus durchaus Indizien, dass zumindest einzelne Akteure innerhalb der Obama-Administration den Kampf gegen den Islamischen Staat in der Vergangenheit nur halbherzig geführt, wenn nicht sogar sabotiert haben. Vorwürfe in diese Richtung sind unter anderem vom französischen Journalisten und Autoren des Buches „L'effroyable imposture“ („11.September 2001. Der inszenierte Terrorismus. Auftakt zum Weltenbrand?“), Thierry Meyssan, erhoben worden.

> Manches spricht für Sabotage

Anders ist in der Tat schwer zu erklären, warum die Terrormiliz trotz tausender Luftangriffe noch immer einen lukrativen Handel mit erbeutetem Erdöl betreiben kann. Recherchen des britischen Journalisten Naafez Ahmed sprechen dafür, dass der Ölhandel unter Mithilfe Offizieller in der Türkei und der kurdischen Region des Nordirak sowie zumindest mit der stillschweigende Duldung westlicher Geheimdienste über den türkischen Hafen Ceyhan abläuft.

Kemal Kılıçdaroglu, der Vorsitzende der größten türkischen Oppositionspartei CHP hat die Erdogan-Regierung bereits im vergangenen Jahr ganz offen beschuldigt, den IS zu unterstützen. „Das islamische Emirat verkauft illegal Öl und andere Produkte. Es unterhält in vielen Städten der Türkei Büros, um Kämpfer zu rekrutieren. Lager wurden organisiert, um sie zu schulen. Jede Menge Waffen wurden per Lkw geliefert.“

Unbestreitbar spielte das Vorgehen der Türkei gegen die syrisch-kurdische PYD dem IS in die Hände. Die PYD-Miliz YPG hatte bis dahin wichtige militärische Erfolge gegen den IS erzielen können. Während das Pentagon die kurdischen Kräfte als wichtige Verbündete ansieht, hat für die türkische Führung die Sorge Priorität, der PYD könne die Gunst der Stunde nutzen und im Norden Syriens einen Kurdenstaat gründen. Kaum verwunderlich sind vor diesem Hintergrund Berichte, wonach der weitaus größte Teil der Einsätze der türkischen Luftwaffe im „Kampf gegen den IS“ bislang nicht den Islamisten, sondern kurdischen Milizen gegolten hat. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Berlins Politik baut Luftschlösser

Senat will massenhaft Häuser in Leichtbauweise errichten – Fachleute schütteln den Kopf



Dicht an dicht stehen Zelte für Asylbewerber auf dem Gelände der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt: Sind Leichtbau-Häuser die Lösung für den Winter?

Bild: pa

Ob Ideen zum Asylrecht oder Unterbringung und Eingliederung von Zuwanderern – der Berliner Senat verliert jede Bodenhaftung.

Wer Berlins Landespolitikern auf dem aktuellen Höhepunkt von Zuwanderungswelle und Wohnungsnot zuhört, kommt aus dem Staunen kaum heraus: Neue Unterkünfte könnten mit Leichtigkeit in Leichtbauweise entstehen, das Asylrecht um schnelle Ausweisungen und rasche, gerechte Verfahren bereichert werden, und auch die Integration mache ungeahnte Fortschritte.

Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) stellt einen Bericht zur Eingliederung der Roma – ein Großteil der rund 38 000 in Berlin ansässigen Rumänen und Bulgaren – vor: Es gehe „gut voran“. Seit 2010 verzeichnet die Metropole einen starken Zuzug der Volksgruppe. Die oft in Parks oder abbruchreifen Häusern lebenden Zigeuner würden über ihre Mieterrechte aufgeklärt und sich prostituierende Frauen kommen laut Kolats Bericht in den Genuss einer Aufklärung über Hilfen durch Sozialarbeiter.

Während Kolat elf Ausweichwohnungen präsentiert, „befrieden“ Polizei und Bezirke zugemüllte „Horrorhäuser“ (49 zählte der Senat im Juni), in denen Müll- und Rattenprobleme um sich greifen und Anwohner unter steigender Kriminalität leiden. Durch Anmeldung eines Gewerbes versuchen einige Roma an Sozialleistungen zu kommen. Einige Bezirke wunderten sich über den raschen Zuwachs an Abrissunternehmern – der Trend gehe aber nun zurück, so Kolat. Für die Senatorin ist klar, wie weitere Erfolge zu erzielen sind: Das Problem sei, dass Roma aus Bulgarien und Rumänien noch kein Recht auf Hilfen zum Lebensunterhalt in Deutschland hätten. Eine neue Anlaufstelle soll das nach dem Willen der Senatorin bald ausgleichen.

Ungeachtet solch zwiespältiger „Erfolge“ mit Zuwanderung fragt nun die Bundesregierung, was Berlin zu einer bundespolitisch geplanten Neufassung des Asylrechts beitragen könne. Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) antwortet mit einem Maßnahmenkatalog zum Thema Asyl. Darin schlägt er unter anderem vor, Unterstützung zu streichen, schnellere Ausweisungen vorzunehmen und Einreiseverbote zu erteilen. Menschen ohne berechtigte Asylgründe sollten „schnell, aber fair zurückgewiesen“ werden.

> Fachverband nennt die Pläne der Politik »realitätsfremd«

Heilmann will zudem den Rechtsweg bei abgelehnten Asylanträgen vereinheitlichen und verkürzen. Wie das mit der Wirklichkeit der Berliner Sozialindustrie oder den Plänen Kolats zu vereinen ist, erklärt Heilmann nicht. Sein Katalog solle „sowohl praktische Probleme lösen wie auch deutlich machen, dass Deutschland bedrohte Flüchtlinge nicht nur aufnimmt, sondern gut behandelt und gleichzeitig Menschen ohne berechtigte Asylgründe schnell, aber fair zurückweist“.

Dies setzt allerdings einen politischen Willen voraus, der selbst angesichts der Lage in Berlin und im ebenfalls von Zuwanderung überforderten Brandenburg kaum erkennbar ist. In einer Art Befreiungsschlag auf dem Wohnungsmarkt will Berlins rot-schwarzer Senat die Unterbringung von Zuwanderern wie von Wohnungsmangel und Mietanstieg betroffener Einheimischer regeln. Der Senat will an 60 Standorten in der Metropole 15 000 Wohnungen für 30 000 Menschen errichten, auf Landesgrund und in „optimaler Raumausnutzung“. Die Unterkünfte möchte die Politik im kommenden Jahr in Leichtbauweise hochziehen.

Andreas Geisel (SPD) plant als Stadtentwicklungssenator ähnlich wie bei den Ergänzungsgebäuden für Schulen eine Modulbauweise. Die neuen Räumlichkeiten sollen für eine Kaltmiete von 6,50 Euro je Quadratmeter an Zuwanderer und andere Wohnungssuchende vermietet werden. Wie die drei- bis viergeschossigen Häuser aussehen sollen, ist noch unklar – „nur keine Plattenbauten“ sollen es werden.

Vergleichbare private Bauprojekte kalkulieren Entstehungskosten von 2500 Euro pro Quadratmeter. Geisel will aber nur 1000 Euro je Quadratmeter ausgeben. Auch Betonbauten seien möglich. „Dass soziale Brennpunkte entstehen können, befürchte ich nicht“, sagte Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD). Im Gegenteil gelte es, soziale Brennpunkte zu vermeiden, die aus von Zuwanderern weitergenutzten Zeltlagern entstünden.

Berlins Politik spricht von Provisorien, „lediglich für 30 bis 40 Jahre“. Ähnlich argumentierten Politiker beim Bau der für viele Brennpunkte heute noch prägenden sozialen Wohnungsarchitektur der 70er Jahre. Damals zogen bestens integrierte Menschen ein. Berlins neueste Quartiere plant die Politik von vorneherein als Bleibe der Zukurzgekommenen auf Restgrund.

Als sei das nicht schon problematisch genug, warnen Fachleute auch vor den rein technischen Schwierigkeiten. Rund 15 000 Wohnungen pro Jahr in Fertigbauweise seien schlicht „realitätsfremd“, also gar nicht zu realisieren, so ein Sprecher des Bundesverbands Deutscher Fertigbau. Die gesamte Branche müsste vom Familienhausbau auf Massenunterkünfte in Leichtbauweise umstellen. Das ist offenbar gar nicht umsetzbar.

Das hält Nachbar Brandenburg nicht davon ab, in die gleiche Richtung zu marschieren. Bei täglich 650 neuen Zuwanderern weiß Rot-Rot folgenden Rat: „Wir verteilen jetzt massiv aus der Erstaufnahme in die Kommunen, damit wir Platz für Neuankömmlinge haben“, so ein Sprecher in Potsdam. Die unterfinanzierten Kommunen suchen angesichts voll belegter Turnhallen und Ausweichquartieren händeringend nach schnellen Neubaumöglichkeiten, und favorisieren dabei allen Ernstes die – Leichtbauweise. *Sverre Gutschmidt*

Ohne Dank, ohne ein Wort

Von Theo Maass

Wer dieser Tage die pommersche Hauptstadt Stettin besucht, stellt einen Unterschied zu bundesdeutschen Städten fest. Herumlungernde Asylbewerber oder aggressive Ausländer, die Passanten belästigen, sucht man vergeblich. Dabei gelten die europäischen Asylregeln auch in Polen. Wer unter politischer Verfolgung leidet, bekommt auch dort Schutz und Unterkunft. Wessen angeblicher Fluchtgrund sich aber als unwahr erweist, der wird rasch außer Landes geschafft. Wer seinen Pass „verloren“ oder „vergessen“ hat, woher er kommt, der erhält im Gefängnis Gelegenheit, über seine Herkunft nachzudenken.

Im ersten Halbjahr 2015 beantragten 4199 Personen in Polen Asyl. Im gleichen Zeitraum wurden 273 Personen als politisch Verfolgte anerkannt. Eine Asylindustrie wie in Deutschland, von der zahllose Sozialarbeiter, Rechtsanwälte und Heimbetreiber auf Kosten der Steuerzahler gut leben, gibt es in Polen nicht. Antragsteller erhalten monatlich umgerechnet 18 Euro Unterstützung neben den Sachleistungen.

Dennoch gibt es auch beim östlichen Nachbarn Gutmenschen, die glauben, in Sachen Asyl alles besser zu wissen. Einer von Ihnen ist der Priester Richard Adamczak aus Schrimm in Posen – bis 1919 deutsch. Seine Erlebnisse waren in der polnischen Presse ein Thema. Getreu den christlichen Geboten der Nächstenliebe und der Hilfsbereitschaft wollte der Priester syrischen Flüchtlingen helfen. Die vermeintlich mangelnde Akzeptanz von „Refugees“ in seiner Heimat hielt Adamczak nicht davon ab, eine syrische Familie bei sich aufzunehmen. Sogar Arbeitsplätze hatte der wackere Gottesmann für den Familienvater und dessen Kinder besorgt.

Zufrieden blickte der Helfer auf sein gelungenes Werk und wurde bitter enttäuscht. Adamczak: „Die Syrer gingen am letzten Sonntag im Schutze der Nacht nach Deutschland. Ohne ein Wort. Und wir gaben ihnen viel Hilfe. Jetzt haben wir eine Lehre für die Zukunft.“ Adamczak wurde gefragt: „Sie haben nicht ein Wort gesagt. Sich nicht einmal bedankt. Wie fühlt sich das an? Wie jeder, der Hilfe leisten würde und auf diese Weise behandelt wurde“, klagte Adamczak.

Andere „Flüchtlinge“ nutzen neuerdings Stettin als Transitstation nach Schweden, seitdem die dänische Regierung Schwierigkeiten macht, Wirtschaftsmigranten ins Land zu lassen. Von der pommerschen Hauptstadt geht es dann mit dem Regionalzug weiter nach Swinemünde und von dort mit der Fähre nach Schweden. Der Vorfall in Schrimm ist kein Einzelfall, denn in den benachbarten Gemeinden Posens machten sich zur gleichen Zeit rund 150 „Flüchtlinge“ auf den Weg in die Bundesrepublik.

BER endgültig gescheitert?

Erste Kritiker geben das Großflughafen-Projekt gänzlich auf

In einigen Monaten jährt sich der Spatenstich zum Hauptstadt-Flughafen BER zum zehnten Mal. Gebaut wird immer noch, und der Eröffnungstermin ist nun abermals verschoben worden. Die Pannenserie aus Planungsfehlern, Inkompetenz und Baupfusch reißt nicht ab.

Vergangene Woche musste Flughafen-Chef Karsten Mühlenfeldt im Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses Rede und Antwort stehen. Er gab sich zwar immer noch optimistisch, dass es Mitte 2017 endlich losgehen werde, doch nach Angaben von Sitzungsteilnehmern habe er damit nur Gelächter erzeugt. Die jüngst aufgetauchten Probleme seien nicht gravierend, beteuerte Mühlenfeld, nachdem bekannt geworden war, dass rund 1000 Brandschutzwände nachgebessert werden müssen und Deckenventilatoren nicht funktionierten.

Mindestens 5,4 Milliarden Euro soll das Großprojekt nun kosten. Der Berliner Medien-Unternehmer Holger Doetsch hat mittlerweile Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. „Eigentlich ist es schlimm genug, dass sich die deutsche Hauptstadt national und international der Lächerlichkeit preisgibt“, so Doetsch. „Darüber hinaus kann es nicht sein, dass beim BER offensichtlich Steuergelder in beträchtlichem Ausmaße versenkt werden und niemand dafür die Verantwortung übernimmt.“

> »Das kommt einem ja fast wie Sabotage vor!«

Die ursprüngliche Planungsgesellschaft befinde sich bereits seit 2013 in der Insolvenz, zudem seien Gewährleistungsansprüche verjährt. „Greifen Sie mal einem nackten Mann in die Tasche“, sagt BER-Chef Mühlenfeld sarkastisch. So mehren sich mittlerweile Stimmen, die einen Ausstieg aus dem Großprojekt fordern oder gar einen kompletten Neubau: „Schlimmstenfalls muss man das Gebäude entkernen und alles neu machen. Aber deswegen kann man doch die Eröffnung nicht immer wieder um Jahre verschieben! Das kommt einem ja fast wie Sabotage vor“, schimpft der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Koeppen.

Der Piraten-Politiker Martin Delius, Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, glaubt gar, „dass das Projekt BER final gescheitert ist“. Am Ende sei es für den Steuerzahler günstiger, den Verkehr über die anderen beiden Berliner Flughäfen sowie Leipzig/Halle abzuwickeln. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sieht das Projekt dessen ungeachtet unverdrossen „auf einem guten Weg“. *Peter Entinger*

Nicht vor unserer Haustür

Linkes Zentrum wehrt sich gegen Asylheim in seiner Nähe

Ein linksalternatives Zentrum in Potsdam macht vor, wie sich die Ablehnung einer Asylbewerberunterkunft „politisch korrekt“ begründen lässt. Auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Asylheim war die Stadt Potsdam auf ein stadteigenes Grundstück in der Teltower Vorstadt gestoßen. Zwei Hallen könnten Unterkunft für 100 Asylanten bieten – die sanitären Anlagen und eventuell auch die Gruppenräume des linken Kulturzentrums gleich nebenan könnten mit genutzt werden, so die Überlegung im Rathaus.

Die Bedingungen schienen ideal: Auch das Gelände für das alternative Kulturprojekt ist von den Stadtwerken zur Verfügung gestellt worden und damit ebenfalls eine städtische Immobilie. Obendrein engagieren sich Aktivisten aus dem „Kulturzentrum“ bereits ehrenamtlich in einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber. Nach einem basisdemokratischen Plenum durch die Nutzer des Geländes hat die Stadt Potsdam inzwischen allerdings eine Absage für ihre Pläne erhalten.

Per offenem Brief gab das linksalternative Zentrum eine ablehnende Erklärung ab: „Aus unserer Sicht ist diese Form der massenhaften Unterbringung von Geflüchteten über Monate und Jahre hinweg unzumutbar. Sie nimmt den Menschen die letzten Möglichkeiten, selbstbestimmt zu leben und zu handeln“, hieß es in dem Brief.

> Einschränkung des Party- und Konzert-Betriebs befürchtet

Man sei sich in Anbetracht der aktuellen Situation zwar seiner Verantwortung als öffentlicher Raum bewusst und auch bereit, Menschen einen Zufluchtsort zu bieten. Eine Unterbringung von Geflüchteten sei aber nur unter der Voraussetzung denkbar, dass den Menschen ein Mindestmaß an Wohn- und Lebensraumstandard gewährt werde.

Oberdrein müsse ein weiterer Betrieb als „Kulturzentrum“ möglich sein. „Einschränkungen“ durch die Asylbewerberunterkunft hätte das linksalternative Zentrum gleichwohl mit Sicherheit in Kauf nehmen müssen. So finden auf dem Gelände regelmäßig Konzerte und Partys statt, die zum Teil bis in die späte Nacht andauern.

Einem Bericht der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ zufolge zeigte sich die Stadt Potsdam irritiert über die Absage. So war offenbar ein direkter Informationsaustausch mit den Machern des „Kulturzentrums“ über die Pläne vereinbart gewesen. Die überraschende Absage kam stattdessen in der Form eines offenen Briefes. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Hat Italien zugeschlagen?

Rom – Die mutmaßliche Tötung eines libyschen Schlepperführers hat in Italien für Wirbel gesorgt. Nachdem libysche Medien berichtet hatten, der Libyer Salah Al-Maskhout sowie acht Leibwächter seien am Stadtrand von Tripolis von Bewaffneten getötet worden, wies das italienische Außenministerium „kategorisch" Berichte zurück, wonach es sich um eine Kommandoaktion italienischer Spezialeinheiten gehandelt haben könnte. Al-Maskhout gilt laut den Berichten als ein Schmugglerboss aus der Region westlich von Tripolis, von der Immigranten in großer Zahl auf Booten in Richtung Europa ablegen. *N.H.*

Neuer Name für Kasachstan

Astana – Der Präsident der Republik Kasachstan, Nursultan Nasarbajew, hat einen neuen Staatsnamen für seinen Staat vorgeschlagen: Uly Dala Eli – Land der Großen Steppe. Es war bereits seit Längerem erwogen worden, auf die indogermanische Endung „-stan" mit der Bedeutung von „Land" zu verzichten, da man eine Absetzung von den kleineren turkestanischen Steppenstaaten mit derselben Namensendung erreichen wollte. Als Ersatz soll das turanische „eli" dienen, das der verwandten mongolischen Staatsbezeichnung „uls" entspricht, die der ideelle Konkurrent Kasachstans bis heute für sich verwendet. Überraschend verzichtete Nasarbajew in seinem Benennungsvorschlag auch auf die bislang selbstverständliche Volksbezeichnung „Kasachen" und öffnet sein Land nun auch vom Namen her den anderen Völkern der Region. Damit dürfte Kasachstan das erste Steppenreich der Welt werden, das auf die Betonung der Vorherrschaft eines Volkes oder einer Sippe in seinem Namen verzichtet. *T.W.W.*

Der Iran hat Israel abgelöst

Statt des Judenstaates bekämpfen die sunnitischen Saudis nun Persien als ihren Hauptfeind

Ungewöhnliche neue Partnerschaften entstehen in Nahost. Die wachsende Bedrohung durch den Dschihadismus hat sogar Israel und Saudi-Arabien, einst Erzfeinde, dazu veranlasst, miteinander Kontakt aufzunehmen.

Zu Beginn der 1980er Jahre blockierte Israel noch einen Panzerdeal zwischen Deutschland und Saudi-Arabien mit vorgebrachten Sicherheitsbedenken. Im Jahre 2011 verzichtete Israel beim Verkauf von 200 „Leopard" an die Saudis nicht nur auf ein Veto, sondern bezeichnete Saudi-Arabien gar als einen „Garanten der Stabilität" in der Region. Saudi-Arabien, das Ursprungsland des Islam und der Hüter der Heiligen Stätten, zu denen auch Jerusalem gehört, war für Israel immer ein Erzfeind, allerdings haben die politischen Entwicklungen der letzten Zeit dazu geführt, dass Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu jetzt eingeräumt hat, mit Saudi-Arabien gemeinsame Interessen zu haben.

Saudi-Arabien erkennt das Existenzrecht Israels nicht an und hat mit dem Wahhabismus wohl die konservativste, rückwärtsgewandteste und undemokratischste Staatsform in der arabischen Welt. In Schulbüchern werden Juden und Christen als ungläubig und verkommen dargestellt, den Juden wird sogar die Einreise wegen ihrer Religion verweigert. Und dennoch denken hochrangige israelische Beamte, dass es jetzt Raum gäbe, um über Maßnahmen für eine Kooperation nachzudenken.

Das Atomprogramm des Iran wird in Israel und Saudi-Arabien gleichermaßen gefürchtet. Beide Länder haben das Atomabkommen des Westens mit dem Iran in ähnlichen Tönen verurteilt. Der wachsende Einfluss des Iran in Syrien, dem Jemen, dem Irak und dem Libanon wird von beiden Staaten mit sehr kritischen Augen gesehen. Auch der wachsende Terror des Islamischen Staates, der auch den Anspruch Saudi-Arabiens auf die Heiligen Stätten gefährdet, wird in Jerusalem mit wachsender Sorge gesehen.

Eingedenk der wechselnden politischen Landschaft im Nahen Osten hat Netanjahu festgestellt, dass die gemeinsamen Sicherheitsinteressen sunnitischer Staaten wie Jordanien oder Saudi-Arabien sowie Israels sehr wohl zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Iran und den Islamischen Staat führen könnten. Vor einer Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Gemeinden der USA bezeichnete der Direktor im israelischen Außenministerium Dore Gold die sunnitischen arabischen Staaten als Verbündete Israels. Im Jahre 2003 hatte Gold noch ein Buch herausgebracht, das aufzeigte, wie Riad den globalen Dschihad-Terrorismus unterstützt.

> Das Atomabkommen mit Teheran lehnen beide ab

In Washington hat sich Gold sogar zu einem Austausch mit dem pensionierten saudischen General Anwar Eshki, der Berater der saudischen Regierung war, getroffen. Beide hatten zwar nicht ein Mandat ihrer Regierungen, waren sich aber einig, dass vom Iran die größte Gefahr in der Region ausgehe und nicht von Israel. Kurz nach diesem Treffen wurde bekannt, dass sich saudische und israelische Beamte in den letzten 17 Monaten bereits fünfmal in Italien, Indien und der Tschechischen Republik zu Gesprächen über das Atomprogramm des Iran getroffen hatten. Israel wollte sich wohl die Überflugrechte für eine ins Auge gefasste Zerstörung der iranischen Atomanlagen von Riad sichern.

Vor Kurzem bezeichnete der angesehene saudische Intellektuelle Abdullah al Shammari im „Wall Street Journal" Israel als „Feind wegen seiner Existenz, aber nicht wegen seines Handelns", bei Iran sei dies genau umgekehrt. Er würde keinen Augenblick zögern, mit Israel nach gemeinsamen Wegen gegen den Iran zu suchen.

Allerdings sind sich Politiker und Analysten in der Region einig, dass ein solches Bündnis ohne klare Zugeständnisse im Friedensprozess mit den Palästinensern von Seiten der Israelis nicht zu haben sein wird. Saudi-Arabien war immerhin einer der Hauptförderer des Friedensprozesses zwischen beiden Völkern. Wegen der Weigerung Israels, auf die Friedensvorschläge aus Saudi-Arabien einzugehen, schlug das vom Jemen mit Raketen beschossene Land sogar das israelische Angebot aus, ihm das Raketenabwehrsystem „Iron Dom" (eiserne Kuppel) zu verkaufen. *Bodo Bost*



Einst Symbole von Todfeinden: Die Flaggen des Staates Israel und des Königreiches Saudi-Arabien Bild: colourbox

Scheichs in der Pechsträhne

Katar: Sinkende Gasverkäufe und verlustbringende Beteiligungen

Kursstürze am Aktienmarkt haben dem Emirat Katar zweistellige Milliardenverluste eingebracht. So ist Katars Staatsfonds QIA als drittgrößter Großaktionär neben der Porsche-Familie und dem Land Niedersachsen ein Hauptgeschädigter des Kurssturzes bei Volkswagen. Nach Berechnungen von „manager magazin online" war das Volkswagen-Investment Katars im Frühjahr noch fast 19 Milliarden Euro wert – jetzt sind davon nur noch 8,6 Milliarden übrig. Offen ist, welchen Wert die Beteiligung noch haben wird, wenn die anrollende Welle von Strafzahlungen und Schadensersatzforderungen über den Wolfsburger Konzern hinweggezogen ist.

Noch schlechter sieht die Zwischenbilanz bei dem schweizerisch-britischen Rohstoffkonzern Glencore aus. Der Wert der Investition Katars bei Glencore hat sich inzwischen gedrittelt. Vor Kurzem noch beim Umsatz die zweitstärkste Firma der Schweiz, gilt Glencore inzwischen sogar als pleitegefährdet. Mit der finanziellen Schieflage bei Glencore droht dem Emirat gleich der nächste Verlust. An Wert verloren haben nämlich auch die Aktien der Bank Credit Suisse, von der der Staatsfonds Katars Anfang 2008 ein großes Aktienpaket gekauft hat. „Als Hausbank dürfte die CS auf großen Krediten an die Glencore sitzen. Wie hoch diese sind, kann von außen nicht abgeschätzt werden", so die Einschätzung des Schweizer Finanzblogs „Inside Paradeplatz".



Katars absoluter Herrscher: Tamim bin Hamad Al Thani Bild: Archiv

Erschwerend kommt hinzu, dass es auch im eigentlichen Kerngeschäft des Emirats nicht besonders gut läuft. Als weltgrößter Flüssiggasexporteur wähnte sich das Emirat vom Verfall der Ölpreise wenig betroffen. Der Ministaat verfügt nach Russland und dem Iran über die drittgrößten Erdgasreserven der Welt. Mit rund 1,1 Millionen Barrel Öl, die pro Tag gefördert werden, gehört Katar auf dem Ölmarkt nur zu den kleineren Akteuren. Trotzdem brach der Wert der katarischen Exporte im ersten Halbjahr um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Das liegt zum einen daran, dass Japan seine Kernkraftwerke wieder hochgefahren und deshalb weniger Erdgas verbraucht hat, und zum anderen am Nachlassen des chinesischen Wachstums und damit seines Energiehungers. Obendrein hat Australien mit mehreren Megaprojekten für zusätzliches Angebot auf dem Markt gesorgt.

Auch bei den Planungen Katars, künftig Europa in großem Umfang mit Gas zu beliefern, zeichnet sich ein Rückschlag ab. Mit dem Eingreifen Russlands zugunsten der syrischen Regierung steht ein Projekt endgültig auf der Kippe, auf das Katars Führung große Hoffnungen gesetzt hatte. In Konkurrenz zu Erdgas aus Russland und dem Iran war geplant, mit einer Pipeline Gas aus Katar über Syrien und die Südtürkei bis auf den europäischen Markt zu leiten. *Norman Hanert*

Angst vor der Wien-Wahl

Landtagswahl in Oberösterreich lehrte Rot-Schwarz das Fürchten

Die Nachricht, dass die Bundesrepublik Deutschland die Grenzen schließen könnte, sorgt für Aufruhr und Angst unter den Regierenden der Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP in Wien. Allein in diesem September kamen in Österreich rund 170000 Schutzsuchende an. Doch haben seit Jahresbeginn nur 53000 in Österreich einen Asylantrag gestellt. Glaubte man bisher, die täglich rund 8000 einströmenden Immigranten einfach in die Bundesrepublik weiterleiten zu können, könnte das nun ein schnelles Ende haben. Die Asylanträge in Österreich würden sich binnen Wochenfrist verdoppeln.

Angesichts der Erfolge der asylmissbrauchskritischen FPÖ, die bei den letzten drei Landtagswahlen dieses Jahres große Triumphe feiern konnte, zittert die Kanzlerpartei SPÖ nun der Bürgermeisterwahl in Wien entgegen. Die Hauptstadt gilt seit jeher als „rote Hochburg". Hier regiert leutselig seit 1994 der mächtigste aller SPÖ-Granden: Bürgermeister Michael Häupl. Er ist der Inbegriff der österreichischen „Freundl-Wirtschaft". Gegen ihn tritt FPÖ-Chef Heinz Christian Strache an. Letzterem werden zwar nur geringe Chancen auf das Bürgermeisteramt eingeräumt, aber Strache bläst zum Angriff auf die regierende Große Koalition und peilt für die nächste Landeswahl 2018 das Kanzleramt an.

Bei den regierenden Sozialdemokraten herrscht Ratlosigkeit, da auch aus klassischen Arbeitermilieus Wähler in Scharen zur islamismuskritischen FPÖ überlaufen. Von der *PAZ* befragte Bürger in Wien bemängelten unisono die Untätigkeit der Regierenden. Es sei blamabel für Österreich gewesen, dass Tausenden Migranten noch nicht einmal menschenwürdige Unterkünfte an der unga-

> Wehe, wenn die Bundesrepublik die Grenzen schließt

risch-österreichischen Grenze angeboten worden seien. Die Innenministerin habe völlig versagt.

Die kritisierte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) reagierte vorletzte Woche und drohte nun mit dem Einsatz von Gewalt an den Grenzen. Sie forderte eine rasche europäische Antwort, sonst müsse man zu „strengen Kontrollen an den Grenzen" kommen. Auch werde „Gewaltanwendung notwendig" sein. Ihr Parteichef, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, dementierte umgehend in nahezu klassischer Weise: Niemand denke daran, Gewalt anzuwenden.

Österreichs Regierung hatte lange herablassend auf die Behandlung der Flüchtlingsströme an den Grenzen von Mazedonien oder Ungarn geblickt. In der Pose moralischer Überlegenheit vertraute man darauf, dass fast alle Migranten sowieso in die gelobte Bundesrepublik Deutschland weiterreisen wollen, und sah sich nur als Transitland. Nun kippt die Stimmung. Die Umfragen und prognostizierten Wahlergebnisse lösen Nervenflattern bei Rot und Schwarz aus. ÖVP-Chef Mitterlehner widmete sich nun auf einmal der Flüchtlingsfrage. Nach dem letzten Ministerrat in Wien forderte er eine Verschärfung der ÖVP-Strategie in der Flüchtlingsfrage und begründete das mit dem desaströsen Wahlergebnis seiner Partei bei der Landtagswahl in Oberösterreich vor zwei Wochen. Um weitere Wahlschlappen zu verhindern, nähert sich die ÖVP nun der FPÖ-Linie an. Die ÖVP-Innenministerin soll nun mit Mitterlehners Segen das „Asyl auf Zeit" durchführen: Die mehrfache Überprüfung des Asylstatus, die bisher schon gesetzlich möglich war, aber nicht praktiziert wurde, soll jetzt als Regelfall eingeführt werden. *Hinrich Bues*

Washingtons Spione fischen im Netz

Mittels der Operation »Irritant Horn« versuchte die NSA, die Überwachung von Smartphones auszubauen

Mit der Operation „Irritant Horn“, was so viel heißt wie „störende Trompete“, wollten sich Spezialisten des US-amerikanischen Abhördienstes NSA (National Security Agency) und anderer Geheimdienste in den sogenannten App Store des US-amerikanischen Suchmaschinen-Riesen Google einklinken.

„App“ steht für „Application“ (Anwendung, Computerprogramm). In der Welt der Computerspezialisten, Webdesigner und Programmierer ist eine „App“ ein beliebiges Programm, zum Beispiel ein Konstruktionsprogramm für Ingenieure, eine Textverarbeitung wie Word oder ein E-Mail-Programm wie Thunderbird. Im allgemeinen Sprachgebrauch sind „Apps“ dagegen kleine Programme, die man sich für bestimmte Aufgaben auf sein Smartphone oder seinen Tablet-PC herunterladen kann. Es gibt für alles Mögliche eine App – zur Wettervorhersage, als Kalender, als direkte Verbindung zur Lieblings-Nachrichtenseite im Netz oder zu den neuesten Diätplänen. Viele Apps sind umsonst, aber genauso viele muss man in sogenannten App Stores im Internet kaufen. Konzerne wie Apple und Samsung, die Smartphones herstellen, haben eigene App Stores, ebenso Google.

Bereits im Februar publizierten die Nachrichtenseite „The Intercept“ des investigativen Journalisten Glen Greenwald und der kanadische TV-Sender CDC ein internes NSA-Dokument aus dem Bestand des Enthüllers Edward Snowden. Dabei handelt es sich um eine inzwischen auch im Internet abrufbare Präsentation, die zwischen November 2011 und Februar 2012 auf mehreren Arbeitstreffen von Vertretern von NSA, CIA, anderer US-amerikanischer Geheimdienste sowie von Nachrichtendienstlern aus Großbritannien, Australien und Neuseeland zur Anwendung kamen. Diese fünf Länder arbeiten in der sogenannten Five Eyes Alliance bei der globalen Terrorismusbekämpfung, dem Kampf gegen den Islamismus und der ganz gewöhnlichen Spionage zusammen. „Irritant Horn“ war (und ist vielleicht immer noch) ein gemeinsames Projekt der „Five Eyes“, um Techniken und Taktiken der Nachrichtenbeschaffung durch die Überwachung von Smartphones weiter zu verbessern.

> Es ist davon ausgehen, dass »Irritant Horn« unter anderem Namen weiterläuft

Die verbündeten Dienste nutzten schon länger das Spionageprogramm XKeyscore (XKS), um Nutzer im Internet zu überwachen. Besonders interessant für die NSA-Späher waren die, die sich über Schutzmaßnahmen, Verschlüsselungen und anonymes Surfen im Internet informierten. „Irritant Horn“ ging jetzt einen Schritt weiter. Die Geheimdienstler wollten in den App Stores von Google und Samsung selbst Informationen über die Kunden sammeln.

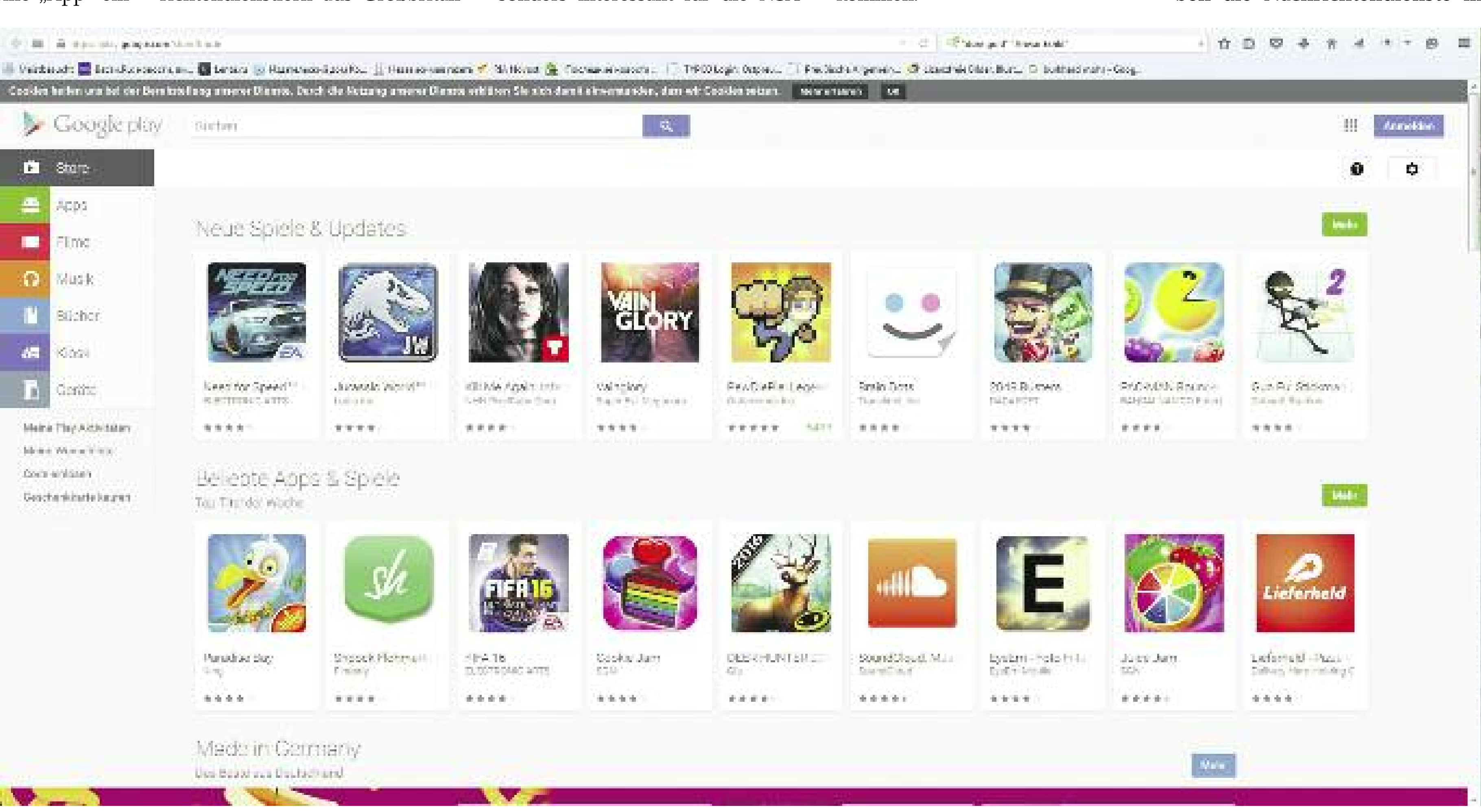
Und dabei sollte es nicht bleiben. Die NSA-Hacker schleusten eigene Programme in die Apps ein, um auf die Smartphones der Nutzer zuzugreifen. Über die gekaperten Smartphones sollten die Nutzer überwacht und Inhalte wie Gespräche, Grafiken, Bilder, Videos und E-Mails übermittelt werden. Durch das Verbreiten über die App Stores hofften die Späher, Zugriff auf möglichst viele Geräte zu bekommen.

Außerdem wollten die geheimen Dienste auf diesem Weg auch Desinformation betreiben und gefälschte Inhalte in den Datenverkehr einschleusen. Die „Five Eyes“ nutzten den „man in the middle“-Hack. Diese Taktik wenden kriminelle Hacker an, indem sie die Kontrolle über die Verbindung zwischen zwei im Internet kommunizierenden Rechnern übernehmen und sich so Kontodaten und Passwörter verschaffen.

Den Auslöser für „Irritant Horn“ lieferte der Arabische Frühling mit seinen Folgen. Die „Five Eyes“ waren von diesen Entwicklungen überrascht worden und hatten viele ihrer Quellen eingebüßt. Allerdings standen die gehackten Server für den App Store auch in Europa und Russland.

„The Intercept“ und CBC haben die Nachrichtendienste in den beteiligten Ländern um Stellungnahmen gebeten, bekamen aber nur ausweichende Antworten. Auch Google und Samsung äußerten sich nicht. Es ist also davon auszugehen, dass „Irritant Horn“ unter anderem Namen weiterläuft.

Friedrich List



Apps im Internetauftritt des Google-Play-Store: Mit solchen Programmen kapern Geheimdienste fremde Smatphones Bild: privat

MELDUNGEN

Asienbank mit deutschem Geld

Berlin – Deutschland wird sich an der Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) mit Sitz in Peking beteiligen und dafür einen Kapitalanteil in Höhe von 4,4842 Prozent übernehmen, der knapp 4,5 Milliarden US-Dollar entspricht. Davon sind 900 Millionen bis 2019 einzuzahlen. Der verbleibende Anteil von rund 3,6 Milliarden Dollar stellt Haftungskapital dar. Die AIIB soll als Regional-Kreditinstitut auf multinationaler Basis und damit quasi in Konkurrenz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank (siehe *PAZ* 17/2015) „nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Asien fördern“. *J.H.*

Tipps aus dem Weißen Haus

Athen – Einem Bericht der griechischen Zeitung "Kathimerini" zufolge hat die US-amerikanische Botschaft die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras während der Verhandlungen zum dritten Hilfspaket detailliert hinsichtlich des Umgangs mit Deutschland beraten. Berichtet wird ebenso, dass Washington Überzeugungsarbeit bei den Gläubigern Griechenlands geleistet habe, um bei den Verhandlungen günstige Konditionen für das Land zu erhalten. *N.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.544.727.236 €
Vorwoche: 2.026.445.643.340 €

Verschuldung pro Kopf:
24.994 €
Vorwoche: 24.993 €

(Dienstag, 6. Oktober 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kann VW das stemmen?

Norddeutsche Landesbank schätzt Folgen des Abgasskandals

Die dem Autobauer Volkswagen drohenden Kosten wegen manipulierter Abgaswerte scheinen sich immer mehr zu dem sprichwörtlichen Fass ohne Boden auszuweiten. Mit welchen existenzgefährdenden Belastungen Volkswagen möglicherweise rechnen muss, hat Thomas Möllers, Juraprofessor an der Universität Augsburg, gegenüber der „Wirtschaftswoche“ angedeutet. So sind in Fällen arglistiger Täuschung im Schadenersatzrecht der USA sogenannte „punitive damages“ (Schadenersatz mit strafendem Charakter) möglich. „Da kann das 20- oder auch 50-Fache des tatsächlichen Schadens als Schadenersatz verhängt werden“, so Möllers, der als einer der führenden Kapitalmarktexperten Deutschlands gilt. Allein bei einem angenommenen Schaden von 1000 US-Dollar pro Fahrzeug und hochgerechnet auf die elf Millionen betroffenen Autos, würde auf VW eine Belastung von elf Milliarden Dollar zukommen. Mit den „punitive damages“ multipliziert könnte sich Volkswagen im Extremfall mit Kosten im drei- oder vierstellige Milliardenbereich konfrontiert sehen.

Es ist bislang nicht einmal absehbar, wer alles auf den Zug der Schadensersatzforderungen noch aufspringt. So hat in den USA nun ein erster Landkreis Klage gegen VW eingereicht. Wegen „Luftverpestung“ fordert Harris County in Texas mehr als 100 Millionen Dollar (89 Millionen Euro) für die 6000 in der Region verkauften VW-Diesel, so das Büro des zuständigen Staatsanwalts Vince Ryan in Houston. Argumentiert wird dabei mit dem Vorwurf, betrügerische Aktionen hätten es dem Landkreis erschwert, die staatlichen Klimaschutzvorgaben einzuhalten und so die Bürger zu schützen. Einem Bericht des Mailänder Wirtschaftsblatts „Milano Finanza“ zufolge hat inzwischen auch der italienische Umweltverband Codacons in Venedig eine Klage gegen VW wegen Wiedergutmachung eingereicht, der sich offenbar auch betroffene VW-Kunden in Italien anschließen können. Inzwischen muss der deutsche Autobauer auch noch in einigen Ländern mit Steuernachforderungen in Millionenhöhe rechnen. Der Vorwurf lautet, dass nicht nur die Kunden vorsätzlich über den Schadstoffausstoß getäuscht worden seien, sondern auch der Staat bei der Festsetzung der Kraftfahrzeugsteuer.

> »Hinzu kommt ein immenser Reputationsschaden«

Bei solchen Aussichten ist kaum verwunderlich, dass darüber nachgedacht wird, ob VW die drohenden Belastungen überhaupt stemmen kann. Nach eigenen Angaben hat VW wegen des Abgasskandals 6,5 Milliarden Euro zurückgestellt. Extremstrafen in den USA noch nicht einmal einkalkuliert, kommen Berechnungen der Norddeutschen Landesbank zu dem Ergebnis, dass VW mit Kosten von mindestens 30 Milliarden Euro rechnen müsse. In der Summe enthalten sind Strafzahlungen, Rückrufaktionen, Entschädigungen für Wertverlust und mögliche Schmerzensgeldforderungen. „Hinzu kommt ein immenser Reputationsschaden, der sich letztlich in zukünftig nicht verkauften Fahrzeugen beziehungsweise nicht erzielten Gewinnen ausdrückt, sich allerdings nur schwer bemessen lässt“, so die Analyse der Landesbank. Empfohlen wird den VW-Managern „generell über das Engagement der Marke Volkswagen in den USA nachzudenken“.

Norman Hanert

Der nächste Kandidat

Nach VW hat nun die Deutsche Bank in den USA Probleme

Nicht nur Deutschlands größter Autobauer sieht sich momentan international hohem Druck ausgesetzt, auch die Deutsche Bank ist zum Ziel von Gerüchten über angeblich vorliegende schwerwiegende Probleme geworden. Geht es nach einigen Kommentatoren im angelsächsischen Raum, dann scheint die Zukunft der Deutschen Bank sogar ernsthaft gefährdet. Schlagzeilen wie „Deutsche Bank – The next Lehman Brothers?“ erwecken den Eindruck, als wenn Deutschlands größtes Bankhaus der Auslöser der nächsten Weltfinanzkrise werden könnte.

Als Argument hierfür wird angeführt, dass sich die Anzeichen im Vorfeld der Lehmanpleite nun bei der Deutschen Bank finden ließen. Lehman Brothers war durch die Ratingagentur Fitch am 9. Juni 2008 auf die Bonitätsstufe „AA-“ mit negativem Ausblick herabgestuft worden. Schon drei Monate später kam es zur Pleite der Bank. Auf den Tag genau sieben Jahre später wurde die Deutsche Bank gar auf „BBB+“ herabgestuft, lediglich drei Stufen über dem „Ramschstatus“. Die aktuelle Bonitätseinschätzung durch die US-amerikanische Agentur Standard & Poors ist somit sogar noch schlechter als Lehman Brothers' damalige.

Auch wenn vieles von dem aktuell Vorgebrachten den Eindruck erweckt, dass interessierte Kreise den Wirtschaftsstandort Deutschland gezielt diskreditieren wollten, so bietet die Deutsche Bank Kritikern und Konkurrenten doch genügend Angriffsflächen. Um im angelsächsisch dominierten Markt der international agierenden Investmentbanken mitzumischen, ist Deutschlands größtes Geldhaus erhebliche Risiken eingegangen und hat sich zum Teil auch auf zweifelhafte Geschäftsmethoden eingelassen. Erst im April dieses Jahres musste die Bank wegen Zinsmanipulationen eine hohe Strafe zahlen. In einem Vergleich hatten sich die Bank und die Regulierungsbehörden in Großbritannien und den USA darauf geeinigt, dass die Bank eine Strafzahlung von 2,5 Milliarden US-Dollar akzeptiert. Ermittler hatten der Bank vorgeworfen, dass einige ihrer Händler jahrelang den wichtigen Referenzzinssatz Libor manipuliert hätten. Aktuell sieht sich die Bank in der Schweiz Ermittlungen wegen unlauterer Absprachen im Goldhandel ausgesetzt. Vorgeworfen wird der Deutschen Bank, dass sie zusammen mit Branchengrößen wie UBS, Julius Bär, HSBC, Barclays und Morgan Stanley inoffizielle Verrechnungsverfahren im Edelmetallhandel betrieben habe. *N.H.*



Droht als nächstem der Deutschen Bank die Abwicklung? Vorbereitungen zur Lehman-Brothers-Versteigerung im Auktionshaus Christie's in London 2010 Bild: action press

Muttis giftige Pilzsuppe

Was Mutti Merkel in der Zuwandererfrage von Mutter Natur lernen kann, veranschaulicht die Geschichte eines anonymen Pilzfreundes, die derzeit in asylkritischen Netzwerken kursiert:

Es gibt vier Methoden, nach denen man beim Pilzesammeln vorgehen kann:

A) Man sammelt überhaupt keine Pilze. Diese Methode ist in jedem Fall sicher und gesund. Pilze sind als Nahrung in keinem Fall lebensnotwendig. Wer Gefahren nichts abgewinnen kann, macht mit dieser Methode alles richtig.

B) Man sammelt nur die guten Pilze. Wer die Risiken genau kennt und sie daher eingehen und kalkulieren kann, für den ist diese Methode genau das Richtige. So ein Ausflug in den Wald unterstützt die Naturverbundenheit, bringt neue Erkenntnisse und Einsichten und macht Spaß. Eine abwechslungsreiche Pilzmahlzeit inklusive. Ein Restrisiko bleibt jedoch bestehen.

C) Man sammelt alle Pilze, die man findet, bringt sie nach Hause und sortiert dort aus. Ein mühsames Unterfangen. Es hat eher Nachteile. Man muss mehr sammeln, mehr transportieren, es entstehen Kontaminationseffekte, ein exaktes Trennen ist nicht mehr sicher möglich und die fachgerechte Entsorgung der giftigen Pilze muss ebenso gewährleistet sein. Und, ganz wichtig: Übersehen Sie nur einen giftigen Pilz, so kann es den Tod bedeuten.

D) Man blendet alle Risiken aus und sammelt jeden Pilz, den man finden kann. Anschließend kocht man daraus ein leckeres Pilzgericht. Wer so Pilze sammelt, hat keine Überlebenschance. Das bedarf sicherlich keiner weiteren Erklärung.

Haben Sie Kinder? Oder andere Menschen, für die Sie sich verantwortlich fühlen? Wie würden Sie mit denen Pilze suchen? Wie entscheiden Sie sich?

„A“ ist völlig in Ordnung. Keine Chancen aber auch keine Risiken.

Persönlich bin ich für „B“. Ohne Risiken gibt es keine Chancen im Leben – das ist Evolution. Aber die Risiken müssen überschaubar sein.

„C“ ist eigentlich schon mehr als bedenklich. Sie füttern doch nicht ihre Kinder mit Pilzen, die Sie gerade erst mit Giftpilzen zusammen im Korb nach Hause getragen haben, oder?

Und „D“ wählen Sie nur, wenn Sie Ihr eigenes Ableben und das ihrer Nächsten provozieren wollen.

Wenn man jetzt das Pilzesammeln mit der aktuellen Krise in Europa vergleichen würde, dann könnte man sagen: Die vielkritisierten Ungarn, Briten, Polen und einige andere Länder haben sich für „A“ entschieden. Damit sind die erst mal fein raus.

„B“ – die beste Methode – wird aktuell von keinem Land praktiziert.

Deutschland hat sich offiziell für die Methode „C“ entschieden – in Wahrheit ist es jedoch „D“, da die versprochene Selektion eben nicht stattfindet.

Fazit: Die Pilzsuppe, die Mutti Angela da gerade für uns, ihre Kinder, kocht, ist hochgiftig und macht einen tödlichen Ausgang der Mahlzeit wahrscheinlich. Demnach besteht für unsere Gesellschaft keinerlei Überlebenschance, sofern wir nicht schnellstens die Methode ändern.

Suche nach Merkels Motiven

Von Norman Hanert

Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land“, so lautet die Antwort der Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel auf die um sich greifende Befürchtung, dass sich Deutschland mit der Aufnahme von bis zu zehntausend Asylbewerbern pro Tag übernimmt.

Inzwischen wird nicht nur in ihrer eigenen Partei gerätselt, was Merkel zu ihrem riskanten Kurs treibt. Unterstellt, es trifft tatsächlich zu, dass Merkel „vom Ende her denkt“, wie oftmals behauptet wird, drängt sich als Motivation zunächst einmal die im Jahr 2017 anstehende Bundestagswahl auf. Wie bereits im August bekannt wurde, hat sich Merkel offenbar entschlossen, bei dieser Wahl noch einmal anzutreten. Einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zufolge soll sich CSU-Chef Horst Seehofer für die Erringung einer absoluten Mehrheit ausgesprochen haben, während Merkel Skepsis zeige, ob dieses Wahlziel tatsächlich zu schaffen sei. Merkels Präferenz scheint stattdessen bei Schwarz-Grün zu liegen, wie bereits auf dem Kölner CDU-Bundesparteitag im letzten Jahr deutlich wurde: „Wir wären bereit gewesen, eine solche Koalition zu wagen. Manche Grüne waren's nicht – schade drum!“, so Merkels mit spürbarem Herzblut vorgetragen Aussage zu den schwarz-grünen Sondierungsgesprächen nach der Bundestagswahl 2013. Vor diesem Hintergrund ist durchaus vorstellbar, dass die aktuell verfolgte Asylpolitik bereits eine erste Anzahlung auf Schwarz-Grün darstellt.

Strebt sie Schwarz-Grün an oder den UN-Spitzenposten?

Wert, nochmals in Erinnerung gebracht zu werden, ist allerdings auch ein Bericht, den die Tageszeitung „Luxemburger Wort“ im vergangenen Jahr veröffentlicht hatte. Spekuliert wurde damals, die deutsche Kanzlerin ziele als Krönung ihrer Karriere darauf ab, sich für den Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu bewerben.

Sollte Merkel tatsächlich diese Absicht haben, stehen die Chancen günstig: Einem ungeschriebenen Gesetz zufolge sind nach einem Südamerikaner, zwei Afrikanern und einem Asiaten nun wieder die Europäer an der Reihe, den Posten des UN-Generalsekretärs zu besetzen. Auch gilt es als längst überfällig, mit dem Chef-Posten bei der Uno erstmalig eine Frau zu betrauen. Zwar wurden entsprechende Ambitionen Merkels im vergangenen Jahr dementiert, allerdings hat die Kanzlerin mittlerweile bereits mehrfach Beispiele für abrupte Kurswechsel geliefert – ungeachtet voriger Erklärungen. Ausgesetzt sehen würde sich Merkel allerdings mit Sicherheit dann dem Vorwurf, mit einer hochriskanten Zuwanderungspolitik in ihrem Heimatland um Stimmen bei der Uno-Vollversammlung gebuhlt zu haben.



Am Image in der Dritten Welt offenkundig sehr interessiert: Angela Merkel beim Selfie mit einem Asylsuchenden

Bild: pa

Frei gedacht



Eigentümliches Eigentum

Von EVA HERMAN

Ist der Mensch eine Fehlkonstruktion des Schöpfers? Diese Frage muss gestellt werden angesichts der derzeitigen Lage auf der ganzen Welt, wo der alles vernichtende Kampf um das Eigentum in seine letzte Phase gerät.

Die Antwort ist hart für uns, denn sie zwingt uns in aller Strenge in die Eigenverantwortung: Nein, wir sind Fehlkonstruktionen unserer selbst, wir alleine schufen uns dazu. Jedermann weiß, wie man vom Pfade der Tugenden abkommt und wie das Verhängnis beginnt: Immer erst sind es kleine, flüsternde Stimmen, die Dich in irgendwelchen Belangen versuchen wollen, sie ziehen an Deinem Gewissen herum, zupfen an Deinem Herzen, streicheln Deinen Egoismus, Deine Gier. Letzte geben meist den Ausschlag, dass Du – nur im ersten Schritt, und, wie Du meinst, willenlos – erfüllst, was die Stimmen Dir befehlen. Sie klingen ja nicht wie Befehle, sondern wie kleine, freundliche Wesen, die „nur das Beste für Dich wollen in diesem Augenblick“.

So vieles gehört dazu: Alkohol, Drogen, Völlerei, Gefallsucht, Eitelkeit und elende Gier nach Macht und Geld. Du hörtest, dachtest nach, zögertest und fielst um: Das erste Mal, das zweite auch. Dein Gewissen mahnte immer lauter, beim dritten Male sandtest Du Stoßgebete zum Himmel und beim vierten Mal des Fehlganges? Fielst Du hinten herunter! Und machtest die zunächst so kleine, vorsichtige Sünde zu Deinem Alltag. Nun, schau auf das Bild, das sich Dir heute bietet: nichts als Angst, Schrecken, Panik, Verheerungen in nicht vorstellbarem Ausmaße. Dazwischen leuchten die Farben der herbstlichen Natur in goldener Sonne. Schmerzt Dir nicht das Herz bei dem Anblick? Wie hältst Du all das noch aus? Wo ist Dein inneres Sein, die Sehnsucht zum Schöpfer hin aufrechtzuerhalten, wo der Wunsch nach Lichtem, Gutem?

Als der Mensch einst erschaffen worden ward, da glänzte die Erde bereits in höchster Schönheit, im strahlenden Lichte der Wahrheit. Vögel sangen allzu schöne Melodien, Tiere aller Größe gingen ihrem vorgezeichneten Weg nach, bunte Fische tummelten sich in tiefblauem Gewässer. Bäume herrlicher Größe rauschten zu mächtigen Wäldern auf, stattliche Flüsse durchzogen sonnenbeschienenes Land, im Inneren der Erde gediehen selten schöne Metalle, und tief drinnen im Erdenrund bereiteten sich Rohstoffe aller Art, die einst dem Menschen zum Überleben und zur Freude sein sollten. Herrlich kristallklares Wasser plätscherte oder durchströmte die Erdenteile, angereichert mit dem Menschen unbekannten, unsichtbaren Inhalten, die ihm sein Leben gesund und aktiv erhalten sollten. Nichts wusste der Mensch zu dieser Zeit vom Gold, von den Silbererzen und den wertvollen Gesteinen, die heranwuchsen in riesigen Höhlen und geheimnisvollen Ebenen.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Nein, der Mensch der Erstzeit war mit sich selbst beschäftigt, um zu entwickeln sein damals kindliches Bewusstsein zum vollreifen Menschengeist. Jahrtausende, Jahrzehntausende, Jahrmillionen wuchsen und gediehen Seele und Verstand des Menschen heran. Immer dann, wenn er aber sein Gehirn mehr beanspruchte als den Geist, entstanden verhängnisvolle Wege: Die innere Stimme wurde übertönt von materialistischen Zielen. Der Gleichklang beider Säulen, Geist und Verstand, geriet in Schieflage. Untertan wollte der Mensch sich nun die Erde machen, doch nicht im rechten Sinne des Schöpfungswaltens, sondern in ehrgeiziger, selbstsüchtiger Art: Er begann, das *Eigentum* zu entwickeln. Doch was bedeutet dieses Wort eigentlich? Warum ist ihm der Begriff des *Eigentümlichen* so verwandt? Weil dieses zusammengehört: *Eigentum* wird immer *eigentümlich, eigenartig*, verbleiben im Wollen des Menschengeistes. Es gibt *kein* Eigentum!

Der Schöpfer schuf diese Erde, um sie bewohnbar für zahlreiche Wesen unterschiedlichster Arten zu machen. Sie alle *besuchen* diese schöne Welt jedoch nur, als Gast, um sie nach einer gewissen Zeitspanne wieder verlassen zu müssen: Der Mensch ebenso wie das Tier, der Baum genauso wie die Blume. Kein Wesensgeschöpf, welches je hier auftrat, wäre auf die Idee gekommen, die Erde als Eigentum zu betrachten. Nur der Mensch. Er formte seinen Verstand immer weiter aus, erklügelte und erdachte sogenannte Gesetze, die er über die Schöpfungsregeln erhob und machte sich daran, die Welt in Planquadrate aufzuteilen. Wer sich ihm entgegenstellte, wurde beiseitegeschoben oder vernichtet. Das Gewissen indes, welches still und immer wieder im Menschengeiste mahnte, wurde durch Erklärungen des Verstandes zurechtgewiesen, wurde kleinlauter gemacht, bis es eines Tages verstummte.

Durch diese allzu menschlichen Maßnahmen ergaben sich sehr bald Unfrieden und Kriege, wurde doch die harmonische Ordnung der Natur damit außer Kraft gesetzt. Doch darauf hörte man nicht mehr, denn inzwischen hatte man die wertvollen Rohstoffe für sich entdeckt, die man auch in sein Eigentum umwandeln wollte. So geschah es, dass die Menschen Gesetze erschufen, um sich das Eigentum pauschal zu sichern. Mächtig waren inzwischen einige Leute dadurch geworden, und sie wussten die Wege, um immer noch mächtiger zu werden. Sie erfanden immer neue Maßnahmen, um durch ihre Eigentumsgesetze zu noch größeren Eigentümern zu werden. Die anderen, die in dieser mächtigen Riege nicht mitspielen konnten – es war der größte Teil der Menschheit –, mussten sich mit der Tatsache zufrieden geben, dass sie für die Benutzung von Feld und Land bezahlen mussten: Gold, Silber, Edelsteine und Lebensmittel mussten sie abgeben, die sie zuvor durch ihrer Hände Arbeit erworben hatten, ebenfalls als Eigentum. Sie hatten nie danach gefragt, ob all diese wunderbaren Stoffe, die einst tief in der Erde entstanden waren, ihnen wirklich gehören konnten, würden doch die edlen Metalle ihre eigene Erdenexistenz weitaus länger überdauern und in andere Hände übergehen. Niemand fragte.

Gibt es das Eigentum wirklich? Gibt es überhaupt einen einzigen Stoff auf dieser Erde, den ein Mensch sein Eigen nennen kann? Wohl kaum. Denn alles existierte bereits, als der Mensch den Plan betrat. Eigen alleine bleibt uns unser Geist, unsere Seele, unser Innerstes, um richtig zu gehen. Unser Charakter, die Persönlichkeit, unser inneres Ich, *das* ist unser einziges Eigentum! Wir selbst können dieses Eigentum vergrößern oder verkleinern, ohne jemanden dafür um Erlaubnis zu bitten.

Gewiss ist es möglich, Landstriche oder Goldstücke für eine bestimmte Zeitdauer *besitzen* zu dürfen, wir *sitzen* also darauf, solange wir hier auf Erden sein dürfen, doch nichts davon können wir mitnehmen auf unsere Reise ins ungewisse Jenseits.

Jetzt stehen wir vor der Ernte unseres falschen *Eigen*-Wollens. Nationen und Länder sind weltweit im Krieg, streiten um angebliches Eigentum: Um Länder, Rohstoffe, Ernten, um Wasser und alles andere, was der Himmel uns Menschen einst gnadenvoll zur Verfügung stellte. Nun ist die Zeit angebrochen, wo keine Steine mehr übereinander geordnet stehen bleiben können, weil auch das letzte Mauerwerk vom Menschen in seiner unstillbaren Gier nach Eigentum eingerannt wird. Wir werden sehen, wie die Geschichte letztlich ausgeht. Lange jedenfalls wird der Kampf um das Eigentum nicht mehr dauern: Wir stehen vor dem letzten, großen Finale!

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Das Schmierenstück der Oper

Die Kölner tun es den Hamburgern gleich – Für die hohe Musikkultur bringen sie viel Geld und noch mehr Geduld auf

Was der Elbmetropole mit ihrer Elbphilharmonie recht ist, kann der „Metropole am Rhein" dann doch nur billig sein. Seit dem 22. Juli hat nun auch Köln seinen Skandalbau: das Opern- und Schauspielhaus. Von billig kann allerdings keine Rede sein.

Im Februar 2006 beschloss der Rat der Stadt Köln die Sanierung des Operngebäudes. Das angrenzende, marode Schauspielhaus sollte abgerissen und neu gebaut werden. Akustikmängel im Opernhaus und das Alter des Gebäude-Ensembles sprachen für diese Entscheidung.

Zweieinhalb Jahre wurde geplant. Im August 2008 bezifferten die Planer die Baukosten auf 230 Millionen Euro. Doch schon zehn Monate später kletterte der Betrag auf rund 360 Millionen. Ein Plus von mehr als 55 Prozent. Zuviel, befand der Stadtrat. Er beschloss im Dezember 2009, dass der siegreiche Architekten-Entwurf entschlackt werde, das heißt, die Kosten auf 295 Millionen Euro begrenzt werden sollen.

Eine Kehrtwende erfolgte zwei Jahre später, im November 2011: Das Schauspielhaus sollte nun gar nicht mehr abgerissen und neu gebaut, sondern wie das Opernhaus „nur" saniert werden: Erfolg eines Bürgerbegehrens mit 30 000 Unterschriften – auch die der damaligen Schauspiel-Intendantin Karin Beier, die heute das Hamburger Schauspielhaus leitet. Die Gesamtkosten nun: 253 Millionen Euro.

Die vorerst letzten Aufführungen gingen im Juni 2012 über die Bühnen des denkmalgeschützten Gebäudekomplexes, der 1957 nach Plänen des Architekten Wilhelm Riphahn fertig gestellt worden war.

Seitdem spielen Oper und Schauspiel an verschiedenen Orten in Köln. Das Schauspiel fand eine Interimsbleibe in einem alten Fabrikgelände auf der rechten Rheinseite im Stadtteil Mülheim. Die Oper gastierte 40 Monate im „Musical Dome", einem riesigen Zeltgebäude mit blauem Dach, direkt hinter dem Hauptbahnhof gelegen.

Die Sanierung der Oper sollte in diesem Herbst abgeschlossen sein. Zwar kletterten die Kosten im Oktober 2014 noch einmal um zehn Prozent auf rund 275 Millionen Euro, doch alle Beteiligten waren zuversichtlich, dass am 7. November 2015 die Wiedereröffnung der Kölner Oper stattfinden sollte. Im Juni dieses Jahres erschienen die Spielpläne für die neue „Spielzeit 2015/16". Die Oper wollte mit „Benvenuto Cellini" von Hector Berlioz starten.



Langwierige Dauerbaustelle: Das denkmalgeschütze Kölner Opernhaus — Bild: Schmidtke

Es kam anders. Am 22. Juli platzte auf einer Pressekonferenz die Bombe: Bedrückt und kleinlaut verkündeten Stadtverwaltung und Bühnenintendanz, dass die lange angekündigte Wiedereröffnung nicht stattfinden könne.

Probleme mit dem Bauablauf wurden genannt. So konnten einige Firmen ihre Arbeiten nicht wie geplant beginnen, weil andere Bauunternehmen die erforderlichen Vorarbeiten nicht geleistet hatten. Auch Vorwürfe der mangelhaften Projekt- und Kostensteuerung seitens der städtischen Gebäudewirtschaft wurden laut – man kennt das ja schon vom Berliner Großflughafen oder der Hamburger Elbphilharmonie.

Probleme machte vor allem die niederländische Firma „Imtech", die sich um die Gebäudetechnik kümmern sollte. Der deutsche Imtech-Ableger hat Insolvenz angemeldet. Imtech ist nicht nur an der Kölner Oper tätig, sondern an mehreren hundert Baustellen bundesweit. Eine davon ist, welch ein Zufall, der Berliner Flughafen.

Der Firma Imtech und anderen Unternehmen hatte „Die Zeit" in einem Artikel vorgeworfen, ein zum Teil „kriminelles Geschäftsmodell" zu betreiben. Das sieht in etwa so aus: Durch einen angekündigten Eröffnungstermin geraten die, meist öffentlichen, Bauherren großer Prestigeobjekte unter enormen Druck. So manche Baufirma wittert dann die günstige Gelegenheit zum Abkassieren: Mehrfach überhöhte Abrechnungen werden nun den Bauherren präsentiert. Nach dem Motto „Friss oder stirb" geht mit der Wucher-Abrechnung die Drohung einher, die Arbeit niederzulegen, wenn nicht gezahlt werde. Ob derartige Machenschaften in Köln und anderswo ausgeübt wurden, prüfen jetzt mehrere Staatsanwaltschaften und auch das Bundeskartellamt.

Das Grundproblem bei den großen, öffentlichen Prestigebauten, die sich bundesweit zu Skandalbauten entwickelten, ist die Vorgabe: Bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand – egal ob in Berlin, Hamburg, Stuttgart oder Köln – erhält immer der preisgünstigste Anbieter den Auftrag, ja, muss ihn erhalten. Gewiefte Bieter-Firmen rechnen dann auf Teufel komm raus ihr Angebot herunter, um ja erstmal den Auftrag zu erhalten. Hinterher kann ja die zu niedrig angesetzte Offerte nach oben korrigiert werden. Inflationsrate, Mindestlohn, Brandschutzauflagen – ein Grund findet sich immer. Und wenn nicht, dann gibt es spätestens bei der Eröffnungstermin-Ankündigung das enorme Druckpotenzial der öffentlichen Meinung. So soll in Köln die Kulturdezernentin bei einer Baustellenbesichtigung geäußert haben, dass „der Termin vor die Kosten" zu stellen sei. Anders ausgedrückt: Hauptsache pünktlich.

Doch zurück zu den Kölner Bühnen: Das Schauspielhaus kann sein Exil weiter nutzen. Die Oper aber sucht händeringend nach einer neuen Ersatz-Bleibe. Kurzfristig, das heißt für einen Spielbeginn am 7. November, kommen nur zwei Gebäude in Frage: Das sogenannte Staatenhaus, innenstadtnah in Köln-Deutz gelegen, sowie die MMC-Studios in Stadtteil Ossendorf. Der einjährige Interimsbetrieb würde allerdings laut Kostenberechnung der Stadtverwaltung im Staatenhaus 18,7 Millionen Euro kosten, in den MMC-Studios hingegen „nur" 17,8 Millionen Euro.

Über das bestgeeignete Interim ist nun erneut ein heftiger Streit entbrannt. Opernintendantin Birgit Meyer plädiert für das Staatenhaus: „Im Staatenhaus kann ich dem Kölner Publikum einen attraktiven und qualitätsvollen Spielplan anbieten. Die Vorstellungstermine entsprechen weitgehend der bisherigen Planung. Darüber hinaus ist das Staatenhaus sowohl für das Publikum als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut erreichbar."

Die Fraktionen der CDU und FDP im Kölner Rat bevorzugen die Filmstudios im Gewerbegebiet Ossendorf. Der Betreiber der MMC-Studios drohte der Stadt gar mit einer Klage, wenn seine – vermeintlich – bessere Offerte nicht berücksichtigt werde.

Vielen Kölner Opernfreunden mutet die Vorstellung komisch an, für den geliebten Opernabend weit raus nach Ossendorf zu fahren. „Aida" und „Carmen" in einem Gewerbegebiet, in der Nähe von Ikea und der Haftanstalt? Nein danke.

Inzwischen ist die Frage des Ersatzspielortes für die Spielzeit 2015/16 der Kölner Oper entschieden. Der Stadtrat wählte das Staatenhaus in Köln-Deutz als Interim. Damit folgte er den Wünschen vor allem der Kunstschaffenden. Sowohl die Intendantin als auch der Generalmusikdirektor der Oper bevorzugten die innenstadtnahe Lösung. Die Alternative MMC-Studios im Gewerbegebiet Köln-Ossendorf wurde abgelehnt. Dem Beschluss im Hauptausschuss vorausgegangen war ein heftiger Unterbietungswettbewerb der beiden Anbieter. Schlag auf Schlag senkten beide ihre Mietpreisforderungen um jeweils rund eine halbe Million Euro. *Siegfried Schmidtke*

Herrin über die Luftballons

Nena ist zurück – Auf Tour mit alten Hits und ihrem Nachwuchs

Sie war drei Jahrzehnte mit ihrer Musik erfolgreich: in den 80ern, als sie mit „99 Luftballons" einen Welthit landete, den 90ern, als sie ihren Weg als Solokünstlerin konsequent fortsetzte und in dem ersten 2000er Jahrzehnt, als sie ein furioses Comeback feierte – Nena. Nun ist die 55-jährige Musikerin mit ihrem aktuellen Album „Oldschool" auf Tournee.

An Nena scheiden sich die Geister. Entweder man mag sie oder nicht. Die einen finden sie zickig, launisch, oberflächlich und arrogant; andere finden sie ehrlich, erfrischend, unkompliziert, offen und menschlich. Für viele ist die einstige Ikone der Neuen Deutschen Welle nicht fassbar. Unbestritten ist es aber immer ein Ereignis, Nena live auf der Bühne zu erleben. Unglaublich, dass sie trotz ihrer 55 Jahre mit einer unbändigen Energie über die Bühne rockt und damit manch jüngere Sängerin alt aussehen lässt.



Steht wieder im Rampenlicht: Nena — Bild: pa

So auch auf ihrer aktuellen „Oldschool"-Tour. Im Gepäck hat sie neben aktuellen Liedern aus dem gleichnamigen Album, wie „Berufsjugendlich" und „Genau Jetzt", natürlich auch ihre größten Hits wie „Nur geträumt", „Fragezeichen" und „99 Luftballons", die jeder kennt und laut mitsingen kann. Ohne große Show und viel Gerede, dafür aber mit viel handgemachter Musik und zusammen mit acht Musikern – darunter auch drei ihrer Kinder – singt und tanzt Nena in ihrer typischen Art fast zwei Stunden ununterbrochen über die Bühne.

Mit „Haus der drei Sonnen" und „Nur geträumt" beginnt sie das Konzert, und das Publikum geht sofort mit. Es tanzt und singt mit Nena das gesamte Konzert hindurch. Zwischen den neuen Liedern ist fast jedes zweite Lied ein Klassiker, den Nena allerdings meist in neuem Gewand präsentiert. Dabei zeigt die Sängerin musikalisch ein sehr abwechslungsreiches Spektrum: Von New Wave, Rock, Elektronik bis hin zu Rap mischt sie die Stile und es bleibt, dank ihrer unverkennbaren Stimme, immer noch Nena-Musik. Die Beats hat sie von Samy Deluxe, dem Deutschrapper-Wunderkind, der das Album produziert hat. Ein Höhepunkt und intensiver Moment ist das Lied „Peter Pan", das sie zusammen mit ihrem Sohn singt.

Nena zeigt auf dieser Tour wieder einmal, dass sie alles andere als „oldschool" (auf Deutsch: altbacken) ist. Und auch wenn ihre größten Hits aus den 80ern stammen, schafft sie es, sie modern und immer noch frisch klingen zu lassen und sie damit perfekt mit den neuen Liedern zu verbinden.

Ein Nena-Konzert ist immer ein Erlebnis, das mehr als nur ein nostalgischer Trip ist. Sie zeigt damit auch, warum sie nach fast 35 Jahren immer noch zu einer der besten und bekanntesten Künstlerinnen Deutschlands gehört. *Andreas Guballa*

Tourdaten: 9. Oktober: Stadthalle Chemnitz, 10. Oktober: Stadthalle Magdeburg, 6. November: Mercedes Benz Arena Berlin, 13. November: Stadthalle Fürth, 14. November: Jahrhunderthalle Frankfurt, 19. November: Dreiländerhalle Passau, 20. November: Ruhr Congress Bochum, 5. Dezember: Stadthalle Beverungen, 6. Dezember: Eiderlandhalle Pahlen. Tikket-Infos: www.nena.de/tour

Der »DDR-Rodin«

Janusköpfiger Bildhauer – Theo Balden

Zwanzig Jahre nach seinem Tod wird Theo Balden, der eigentlich Otto Koehler hieß, mit August Rodin, Wilhelm Lehmbruck sowie Henry Moore in einem Atemzug genannt. Inzwischen ist er bekannt unter den Beinamen „DDR-Rodin". Die Palette seiner Arbeiten reicht vom „Karl-Liebknecht-Denkmal" in Luckau, über den „Geschlagenen Juden" bis zur Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg.

Der eigenwillige Repräsentant der klassischen Moderne wurde am 6. Februar 1904 als Otto Koehler in Blumenau in Brasilien geboren, jener Stadt, die vom deutschen Brasilienpionier Hermann Bruno Otto Blumenau aus Hasselfelde im Harz 1850 gegründet worden war. Koehlers Vater, ein abenteuernder deutscher Kunstmaler, verunglückte bereits ein Jahr nach der Geburt des Sohnes im Urwald. Daraufhin kehrte die Witwe Koehler mit ihren drei Kindern nach Deutschland zurück, wo sie sich als Hausangestellte mühevoll durchschlug. Nach einer Lehre als technischer Zeichner, Beteiligung an der linken Jugendbewegung und Versuchen als Boxer studierte er ab 1923 am Weimarer Bauhaus. Die Ideenschmiede in der Klassikerstadt prägte ihn nachhaltig. 1939 floh der Künstler nach England. Dort wurde er zeitweilig interniert, ehe er als Hitlergegner und Künstler eine Anstellung im Museum von Derby bekam.

Parallel orientierte er sich mit seiner Kunst an Ernst Barlach, Käthe Kollwitz und Wilhelm Lehmbruck. Dazu inspirierte ihn auch Henry Moore. Bei seiner Heimkehr mit seiner ersten Frau wählte er 1947 den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands.

Balden erhielt 1950 einen Lehrauftrag an der Kunsthochschule in Berlin-Weißensee und schuf mit seinem eigenwilligen Stil Kunstwerke, die immer wieder Kontroversen auslösten, weil sie sich nicht dem staatlich verordneten sozialistischen Realismus anpassten. Trotzdem erhielt der politisch weiter engagierte Exzentriker mehrere Kunst- und Nationalpreise.

Eigenwilliger Künstler starb vor 20 Jahren

Balden, der nach einem Herzinfarkt seine Lehrtätigkeit für lange Zeit aufgab, blieb sich in seiner künstlerischen Ausreifung unbeschadet aller staatlichen Korrekturversuche aber stets treu. Damit erlangte er in der DDR-Kunstszene einen gewissen Sonderstatus. Nach der Vereinigung wurde der „DDR-Rodin" erneut zum Professor der Kunsthochschule in Berlin-Weißensee berufen, was die schrittweise Anerkennung seiner Kunst von westlicher Seite einleitete. Doch die Tage des Künstlers waren gezählt. Er starb am 30. September 1995 als 91-Jähriger in Berlin. *Martin Stolzenau*

Jenseitstrip in Weimar

Die älteste Dante-Vereinigung im internationalen Raum begeht in diesem Jahr den 750. Geburtstag des großen Italieners (siehe *PAZ* vom 23. Mai) und zugleich ihr eigenes 150-jähriges Bestehen mit einer umfassenden Lesung der „Göttlichen Komödie" in deutschen Übersetzungen. Vorgetragen wird sie an drei Abenden vom 16. bis 18. Oktober im „E-Werk" des Deutschen Nationaltheaters Weimar. Es lesen neun renommierte Sprecherinnen und Sprecher sowie Schauspieler des Deutschen Nationaltheaters.

Die Hörer wandern mit Dante, Vergil und Beatrice durch die drei Jenseitsreiche Hölle, Läuterungsberg und Paradies. Begleitet wird die Lesung von einer Bildprojektion. Damit bietet die Deutsche Dante-Gesellschaft einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit, das Werk, das bis heute nichts an Aktualität und Reflexionspotential eingebüßt hat, auf eindringliche Weise neu zu erleben.

Zum Rahmenprogramm der Tagung gehört eine Führung durch die Ausstellung „Dante, ein offenes Buch" in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek. Karten sind zu einzelnen Vortragsblöcken wie auch im Gesamtpaket zu erhalten über das Deutsche Nationaltheater unter www.nationaltheater-weimar.de oder Telefon (03643) 755334. Restkarten gibt es an der Abendkasse. Weitere Informationen zur Veranstaltung und den Rezitatoren auf der Homepage und der Facebookseite der Deutschen Dante-Gesellschaft (www.dante-gesellschaft.de). *PAZ*

»Schieß nicht. Triff nicht. Bleib anständig!«

Die »Psychologische Kampfführung« der Bundeswehr im Kalten Krieg wird wegen ihrer Geheimhaltung immer noch unterschätzt

Fragt man ältere, selbst ranghohe Bundeswehroffiziere nach Einzelheiten über diese Einheit, so ist die Antwort durchweg Schweigen. Dabei war sie die einzige Truppe während des Kalten Krieges, die wirklich mit Waffen kämpfte – auch wenn diese „nur" aus bedrucktem Papier bestanden. Beliebt bei Bundeswehrtrouppiers war sie nicht, wusste man dort doch nichts von der Hasserziehung in den DDR-Streitkräften, erkannte die Bedeutung eines heutigen psychologischen Krieges nicht und erachtete die Angehörigen der „Psychologischen Kampfführung" (PsK) als „nicht echte Soldaten".

Nr. 1 1971

Mitteldeutsche Arbeiter Zeitung

Für die Angehörigen der bewaffneten Organe

Drucker-Ecklohn jetzt 6,38 DM/Std.

7 Prozent im öffentlichen Dienst ab 1. Januar 1971
52 Pf/Std. mehr in der Druckindustrie ab Februar
Hessische Putzfrauen: 4 DM/Std.



Urlaubsausgleich für Schlechtwetter

Westlich-kapitalistischer Wein in östlich-sozialistischen Schläuchen: Flugzeitung der „Psychlologischen Kampfführung" in DDR-typischer Aufmachung Bild: privat

Im Herbst 1957 forderte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß angesichts der massiven Zersetzungspropaganda der DDR gegen die Bundesrepublik und insbesondere des Schießbefehls an der Zonengrenze aktive Gegenmaßnahmen. Knapp zwei Jahre später sammelte sich ein offiziell als „Fü B/VII" bezeichneter Kreis um den Major und späteren Brigadegeneral Karl-Christian Trentzsch sowie den späteren außenpolitische Sprecher der CDU im Bundestag, Werner Marx. Ihre Angehörigen waren bisherige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND), einstige Wehrmachtoffiziere mit Ostkenntnissen und journalistischen Erfahrungen sowie zivile DDR-Spezialisten. Im Wissen, dass sie durch ihre Aktivitäten ein Hauptziel der DDR-Spionage würden, arbeitete man auch in der Bundeswehr äußerst abgeschottet. Selbst innerhalb der PsK wusste eigentlich jeder lediglich das, was zur Aufgabenerfüllung erforderlich war.

Ihre Hauptwaffe gegen die Grenzsoldaten „drüben" waren Flugblätter, die indes nie den eigentlichen Hersteller nannten,

Aufruf!

Soldat der Nationalen Volksarmee!

Ein Schießbefehl Walter Ulbrichts zwingt dich, als Deutscher auf Deutsche zu schießen.

Das ist ein Befehl zum Brudermord!

Hier kann es für dich nur einen Grundsatz geben:

„Ich schieße als Deutscher nie gezielt auf einen Deutschen!"

Stets danach handeln – doch nicht davon sprechen!

Wie die NVA setzte auch die Bundeswehr bei ihrer Propaganda gegenüber der anderen deutschen Armee auf die nationale Verbundenheit: Flugblatt der PsK Bild: privat

sondern lediglich eine westdeutsche Deckadresse. An diese sollte man den Fundort und -zeitpunkt melden. Als Absender sollte ein fingierter Vorname angeben werden. Ihr Inhalt kannte keinerlei Diffamierung der DDR-Bevölkerung, wohl aber Angriffe gegen das SED-Regime. Es gab auch keine Aufforderungen zu einer Flucht oder gar einem Aufstand – wollte die PsK doch die Verantwortung für solche gefährlichen Risiken nicht eingehen. Indes schilderten manche Geflohenen ihr neues Leben im Westen, wobei dieser keineswegs als das Paradies vorgestellt wurde. Stets hielten die Flugblätter den Gedanken an die deutsche Wiedervereinigung hoch und attackierten ständig den Schießbefehl, indem sie an das Gewissen der Grenzer appellierten. Nach den nur noch bruchstückhaft vorhandenen Unterlagen existierten allein zwischen 1961 und 1964 über 232 verschiedene Flugblätter der PsK. Im Zeitraum von 1962 bis 1966 hatten sie eine Auflage von über 60 Millionen. In jener Zeit gingen alljährlich 18 Millionen Flugblätter über die Zonengrenze.

Großen Erfolg erzielte besonders die PsK-Aktion im Frühjahr 1970, bei der man knapp acht Tonnen DDR-Propagandaschriften gegen die Bundeswehr nach „drüben" zurückschickte mit dem Hinweis, dass diese genau das Gegenteil von dem schrieben, was ihnen ihr DDR-Politunterricht vorgaukelte. Hieß es dort nämlich, die Westdeutschen seien nicht ihre Brüder und Schwestern, notfalls wäre gegen sie „ein Krieg erforderlich" und die Soldaten im Westen seien „vom Klassenfeind bezahlte Landsknechte", so war in den DDR-Zersetzungsschriften gegen die Bundeswehr zu lesen „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern" oder auch „Wir wollen nicht als Deutsche auf Deutsche schießen!" Diese Doppelzüngigkeit der DDR-Propaganda dokumentierte zugleich ihre ganze Verlogenheit.

Überaus beliebt bei den Grenzsoldaten und daher auch zunehmender Schwerpunkt der PsK-Tätigkeit waren ihre Flugzeitungen. Die bekannteste nannte sich „Volksarmee" und war in ihrem Zeitungskopf täuschend ähnlich der echten DDR-Armeezeitung gleichen Namens nachgeahmt, oft sogar der ganze obere Teil ihrer Titelseite. Ebenfalls zu Tarnungszwecken wurde sie manchmal sogar auf echtem DDR-Papier gedruckt. Der Inhalt bezog sich eigentlich immer auf den Schießbefehl, symptomatisch ist der Appell der „Psychologische Kampfführung" an die DDR-Grenzer: „Schieß nicht. Triff nicht. Bleib anständig! Denk an den, den du erschießen sollst. Vielleicht ist er dein Freund. Vielleicht dein Vater. Immer aber ein Mensch! Schieß nicht! Triff nicht!" Eine Ausgabe betonte im gleichen Zusammenhang, „dass die meisten Grenzsoldaten eine menschlich saubere Haltung zeigen. Sie lehnen es ab, mitschuldig zu werden. Wir möchten Euch, Kammeraden, zurufen, bleibt weiter anständig!" Andererseits hieß es über das SED-Regime prophetisch: „Dieser Staat muss eines Tages scheitern. Er wird scheitern! Wir alle werden es erleben!" Als Herausgeber der Bonner „Volksarmee" wurde ein westdeutsches „Sozialwerk NVA" (in Wahrheit eine Nebenstelle der PsK) genannt, das Geflohenen weiterhelfen werde. Um die DDR-Überwachungsstellen möglichst zu verwirren, erschien die Flugzeitung unregelmäßig und auch nicht laufend durchnummeriert. Die Auflage jeder solcher Ausgabe betrug durchschnittlich 500 000. Nachweisbar sind 29 verschiedene Ausgaben von 1961 bis 1964 mit annähernd vier Millionen Exemplaren.

> Die Bundeswehr möchte, dass ihre PsK geheim bleibt

Die PsK-Zeitung „Die Rote Fahne" trug den Namen des alten KPD-Organs und gab sich im Untertitel als Blatt der „Unabhängigen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (USED) aus. Ihr Ziel war die ideologische Zersetzung der SED-Funktionärsschicht. Sie erinnerte an die vielen in Moskau ermordeten KPD-Führer, attackierte den angeblichen Antifaschismus der DDR, in der fünf Minister und sogar 53 Volkskammerabgeordnete einstige NSDAP-Mitglieder waren, und forderte im damaligen ideologischen Streit zwischen sowjetischem und chinesischem Kommunismus das Abhören von Radio Peking und Tirana. Die Auflage dürfte jeweils 40 000 Exemplare betragen haben.

Das „Grundlagen-Material für den Politunterricht der NVA" wurde ebenfalls äußerlich nachgedruckt. Es wandte sich scharf gegen die Behauptung von der militärische Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten, man sei im Westen genau über deren Stärke und viele Schwächen informiert. Zu der seitens der DDR immer wieder behaupteten „Überlegenheit" gegenüber der Bundesrepublik konnte man einer anderen Ausgabe entnehmen: „20 Jahre DDR sind: Tatsächlich nahtloser Übergang von der braunen zur roten Diktatur (beide angeblich für Deutschland wirkend, obwohl am Ende doch nur sein Untergang bleibt). 20 Jahre DDR sind: Bedenkenlose politische Moral, die Soldaten mit dem Schießbefehl gegen Wehrlose, und seien es Kinder, zu Henkern macht, und die Anerkennung der selbstverständlichsten Menschenrechte nur heuchelt. 20 Jahre DDR sind: Herrschaft machtbesessener Kader, die dem kleinen Mann vorgaukeln, seinesgleichen regiere diesen Staat, obwohl weder Arbeiter noch Bauern noch Intelligenz tatsächlich diesen Einfluss auf die Willensbildung haben." Jeder müsse erkennen, „dass auf lange Sicht mit diesem Staat kein Staat zu machen ist".

In ähnlicher Weise wurden die Dienstbücher der Grenzsoldaten imitiert. Die „Mikro-Bücher" enthielten den Text von Carola Sterns „Walter Ulbricht", Artur Londons „Der Prozeß um Slansky" oder das Werk „Geheime Aufzeichnungen" des Obersten im sowjetischen Militärnachrichtendienst GRU und CIA-Spions Oleg Penkowski. Die PsK druckte sie zumeist auf tropenfestem Paper, das wasserfest war, und die Bücher waren einzeln in PVC-Folien eingeschweißt, so dass sie wochenlang im Freien liegen konnte. Ihre Gesamt-Auflage dürfte kaum über 100 000 betragen haben.

Der allergrößte Teil dieser verschiedenen Publikationen der „Psychologischen Kampfführung" wurde nachts mit Ballons in den mittleren Teil Deutschlands verbracht. Jedes Bundeswehrkorps verfügte über eine PsK-Kompanie mit einigen Offizieren und 156 Soldaten, die durchweg von einem gut abzusichernden Waldstück in Zonenrandnähe aus arbeitete. Jeder mit Wasserstoff gefüllte Ballon konnte vier Kilogramm tragen, also rund 2200 Flugblätter oder 220 Flugzeitungen. Innerhalb von zwölf Stunden eine Million Flugblätter in die DDR einzufliegen, war durchaus möglich. In einer Höhe von rund 4000 Metern klinkten die Ballons mit Hilfe eines Uhrmechanismus ihre Last aus und ließen sie auf die Erde niederflattern. Behaupten, man könnte den „Flugblatt-Regen" auf ein Gebiet von zehn Kilometer eingrenzen, dürften oft – aber keineswegs immer – zutreffen. Nicht zu vergessen ist, dass 1965 Hessens Innenminister Heinrich Schneider (SPD) alle Bundeswehr-Balloneinsätze von seinem Bundesland aus verbot und diese dann nur noch von Bayern und Niedersachsen aus gestartet werden konnten.

Manche Flugblätter gingen auf normalem Postwege nach „drüben". Angesichts der scharfen Kontrolle dort erschienen sie in harmloser Privatpost, zuweilen waren die Adressen mit Kinderhandschrift getarnt. Um möglichst Beschlagnahmen durch die DDR zu vermeiden, waren die Umschläge mit den unterschiedlichsten Briefmarken frankiert. Niemals wurden mehr als zehn versandt und das möglichst auch noch in verschiedene Bezirke. Diese Vorsichtsmaßnahmen galten verstärkt bei Briefen, die man – selbstverständlich mit belgischen Postwertzeichen und fingierten Absendern – in Brüssel aufgab, und die den Zusatz „Per Aeroflot" trugen. Sie wurden dann zunächst nach Moskau geflogen und kamen von dort in die DDR, in der die Post aus der befreundeten Sowjetunion kaum kontrolliert wurde.

Eines frühen Sommermorgens 1963 schwemmten an der gesamten DDR-Ostseeküste rund 100 000 kleine rote Bälle an mit Parolen gegen die Mauer und gegen SED-Chef Walter Ulbricht. Wie es hieß, hatten Tage zuvor angeblich unbekannte Schiffe sie mit Salzklumpen beschwert vor dem Festland versenkt, die Klumpen hatten sich nach einer bestimmbaren Zeit aufgelöst und die Bälle seien dann erst nach oben und dann an die Küste getrieben worden.

Westdeutsche Zeitungen berichten im Frühjahr 1962, albanische Sportflugzeuge hätten an der Zonengrenze zu Thüringen eine Sonderausgabe des Zentralorgans der KP Albaniens abgeworfen, welche die SED-Mitglieder aufforderte, sich vom „Revisionismus" Moskaus zu lösen und stattdessen dem Kommunismus à la Peking beziehungsweise Tiranas zu folgen. Sämtliche Ostexperten in der Bundesrepublik erachteten die Schrift als echt, in Wahrheit war sie voll und ganz ein PsK-Produkt. Es gab in jenen Jahren viele solcher Aktionen.

Nach Aussagen geflüchteter DDR-Soldaten und nach Erkenntnissen des BND aus hohen Stellen der Nationalen Volksarmee (NVA) war die Arbeit der PsK, insbesondere die ständigen Appelle an das Gewissen der Grenzer, überaus wirkungsvoll. Nicht ohne Grund drängte die DDR beim Grundlagenvertrag auf Einstellung aller PsK-Aktivitäten. Vergebens wandten deren Leiter ein, dieses „Silent Aggreement" werde dem Westen nur Nachteile bringen, da damit alle Verbindungen zur NVA abgeschnitten würden.

Der Befehl eines Generals ließ Ende 1989 viele PsK-Unterlagen vernichten, sodass ein sehr interessantes Blatt der Geschichte der Bundeswehr letztlich nur teilweise geschrieben werden könnte. Die Angehörigen sind fast alle längst verstorben. Bundeswehrstellen und Archive zeigen sich an ihnen angebotenen diesbezüglichen historischen Quellen desinteressiert. Interesse indes zeigte die Schweizer Militärbibliothek, in der sich heute die meisten PsK-Publikationen befinden

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wer als mittelmäßiger Schütze bekannt ist

- kriegt weniger Vorwürfe, wenn er einen Flüchtenden nicht trifft
- braucht beim Grenzdienst nicht zu fürchten, ein Mörder zu werden
- erhält weniger Lob, lebt aber mit ruhigerem Gewissen

Die Vorteile überwiegen die Nachteile!

Westdeutsche Sozialbetreuungsstelle (NVA)
Verantwortlich: Günter Groß 41 Duisburg 1 Poststraße 31

Tipp, wie man am ungefährlichsten einen tödlichen Schuss vermeidet: Flugblatt der „Westdeutschen Sozialbetreuungsstelle (NVA)" Bild: privat

Preußen spielte nur die zweite Geige

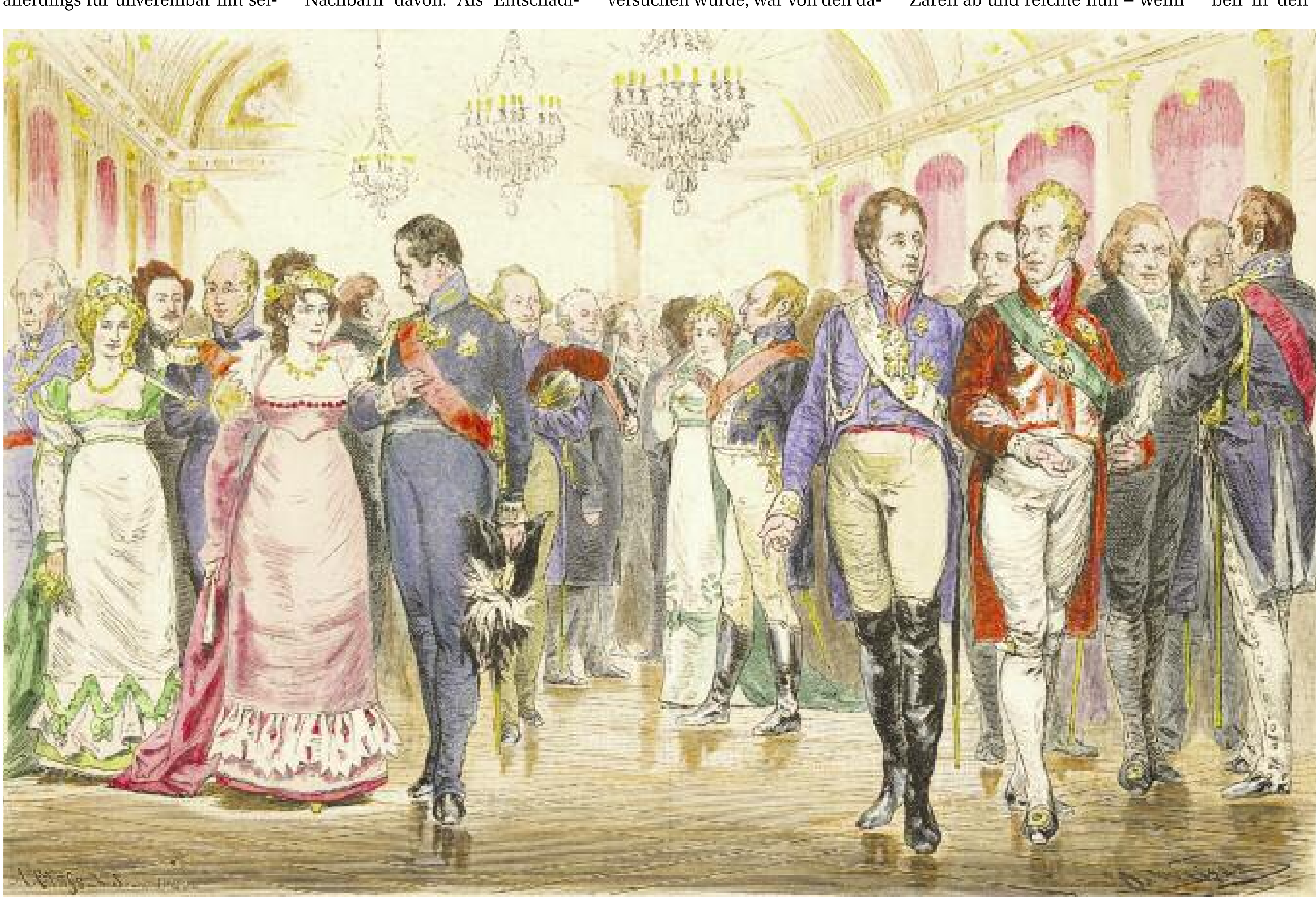
Beim Wiener Kongress vor 200 Jahren musste Staatskanzler Karl August von Hardenberg etliche Kröten schlucken

Am 12. Oktober 1815 ratifizierte Staatskanzler Karl August Fürst von Hardenberg mit seiner Unterschrift die Ergebnisse des Wiener Kongresses für Preußen. Dessen Ergebnisse haben sich rückwirkend als ein Schritt in Richtung der kleindeutschen Lösung der deutschen Frage unter Preußens Führung erwiesen. Dieses ist umso bemerkenswerter, als die damals noch kleinste der fünf europäischen Großmächte auf dem Kongress mehr Objekt denn Subjekt, eher Amboss als Hammer gewesen war.

Das lag zum einen daran, dass die Verhandlungsführer Preußens, der Staatskanzler und sein König Friedrich Wilhelm III., ihren Pendants aufseiten der anderen Großmächte, dem britischen Außenminister Robert Stewart Viscount Castlereagh, dem österreichischen Staatskanzler Clemens Wenceslaus Nepomuk Lothar Fürst von Metternich-Winneburg zu Beilstein, dem französischen Außenminister Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord und dem russischen Zaren Alexander I. an Willenskraft und intellektueller Leistungsfähigkeit unterlegen waren. Der Reformer Hardenberg hatte, mittlerweile in der Mitte des siebten Lebensjahrzehnts stehend, den Höhepunkt seiner Leistungskraft überschritten. Und an Friedrich Wilhelm III. war das Beste seine Ehefrau Luise, und die war bereits 1810 verstorben.

Zum anderen lag das aber auch daran, dass der Staats- und der Regierungschef unterschiedliche Bündnisse suchten. Beim primären Verhandlungsziel Preußens herrschte immerhin Konsens. Das war die Einverleibung Sachsens, ein preußischer Traum aus den Zeiten von Friedrich Wilhelms Großonkel Friedrich dem Großen. Um Castlereaghs und Metternichs Zustimmung zu dieser Annexion zu gewinnen, war Hardenberg bereit, den von diesen geforderten Preis zu zahlen: die preußische Unterstützung der beiden Gleichgewichtspolitiker in deren Widerstand gegen Alexanders Vordringen nach Mitteleuropa durch die Einverleibung Polens. Friedrich Wilhelm jedoch, der sich erst wenige Jahre zuvor am französischen Überfall auf Russland beteiligt hatte, hielt diese Unterstützung allerdings für unvereinbar mit seiner Freundschaft zu Alexander und zwang Hardenberg mitten im Kongress zu einem Kurswechsel um 180 Grad.

Ein Ergebnis war, dass der vom Preußenkönig vorbehaltlos unterstützte Zar fast ganz Polen erhielt. Den Preis musste Preußen zahlen. Als Retourkutsche für den preußischen Seitenwechsel verhinderten Metternich und Castlereagh – unterstützt von Talleyrand – die von Preußen gewünschte Totalannexion Sachsens. Der mit dem französischen König verwandte Sachsenkönig kam mit Gebietsabtretungen an den preußischen Nachbarn davon. Als Entschädigung für den erzwungenen Verzicht auf Sachsens Einverleibung erhielt Preußen das Rheinland und Westfalen.



Fest beim Fürsten Metternich während des Wiener Kongresses: Der neukolorierte Holzstich zeigt neben dem in den Farben Österreichs gewandeten Gastgeber auch den preußischen Staatskanzler (rechts) im Gespräch mit Talleyrand sowie den preußischen Herrscher an der Seite der bayerischen Königin Bild: akg images

Das war von Metternich clever überlegt. Da das nun größtenteils preußische linksrheinische Deutschland von Paris traditionell als Teil Frankreichs betrachtet wird, schien ein französisch-preußisches Bündnis gegen Österreich langfristig abgewehrt zu sein. Und da zu erwarten war, dass Preußen fortan den territorialen Brückenschlag zwischen dem größtenteils ostelbischen Mutterland und der neuen großen Exklave am Rhein versuchen würde, war von den dazwischen liegenden deutschen Staaten zu erwarten, dass sie bei der zweiten deutschen Großmacht Schutz vor einem derartigen preußischen Brückenschlag suchen würden und somit in Österreichs Arme getrieben wurden.

Abschließend seien drei Gründe genannt, warum Metternich ungeachtet seiner klugen Regie auf dem Wiener Kongress Bismarcks späterer Reichseinigung in die Hände gespielt hat. Preußen wuchs infolge des Kongresses nach Deutschland hinein. Es trat den überwiegenden Teil seiner polnischen Gebiete an den Zaren ab und reichte nun – wenn auch mit einer großen territorialen Unterbrechung – von Ostpreußen an der Grenze zur östlichen Flügelmacht Russland bis zum Saarland an der Grenze zur westlichen Flügelmacht Frankreich. Mit Preußens Übernahme der sogenannten Wacht am Rhein verschlechterten sich zwar, wie von Metternich geplant, die preußisch-französischen Beziehungen, es stieg aber auch Preußens Ansehen in der deutschen Nationalbewegung. Mit seiner neuen großen Exklave im Westen erhielt Preußen schließlich auch das Ruhrgebiet. Mit ihm gelang Preußen in den nachfolgenden Jahrzehnten der rasante Aufstieg vom Agrar- zum Industriestaat und damit die wirtschaftliche Überflügelung Österreichs, der die militärische folgte. Diese enorme Bedeutung des Ruhrgebietes hat Metternich nicht vorausgesehen, konnte er wohl auch nicht.

Manuel Ruoff

Gegner und Befehlsempfänger der 48er

Karl von Prittwitz bekämpfte den Barrikadenaufstand und diente loyal der Provisorischen Zentralgewalt des Paulskirchenparlaments

Seit den Tagen von Petrus de Prawticz, dessen Name sich auf einer Urkunde aus dem Jahre 1283 findet, sind die Herren von Prittwitz nicht mehr aus dem schlesischen Adel wegzudenken. Dabei schlugen viele Angehörige des Geschlechts eine militärische Laufbahn in der preußischen Armee ein. Das galt auch für Karl Ludwig Ernst Wilhelm von Prittwitz. Am 16. Oktober 1790 kam dieser auf dem väterlichen Gut Karisch im Landkreis Strehlen zur Welt.

Nach dem Eintritt in das Infanterieregiment „von Zenge“, das seinerzeit in Königsberg in Garnison stand, avancierte der junge Adelsspross bereits mit 14 Jahren zum Fähnrich. 1806 nahm er an der für Preußen fatal verlaufenen Doppelschlacht von Jena und Auerstedt teil. Im Verlaufe dieses Treffens geriet Prittwitz in französische Gefangenschaft, aus der er auf Ehrenwort entlassen wurde, was eine weitere Verwendung im preußischen Heer für die nächsten vier Jahre ausschloss. Dann erfolgten seine Reaktivierung und die baldige Versetzung in den Generalstab.

Mit Beginn der Befreiungskriege gegen Napoleon stieß der nunmehrige Premierleutnant zur Reservekavallerie des Bülowschen Korps unter Generalmajor Adolf Friedrich von Oppen. Als Angehöriger dieses Truppenverbandes nahm er 1813/14 an einer schier endlosen Reihe von Gefechten und Schlachten teil. Er schlug sich unter anderem bei Möckern, Halle, Luckau, Wittstock, Großbeeren, Zahna, Dennewitz, Wartenburg, Leipzig, Arnheim, Hoogstraaten, Lier, Soissons, Laon und Compiegne. Dabei glänzte Prittwitz besonders im Kampf um Halle vom 2. Mai 1813, der mit der Vertreibung der französischen Besatzer aus der Saalestadt endete. Das brachte ihm das Eiserne Kreuz ein.

> Er hätte noch viel mehr bewirken können, wenn er nicht von der politischen Führung gebremst worden wäre

Die nächsten Karriereschritte waren der Einsatz als Adjutant des damaligen Prinzen Wilhelm, des späteren Kaisers Wilhelm I., die Beförderung zum Abteilungschef im Generalstab sowie schließlich 1822 die Ernennung zum Flügeladjutanten von König Friedrich Wilhelm III. Diesen Posten bekleidete Prittwitz bis zum 31. Mai 1828. Danach übernahm er – nun inzwischen im Range eines Oberstleutnants – das 1. Garderegiment zu Fuß. Einige Jahre darauf unterstand ihm bereits die 1. Gardeinfanteriebrigade. Am 30. März 1836 wurde Prittwitz Generalmajor. Außerdem machte ihn der König späterhin wegen seiner ebenso ernsten wie ruhigen Natur noch zum Kommandanten von Potsdam beziehungsweise zum Chef der 1. Gardedivision. In dieser Eigenschaft begann Prittwitz, wenngleich ohne Nennung seines Namens, als Buchautor in Erscheinung zu treten. 1843 veröffentlichte er das zweibändige Werk „Beiträge zur Geschichte des Jahres 1813. Von Einem höhern Officier der preußischen Armee“. Die relative Beschaulichkeit des Lebens des Gardeoffiziers, der seit Anfang 1844 die Uniform eines Generalleutnants trug, endete mit der Revolution von 1848. Selbige begann in Berlin genau in dem Moment, in dem der Prinz von Preußen zum Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen ernannt wurde, woraufhin die Führung des Gardekorps in der Hauptstadt an Prittwitz überging.

Auf Druck der Massen, die vor allem liberale Reformen und eine Verfassung für Preußen forderten, entschloss sich König Friedrich Wilhelm IV. am 18. März, entsprechende Zugeständnisse zu machen. Nichtsdestotrotz eskalierte die Lage in Berlin noch am selben Tag, weil während einer erneuten Demonstration auf dem Schlossplatz plötzlich zwei Schüsse fielen, von denen man bis heute nicht genau weiß, wer sie eigentlich abgegeben hatte. Jedenfalls errichteten die Protestierenden daraufhin 200 Barrikaden in der Stadt, die der König umgehend geräumt sehen wollte. Allerdings traute er dem für derlei Maßnahmen zuständigen Gouverneur von Berlin, General Ernst von Pfuel, nicht zu, dies mit der dafür nötigen Härte zu veranlassen. Deshalb erhielt nun Prittwitz den Auftrag, die Situation zu bereinigen. Und der gab dann auch umgehend den Angriffsbefehl, woraufhin rund 15000 Soldaten gegen die 5000 Barrikadenkämpfer vorrückten. Dabei kam es trotz der Übermacht des Militärs zu einer Patt-Situation, weil Prittwitz am Ende doch keineswegs alle militärischen Maßnahmen ergreifen durfte, die für die Niederschlagung notwendig gewesen wären. Dem schlossen sich wenig später der Befehl zum Rückzug und ein weiteres Einlenken von Friedrich Wilhelm IV. an.

Ein Jahr nach diesen Ereignissen erhielt Prittwitz das Oberkommando über das Heer des Deutschen Bundes im Schleswig-Holsteinischen Krieg gegen Dänemark. Das stürzte ihn bald in heftige Loyalitätskonflikte, da er nun einerseits vereidigter Reichsgeneral der Provisorischen Zentralgewalt der Frankfurter Nationalversammlung und andererseits nach wie vor preußischer Offizier war. Ungeachtet dessen gelangen ihm beachtliche militärische Erfolge. So eroberte er innerhalb von zwei Monaten Schleswig sowie den größten Teil von Jütland und schlug die Dänen dabei in einigen Gefechten, darunter denen von Alminde, Viuf, Dons und Veile am 7. und 8. Mai 1849. Er hätte noch viel mehr bewirken können, wenn er nicht wie schon 1848 in Berlin von der politischen Führung gebremst worden wäre. Darum entbehrt die spätere Kritik an seiner Kriegführung jedweder Grundlage und deshalb erhielt er am 9. August 1849 auch völlig zu Recht den Orden Pour le Mérite.



Karl von Prittwitz Bild: Archiv

Nach dem Berliner Waffenstillstand vom Juli 1849 wurde Prittwitz zunächst interimistisch und später endgültig zum Kommandierenden General des preußischen Gardekorps ernannt – letzteres geschah am 23. März 1852. Dies war ein Jahr vor seinem 50. Dienstjubiläum, aus dessen Anlass er den Roten Adlerorden I. Klasse mit Brillanten, Eichenlaub und Schwertern verliehen bekam.

Drei Tage später, am 8. März 1853, bekam Prittwitz den Abschied bewilligt, um den er wegen seines Gesundheitszustandes ersucht hatte. Mit der Pensionierung erfolgte die Verleihung des Charakters eines Generals der Infanterie. Anschließend zog sich Prittwitz nach Görlitz zurück, wo er hochbetagt am 8. Juni 1871 starb.

Wolfgang Kaufmann

Das Mekka der Flüchtlinge

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

In Not Geratenen, besonders unschuldig in Not Geratenen zu helfen, sollte selbstverständlich sein. Das Helfen muss aber auch die Hauptsache bleiben, nicht die Lobhudelei um Organisationen und prominente Leute, die durch Spenden oder Aufrufen zum Spenden im Trend liegen wollen, um damit in der Öffentlichkeit positiv im Gespräch zu sein.

Neben den Naturkatastrophen brachte und bringt die Politik mit ihren Kriegen den Menschen viel Not und Elend. Deshalb sollen weltweit zurzeit rund 60 Millionen Menschen (wer traut schon den Zahlen) auf der Flucht sein.

Deutschland ist ein Wallfahrtsort, oder besser: das Mekka für Asylsuchende, Flüchtlinge und Zuwanderer. Das hat die Politik bisher bewusst mit der nicht oder nur laschen Anwendung der Asyl- und Zuwanderungsrichtliniengesetze geschafft. Nun sind Politiker und die Meinungsmacher-Eliten im Lande in der Mehrzahl Studierte; demnach sollten es kluge und gebildete Leute sein. Sie wissen natürlich auch, wer verantwortlich ist für die Verzweifelten, die Flüchtenden im Nahen und Mittleren Osten, nennen aber nicht Ross und Reiter. Bestenfalls eiern sie „political correct“ um den heißen Brei herum.

Es gibt die Spruchweisheit: „Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen.“ Dementsprechend sollte gelten: Wer in Ländern oder in ganzen Regionen Kriege anstachelt, muss für das den Zivilisten angetane Leid und die Kosten, welche die Länder durch die Aufnahme von Flüchtlingen haben, geradestehen.

Kanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel und andere Politiker tun ja überall kund, dass die Deutschen einzigartig freundlich und sozusagen unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Die Deutschen können die ihnen dabei zuteilwerdende kulturelle Bereicherung kaum erwarten. So sieht das auch unser Bundespräsident, der ja verkündet, dass alle Menschen in Deutschland willkommen sind. Die organisierte „Willkommenskultur“ soll das nochmals verdeutlichen.

Zu finanzieren sei das allemal, denn gottlob ist Deutschland ja ein reiches Land und seine Staatsschulden betragen insgesamt „nur“ 2 062 826 890 861 Euro.

Warum wollen jetzt so viele Flüchtlinge gleichzeitig nach Europa? Von wem könnte das strategisch geplant sein? Wissen die Flüchtlinge gar nicht, dass sie eventuell benutzt werden, um einzelne Länder der Europäischen Union und damit die gesamte EU zu destabilisieren? Wem könnte daran gelegen sein? Erfolge gibt es schon: Länder wie Ungarn igeln sich ein, bauen wirksame Grenzzäune. Andere EU-Länder zieren sich mit der Flüchtlingsaufnahme und sagen, wenn Deutschland mit seiner Willkommenskultur-Reklame so viele an sich zieht, dann soll es diese auch versorgen.

Emil Wilms, Krefeld

DDR-Opfer geraten aktuell in Vergessenheit

Zu den Leserbriefen: Asylrecht sollte erneuert werden (Nr. 39) und: Asylbegriff neu definieren (Nr. 39)

Natürlich hätte der Asyl-Artikel des Grundgesetzes längst geändert werden müssen. Nach der Vereinigung hätte er von 1990 bis 1995 sogar außer Kraft gesetzt werden müssen. Denn immerhin galt es, sich um die Opfer und Hinterbliebenen einer 45-jährigen Diktatur nach 1945 zu kümmern, das heißt Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetze zu formulieren und zu verabschieden sowie psychotherapeutische Einrichtungen speziell für diese Diktaturgeschädigten zu schaffen.

Doch das sogenannte erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz trat erst 1992, das zweite erst 1994 in Kraft. Beides mehr als dürftige Gesetze. Beispiel: Erst 2001 stand endgültig fest, dass jedes Haftopfer 300 Euro pro Haftmonat erhält. Und wie viel zahlt das vergleichsweise arme Argentinien seinen politischen Haftopfern? Antwort: 2200 Euro pro Haftmonat. Und für die beruflich Verfolgten der SED-Diktatur, die ohne Arbeit, ohne Gehalt und ohne Sozialhilfe über die Runden kommen mussten, die folglich bettelarm und verschuldet in die Einheit gingen, für die existiert bis heute weder materielle Wiedergutmachung noch eine Stiftungshilfe, und die magere sogenannte Opferrente der Haftopfer – nicht aller – erhalten sie auch nicht. Bis 1995 existierte noch keine einzige spezielle psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstelle für diese diktaturgeschädigten Opfergruppen.

Doch was tat die Regierung zwischen 1990 und 1995? Sie ließ ein Millionenheer von wenigen echten und vielen falschen Asylanten ins Land. Und jetzt strömen die Massen wieder. Die eigenen Opfer sind endgültig vergessen, die Städte und Gemeinden längst überfordert, und die einströmenden Massen werden bald schwer enttäuscht sein. Die Folgen sind unausdenkbar.

Und angesichts dieser katastrophalen Situation ist der Bundestag nicht in der Lage, eine geringfügige Grundgesetzänderung vorzunehmen des Inhalts: „Politisches Asyl wird gewährt entsprechend den vorgegebenen, verkraftbaren Quoten der Landtage der Bundesländer. Für politisches Asyl sind Beweise vorzulegen.“

Ich staune, dass bislang noch kein Bürgermeister oder Landrat den Mumm hatte, zehn Busse mit „Flüchtlingen“ vollzuladen und sie vorm Bundeskanzleramt aussteigen zu lassen.

Bot nicht das Jahr 2014 schon ein Beispiel für handfeste Schizophrenie? 914 000 Personen, für die zuvor Milliarden für Ausbildung und Studium ausgegeben worden waren, ließ Deutschland abwandern. Andererseits ließ es im selben Jahr 1,46 Millionen, für die es wieder Millionen ausgeben muss, ins Land. Oder, um es mit dem Sozialpädagogen Gunnar Heinsohn zu sagen: „Asse raus, Luschen rein“.

Peter Hartwig, Berlin

Asylgesetz ist nicht in Stein gemeißelt

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Mit der Aussage, „das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze“, lehnt es die Bundeskanzlerin ab, die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zu begrenzen. Nun wurde das Asylrecht 1949 auf der Basis der damals aktuellen Situation in das Grundgesetz hineingeschrieben, aber in der Zwischenzeit aufgrund sich ständig verändernden Lebenslagen und EU-Vorgaben mehrfach neu gefasst. Es ist also nicht in Stein gemeißelt. Auch das Grundgesetzt unterlag seit seinem Inkrafttreten 1949 mehrfach, nämlich 13 Mal, formalen und inhaltlichen Änderungen. Es wurde jeweils an die sich veränderten Gegebenheiten angepasst.

Mit der vielfach in der Öffentlichkeit so bezeichneten „Völkerwanderung“ dieser Tage ergibt sich wieder eine total andersartige Situation, als es diejenige war, aufgrund der man seinerzeit das Asylrecht formulierte. Wegen dieser Entwicklung ist unser Asylrecht überholt und bedarf dringend einer Erneuerung. Und es ist leider nicht damit zu rechnen, dass der Menschenstrom sich auch nur mittelfristig verringern wird.

Nach seriösen Schätzungen leben gegenwärtig über 60 Millionen Menschen in Ländern mit Bürgerkrieg, Unterdrückung und Verfolgung, sei es staatlicherseits oder von Seiten terroristischer NGO. Alle diese Menschen erfahren von der unbegrenzten Aufnahmebereitschaft Deutschlands, und viele von ihnen werden sich über kurz oder lang auf den Weg ins gelobte Land machen. Auf nach Deutschland, heißt jetzt die Devise. Infolge starken Bevölkerungswachstums in diesen Ländern wird der Nachschub an Abwandernden nicht nachlassen.

Auf gemeinschaftliche EU-Maßnahmen zu hoffen, ist völlig illusorisch. Alle EU-Beschlüsse werden von allen Mitgliedsstaaten gebrochen. Jedes Land orientiert sich an den eigenen nationalen Interessen. Und Deutschland? Man hört von Politikern nur Sprüche und sieht ein lemminghaftes Festhalten am einmal eingeschlagenen Weg. Deswegen erhebt sich allenthalben Kritik an der unbedachten Äußerung der Bundekanzlerin.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Asylantenrepublik Deutschland

Zu: Die Fanatikerin (Nr. 39)

Im Fall von Kanzlerin Merkel muss man inzwischen davon ausgehen, dass sie mit ihrem Fanatismus das gesamte Land in den kollektiven Selbstmord treibt. Das passt recht gut zum Jahrestag des 25. Jubiläums der Vereinigung.

Mit einer beispiellosen Propagandamaschinerie, die damals selbst die SED-Oberen verzückt hätte, verpassen diese Frau und ihre Mitregierenden dem steuerzahlenden Volk einen Maulkorb und verkünden der Welt, dass Deutschland endgültig bereit ist, sich aufzugeben, um eine arabisch-afrikanisch-asiatische Asylantenrepublik zu begründen.

Die Kanzlerin opfert damit nicht nur Deutschland, sondern gleichzeitig die einstigen Ideale Europas und degradiert die eigene Partei zu einer billigen Erfüllungsgehilfin rot-grünen Parteiwahnsinns. Es drängt die Frage immer deutlicher, wer dieser Frau endlich das „Handwerk“ legen könnte – die katastrophalen Folgen ihres Politirrsinns sind wohl kaum noch zu reparieren.

Die deutschen Zukunftsgenerationen (wenn sie sich dann noch so nennen dürfen) werden gewiss „begeistert“ auf die Ära einer Kanzlerin, der man schon heute den Beinamen „die Wahnsinnige“ geben kann, zurückblicken.

100 Jahre nach dem ersten Selbstmordversuch 1914 wird er nun endgültig gelingen. Zumindest in den USA dürfte heute schon der Sekt kalt gestellt werden.

Manfred Kristen, Duderstadt

Was ist mit uns?

Zu: Die Fanatikerin (Nr. 39)

Ich spreche Ihnen meine Hochachtung über Ihr Engagement zu Fragen der Meinungsfreiheit in unserem „gelobten Land“ aus. Ich bin 81 Jahre alt und habe schon allerhand erlebt, unter anderem bin ich eine ehemalige DDR-Bürgerin und weiß die Freiheit der Meinung sehr zu schätzen.

Aber weiß unsere Regierung eigentlich, was sie unserer Bevölkerung antut? Andauernd werden wir in Bezug auf Griechenland und ungebremste Einwanderungs- und Asylpolitik zur Kasse gebeten. In der Vergangenheit wurde ständig gepredigt, es sei kein Geld für den Ausbau von Schulen, Kindergärten oder Straßen da, aber plötzlich fließen die Milliarden. Wo kommt das Geld so plötzlich her, und wer hat den Wohlstand bisher erarbeitet und muss das auch in Zukunft tun?

Zehn Prozent der Zuwanderer sind in der Lage, einer qualifizierten Arbeit nachzugehen, alle anderen müssen durchgeschleppt werden. Abgesehen davon müssen wir uns mit fremden Kulturen auseinandersetzen. Es hat sich gezeigt, dass diese Bevölkerungsgruppen an einer Integration zum größten Teil nicht interessiert sind, sondern dass wir dauernd Kompromisse machen müssen. Es gibt dafür unzählige Beispiele.

Warum ist das so? Diese Leute wollen doch in „unserem“ Land leben. Wie kann es angehen, dass zwölfjährige Mädchen zwangsverheiratet, Ehrenmorde bei uns begangen werden und man in unserem Land den Koran an den Schulen unterrichtet? Dies alles steht in Kontrast zu unserer Lebensphilosophie. Und ich sage jetzt schon voraus: Das wird ein böses Ende nehmen.

Das eigene Volk wird benachteiligt, uns wird immer wieder ein schlechtes Gewissen wegen unserer Vergangenheit eingeredet, einer Vergangenheit, mit der selbst ich nichts mehr zu tun habe. Und alles nur, damit die Bürger immer und immer wieder geschröpft werden können.

Irmgard Zwies, Dessau

Bedrohung für ganz Europa

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

Die Propaganda-Maschinerie in unseren Medien läuft tagtäglich auf Hochtouren. Stets werden uns syrische Familien gezeigt, welche nach Deutschland kommen, da in ihrer Heimat Krieg herrscht. Gezeigt werden traumatisierte Kinder, deren Eltern meistens studiert haben und in Deutschland arbeiten wollen. Wer wollte da nicht gerne helfen?

Verschwiegen und nicht gezeigt werden die Massen junger Männer vom Balkan, aus Nahost und Afrika, die zu uns strömen und für die es in Deutschland keine Verwendung gibt. Stattdessen folgt danach der Zuzug ganzer Familien in unser Sozialsystem. Doch diese einseitige Berichterstattung hat System und soll uns ruhig stellen. Das ist der Exitus für unser Land. Und er kommt nun noch schneller als von Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ bereits vor fünf Jahren beschrieben.

Das beste Beispiel für das totale Versagen und den absoluten Realitätsverlust unserer Regierung zeigt sich darin, dass diese auch noch diejenigen Länder kritisiert, die sich vollkommen richtig verhalten, allen voran Ungarn. Anstatt zu überlegen, warum nur drei Länder in Europa diese Menschen freiwillig aufnehmen, die restlichen EU-Länder dies soweit wie möglich abwehren, werden diese auf das Übelste beschimpft.

Merkel und Co. merken nicht mehr, dass alle anderen Staaten anderer Meinung sind und diese Völkerwanderung als Bedrohung für ganz Europa erkennen. Man stellt sich sogar noch über diese und feiert sich als die einzig Barmherzigen. Den Ungarn wirft man unterdessen unverhohlen Unmenschlichkeit und Rassismus vor, weil diese ihre (EU-Außen-) Grenze schließen. Dabei sind diese nach dem Schengen-Abkommen sogar dazu verpflichtet.

Und wieder tönt es durch die Lügenpresse, wie brutal die Ungarn die Asylanten abweisen. Mit keiner Silbe wird jedoch erwähnt, dass jeder dieser Flüchtlinge zu allen offiziellen Übergängen nach Ungarn gehen kann und dort um Asyl bitten darf. Diese Menschen werden dort nicht abgewiesen! Aber wenn das erklärte Ziel Deutschland heißt, dann ist dies natürlich unzumutbar.

Wie war das? Wir kommen aus einem Kriegsgebiet und wollen endlich wieder in Frieden leben können. Aber bitte nicht in Ungarn!

Marco Schau, Dresden

Wir berauben uns der Freiheit

Zu: Deutschland wagen (Nr. 40)

Eine kurze Frage: Wir sind ja zu einer großen Bundesrepublik geworden nach der Wiedervereinigung und nicht etwa zu einer großen DDR, oder? Ich dachte nur so, vielleicht hab ich da auch etwas falsch verstanden.

Jedenfalls hat man von Meinungsfreiheit schon länger nichts mehr gehört. Alle haben eine Meinung, und alle anderen sind Nazi-„Pack“. Das wird es sein: Die Nazis haben uns das eingebrockt. Kein Wunder, dass der Ruf der Deutschen nach dem Dritten Reich dahin war.

Aber was machen wir Deutsche? Wir klagen uns selber an. Wir haben Buße zu tun. Vielleicht mag es das sein. Buße kann man im katholischen Glauben tun und dann nochmal von vorne anfangen. Doch wir? Wir denken, uns selbst töten zu müssen. Wir nehmen uns selbst die Freiheit.

Mag auch sein, dass wir noch unter den Kriegstraumata zu leiden haben. Die Kriegszeugen haben kein Verständnis für Probleme des Friedens, da sie Schlimmes erlebt haben, was sich mit unseren Problemchen nicht vergleichen lässt. Oft haben sie auch Angst vor Nähe und geben diese Scheu an ihre Kinder weiter.

Ich hab den Eindruck, wenn Deutschland stark wird und eine führende Position in der Welt einnimmt, wird dagegen agiert. Die Angst vor Deutschlands Stärke wird ausgelebt, indem Deutschland geschwächt und schlimmstenfalls vernichtet werden soll. Und das von den eigenen Leuten. Es wird Zeit, dass wir uns emanzipieren und tatsächlich neu definieren.

Tonja Warnat, Hannover

Zur Abwechslung einmal auf den Philosophen Kant hören

Zu Kritik soll erstickt werden (Nr. 35)

Wie in „des Kaisers neuen Kleidern“ hat sich durch die Dauermanipulation der Monopolpresse seit der Massenzuwanderung eine Scheinwelt vor die Wirklichkeit geschoben. Und dabei ist die nach wie vor ungelöste Frage der Asylproblematik durch den pausenlos eingehämmerten Selbstvorwurf der Ausländerfeindlichkeit verdrängt worden.

Massenhysterie hat vernünftige Politik abgelöst. Dabei sind die Deutschen gar nicht ausländerfeindlich. Sie sind im Gegenteil tolerant, zeigen aber Grenzen auf, lehnen die Gewalt ab und bedauern Übergriffe. Darum ist auch die gegenwärtige Selbstkasteiung und Distanzierungswut, zu der Parteien, Kirchen und Medien bei uns beitragen, ungerechtfertigt. Die Deutschen wollen helfen und anderen Gutes tun. Aber in schamloser Ausnutzung dieser an sich guten Eigenart ist mit teuflischer Perfektion jetzt die Welle übertriebener Ausländerfreundlichkeit und „Willkommenskultur“ angeleiert worden. Damit sollen nun die letzten rationalen Bedenken gegen die Zustimmung zum Zustand des Einwanderungslandes und der Multikulti-Gesellschaft abgebaut werden. Man sollte jetzt äußerst vorsichtig sein, dass unser Rechtsstaat nicht auf dem Wege zu einem intoleranten Gesinnungsterrorstaat verkommt.

Wenn es um die Zuwanderer geht, werden die Bundesbürger pausenlos zur grenzenlosen Toleranzverpflichtung aufgerufen. Die Berichterstattung im ZDF, der ARD und anderen ist eine Zumutung: Täuschung und Halbwachheit wechseln sich ab. Auf der Strecke bleibt der Konsument.

Die Menschenmenge will also nach Deutschland. Das ist das Ergebnis einer versteckten Einladung an alle „Reisewilligen“ durch den sich moralisch gebenden Bundespräsidenten Gauck: „Wir sind ein so reiches Volk, geben wir denen was ab.“ Diese Botschaft kam auch in Ungarn an: Dessen Ministerpräsident Orbán hat die deutsche Regierung für das Verhalten in der Flüchtlingskrise kritisiert. „Das ist kein EU-Problem, sondern ein deutsches Problem, denn niemand will in Ungarn bleiben, sondern nach Deutschland“, sagte er. Rumms, diese Ohrfeige hat gesessen. Der Mann hat ja recht, leider!

Der Philosoph Kant nennt in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ Bedingungen und Notwendigkeiten. Er sagt uns damit nichts anderes, als was der gesunde Menschverstand jedes ehrlichen Menschen sagen muss: Seine Ablehnung der Gleichstellung der Fremden mit den Einheimischen. Konkret: Wer im Grund das Hospitalitätsrecht (ist nur Besuchsrecht und kein Gastrecht) für Fremde in Richtung auf völlige Gleichberechtigung (beinhaltet wohltätige Verträge sowie Verschuldung des Staates) aufheben will, zerstört den Frieden. Der bereitet den Boden für Chaos.

Ich mache mir Sorgen wegen der unverantwortlichen Zerstörung des inneren Friedens. Deshalb muss die verkorkste Asylpolitik an den Pranger gestellt werden und die Verlogenheit des ganzen Zuwanderersystems (wir brauchen Facharbeiter) sichtbar gemacht werden. Absichtliche Täuschung ist ein übler, politischer Betrug.

Karl-Heinz Rieger, Kiel

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 41 – 10. Oktober 2015

MELDUNGEN

»Glaube und Politik«

Göttingen/Königsberg – Wladimir Gilmanov, Professor an der Immanuel-Kant-Universität in Königsberg, wird am Donnerstag, den 15. Oktober, um 19.30 Uhr im Saal des Collegium Albertinum, Bonhoefferweg 2, 37075 Göttingen, einen Vortrag zum Thema „Glaube und Politik. Herzog Albrecht im hermeneutischen Konflikt der Reformationszeit" halten. *E.B.*

Gedenktafel gestohlen

Görlitz – Im ehemaligen Führerhauptquartier „Wolfsschanze" haben Unbekannte die an einem Findling angebrachte Gedenktafel mit der polnischen und deutschen Inschrift „Zur Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus" gestohlen. Den Diebstahl stellte ein Fremdenführer am 20. September, fest. Die Polizei informierte die Öffentlichkeit fünf Tage später. Sie vermutet, dass die Diebe in der Nacht vom 19. auf den 20. September in das Areal eingedrungen sind. Die Rastenburger Polizei hat die Hoffnung, dass Besucher der Wolfsschanze aus der Bundesrepublik sachdienliche Hinweise geben können. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostóda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Deutsch Eylau [Iława], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Renkussen [Rekusy] – Mathildenhof [Buniaki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Krämersdorf [Kromerowo] – Bischofsburg [Biskupiec], Renovierung der Brücke. Straße Nr. 51: Staatsgrenze – Gross Kärthen [Kiertyny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Klein Trinkhaus [Trekusek] – Scheufelsdorf [Tylkowo], Randstreifenarbeiten; Ortelsburg [Szczytno] – Olschinen [Olszyny], Baustelle. Straße Nr. 57: Dietrichswalde [Ciemna Wola] – Gallingen [Galiny], Baustelle; Mensguth [Dzwierzuty] – Leinau [Linowo], Reparatur der Schutzplanken. Straße Nr. 58: Gedwangen [Jedwabno] – Narthen [Narty], Baustelle. Straße Nr. 63: Lötzen [Gizycko] – Arys [Orzysz], Baustelle; Wissowatten [Wyszowate], Randstreifenarbeiten; Johannisburg [Pisz] – Gehsen [Jeze] – Woiwodschaftsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 65: Kowahlen [Kowale Olekkie] – Treuburg [Olecko] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Johannisberg [Janisze] – Löbelshof [Chojniak], Baustelle; Lyck [Elk] – Prostken [Prostki], Baustelle. Straße Nr. 65c: Umgehungsstraße von Treuburg [Olecko], Baustelle. *PAZ*

Nordostpreußen erlebt Touristenboom

Rubelkrise lockt Russen ins Gebiet – Günstige Preise ziehen Europäer, Chinesen und Inder an

Seit Jahren ringt das Königsberger Gebiet um Touristen, die Geld in die klammen Kassen spülen sollen. In diesem Jahr erlebt die russische Exklave erstmals einen regelrechten Aufschwung in der Tourismusbranche.



Urlauber, wohin das Auge sieht: Selten ist der schmale Strand von Rauschen so vollbesetzt Bild: J.T.

Jeder neue Leiter des Tourismusamts hatte bisher versprochen, die Zahl der Gäste zu erhöhen. Der Plan war, drei Millionen Menschen jährlich anzulocken, es kam aber nur eine Million. Doch jetzt wurde das ehrgeizige Ziel dank der Wirtschaftskrise erstmals erreicht. Davon, dass die Russen sparen, profitiert das Königsberger Gebiet als Reisegebiet. Dazu bedurfte es keiner großen Werbung – die Touristen kamen von allein.

Wegen des Rubelverfalls erlebt die Tourismusbranche in der Russischen Föderation eine tiefe Krise. Fast die Hälfte der Reiseagenturen, die auf Reisen ins Ausland spezialisiert waren, haben ihre Tätigkeit eingestellt. Ein großer Teil der einheimischen Touristen, die in diesem Jahr Reisen ins europäische oder asiatische Ausland gebucht hatten, hat storniert. Die Reisebüros sind gezwungen, ihre Preise an den Euro- und Dollarkurs anzupassen. Da der Rubelkurs in den vergangenen Monaten um 30 Prozent gefallen ist, verteuerten sich die Reisen für Russen um diesen Prozentsatz.

Eine entgegengesetzte Situation erlebt der Binnentourismus – er erlebt einen Boom. Neben Königsberg wählten die Touristen aus den verschiedenen Regionen Russlands vor allem Sotschi und die Krim als wichtige Badeorte.

Das Königsberger Gebiet wurde für viele eine Alternative zur Reisen in den Westen. Im Königsberger Gebiet ist die Atmosphäre ähnlich wie im westlichen Ausland: eine anziehende Architektur, das Meer, die Natur – und das alles gibt es für wenig Geld. Die Hotels und Erholungsheime in Cranz und Rauschen waren in diesem Jahr zu 100 Prozent belegt.

Neue Rekorde erringt auch der Flughafen Powunden [Chrabrowo]. Durch die Pforten des Flughafens schritt in diesem Jahr der einemillionste Passagier.

Es kamen auch mehr Touristen aus der Bundesrepublik; zu kulturellen Veranstaltungen kamen auch Teilnehmer aus China und Indien. Das in diesem Jahr in Rauschen ausgetragene Festival der Komödianten, das aus Riga dorthin verlegt worden war, hat seinen Teil dazu beigetragen. In der zweiten Julihälfte und Anfang August war die Zahl der Urlauber am Strand zweieinhalbmal so hoch wie im Vorjahr. Obwohl die Hotelpreise gestiegen sind, ziehen sie Westeuropäer an.

Rekorde bereits seit Mitte Juli

Auch die Gebietshauptstadt Königsberg profitiert. Für Urlauber aus EU-Staaten sind die Preise recht niedrig. Mit Sonderangeboten wie der Verlängerung der Zeiten für den Mittagstisch, versuchen Restaurants, Gäste anzulocken.

Die öffentlichen Verkehrsmittel, die von Königsberg an die Ostsee verkehren, waren im Sommer permanent überfüllt. Bei dem heißen Wetter im August kam es sogar zu Ohnmachtsanfällen von Fahrgästen in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln. Auf den Straßen sah es nicht besser aus. Wer an die See wollte, musste zwei Stunden oder länger bei sengender Hitze im Stau aushalten.

Benzin ist nach wie vor günstig, etwa 35 Rubel (etwa 48 Eurocent) für einen Liter Super, so dass die Autofahrer an Fahrten nicht sparen. Es war schwierig, in dieser Zeit ein Taxi zu bekommen, weil sie für Touren an die Ostsee ausgebucht waren. Und das, obwohl es in Königsberg 30 Taxenunternehmen gibt. Eine Fahrt von Königsberg nach Cranz kostet 500 Rubel (nicht einmal sieben Euro). Wahrscheinlich werden diese Niedrigpreise aber nicht ewig halten und schon im Herbst ist mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen. Solange das gute Wetter anhält, kann das Königsberger Gebiet jedoch von einer langen Tourismussaison profitieren.

Jurij Tschernyschew

Neues aus Allenburg

Vorstand des Fördervereins Allenburger Kirche wohnte der 610-Jahrfeier bei – Aktive Bautätigkeit in der Stadt

Ende August fand in der Kirche Allenburg [Druschba] ein Gottesdienst zum 610-jährigen Bestehen der Ordenskirche statt. Tage zuvor waren Ute Bäsmann, Vorsitzende des „Fördervereins Allenburger Kirche und Pflege kultureller Zwecke und Einrichtungen, Völkerverständigung e.V.", und ihr Mann angereist, um vorab in der Propstei Königsberg mit dem stellvertretenden Propst Wladimir Michelis den Ablauf des Gottesdienstes in Allenburg zu besprechen. Es wurde verabredet, dass der Gottesdienst am 30. August um 13 Uhr stattfinden sollte. Der 30. August ist schon fast ein historisches Datum für die Allenburger Kirche: 1925 wurde sie nach dem Wiederaufbau am 30. August neu geweiht und ebenfalls am 30. August feierte der Verein vor zehn Jahren den 600. Geburtstag der Kirche, damals noch mit zwei voll besetzten Bussen aus der Bundesrepublik Deutschland. Diesmal fand die Feier in kleinem Rahmen im Kirchturm statt.

Tage vor dem Gottesdienst war das Geläut an der Uhr ausgefallen. Ein Uhrmacher musste mit der Reparatur beauftragt werden. Ute Bäsmann strich den Zaun um das kleine Beet herum vor dem Portal der Kirche weiß an, besorgte einen Industriesauger, um den Taubendreck und den vielen Staub im Kirchturm nicht fegen zu müssen.





Ostpreußisches Kleinod: Imposanter Ostgiebel der Kirche Allenburg (l.), Gottesdienst mit dem evangelischen Pastor Igor Ronge im Kirchturm (r.) Bilder (2): Bäsmann

Am 29. August wurde ein orthodoxer Gottesdienst gefeiert, für den das Kirchenschiff geschmückt wurde in Erwartung einer großen Gemeinde. Doch diese blieb klein, weil die Bewohner zur Kartoffelernte auf dem Feld waren und keine Zeit für einen Gottesdienst hatten.

Einen Tag darauf fand der evangelische Gottesdienst statt, für den im Glockenraum Tische für den anschließenden Imbiss gedeckt wurden und Kaffee gekocht wurde. Pastor Igor Ronge und eine Dolmetscherin zelebrierten mit einer kleinen Gemeinde und ebenso Willi Froloff aus Friedland mit Gästen den Gottesdienst. Nach dem Gottesdienst gab es dann Kaffee und Kuchen, worüber alle sehr erfreut waren.

Am nächsten Tag stattete das Ehepaar Bäsmann Bürgermeister Pjotr Sedow und Landrat Wladimir Bakalin einen Besuch ab. Dank einer langjährigen Zusammenarbeit erfährt der Förderverein im Austausch alle Neuigkeiten im Gebiet. Aktuell ist in Friedland ein neues Museum in Planung, das in der Nähe der alten Schule, einem alten Backsteinbau, gelegen sein und sich in Form und Farbe in die Umgebung einpassen wird. Bakalin berichtete, dass es in diesem Jahr eine sehr gute Ernte geben wird. In Allenburg wurde das Kulturhaus vollkommen restauriert. Ein schöner großer Saal mit Bühne und die Bibliothek wurden fertiggestellt. Ebenso gibt es dort endlich auch gute Toiletten. In naher Zukunft werden auch die Wohnblöcke repariert und der freie Platz im Kreisverkehr umgestaltet. An der Alle wird es wieder eine Promenade geben. Sedow hätte gerne Fotos von der alten Promenade und bittet deshalb deren Besitzer, sich zu melden und sie für eine Kopie zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Krankenstation im Frühling abgebrannt ist, entsteht dem alten Gebäude gegenüber ein Neubau, der dann die Krankenschwester und Hilfsärztin aufnehmen wird. Auch in der Nähe der Schule wird neu gebaut. Die alte katholische Kapelle, die ein Armenier zu einem Mehrfamilienhaus umgebaut hat, wird jetzt auch langsam fertig. Wenn der Außenputz angebracht ist, wird niemand mehr erkennen können, dass das Gebäude einmal eine Kirche war.

An der Friedländer Chaussee entsteht eine Fabrik für Aqua-Kultur. Einige Gebäude stehen schon. Das gibt dann wieder neue Arbeitsplätze, auch für Allenburger Bürger. *U.B./PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

viele Schicksalsfragen, die vor allem die Vertriebenengeneration betreffen, werden nie geklärt werden, das müssen wir leider auch immer wieder feststellen. Es gibt keine Zeitzeugen, keine persönlichen Unterlagen und keine amtlichen Dokumente, die Hinweise auf das Schicksal der Vermissten enthalten könnten. Umso mehr ist es zu begrüßen, wenn uns Mitteilungen über noch vorhandene Namenslisten von Verstorbenen erreichen, die in der Heimat ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Frau **Edith Kaes**, Kreisgemeinschaft Rastenburg, macht uns auf eine Sterbeliste aufmerksam, die der letzte deutsche Pfarrer von Heiligelinde, Jesuitenpater **Friedrich Schulte**, geführt hat. Diese Totenliste, die er mit „Mortui in parochia Sacrolindensi“ überschrieb, enthält die Namen der Menschen, die zwischen Januar 1945 und Januar 1946 in Heiligelinde und Umgebung verstarben. Unter diesen namentlich aufgeführten Toten befinden sich auch 89 ehemalige Bewohner des Altersheims in Rastenburg, aber auch obdachlose ältere Menschen, die sich Anfang Mai 1945 in der Stadt aufgehalten haben. Darunter können auch aus dem nördlichen Ostpreußen Geflüchtete sein, die den Weg nach Westen nicht mehr geschafft hatten und hier von den Russen überrollt wurden. In der zweiten Monatshälfte wurden sie von Rastenburg nach Heiligelinde geschickt und dort in einem Gasthaus untergebracht, das sich gegenüber dem Kloster befand. Aber die völlig Entkräfteten hatten keine Abwehrkräfte mehr, so forderten Hunger und Folgekrankheiten wie Typhus und Fleckfieber ihre Opfer. Die Verstorbenen wurden anonym in zwei Massengräbern auf dem Friedhof von Heiligelinde bestattet. Es wurde ihnen kein Kreuz, kein Stein gesetzt. Das soll allerdings nun nach 70 Jahren anders werden, wie uns Frau Kaes mitteilt: Ein polnischer Verein aus Rastenburg [Ketrzyn] hat es sich zur Aufgabe gemacht, zusammen mit dem Kloster Heiligelinde [Swieta Lipka] und der Gemeinde Rössel [Reszel], zu der heute der Friedhof gehört, einen Gedenkstein mit Namen der Toten aus dem Altersheim zu errichten. So wird eine Art Erinnerungsstätte an die damals namenlos Beerdigten geschaffen, zu der vielleicht mancher ihrer Nachkommen einmal den Weg finden wird. Es dürften sich auch andere Leser und Leserinnen für die Sterbeliste interessieren, weil diese den Namen eines vermissten Angehörigen enthalten könnte. Da die komplette Namensliste aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht werden kann – auch nicht nach 70 Jahren! – ist die Kreisgemeinschaft Rastenburg bereit, über diese Auskunft zu geben. Frau Edith Kaes ist abends unter der Telefonnummer (02236) 840913 zu erreichen.



Helga Landt mit ihrem Bruder Helmut Bild: privat

Wir danken ihr für diese Information, durch die vielleicht noch Schicksale geklärt werden können.

Familienforschung wird ja bei uns groß geschrieben. Und so wendet sich auch Herr **Alexander Süß** aus Kronach an uns, aber sein Anliegen geht über die Aufstellung einer auf seine Linie bezogenen Ahnentafel weit hinaus. Herr Süß hat es unternommen, Herkunft und Verbreitung der aus Masuren stammenden Familie **Weylo** zu recherchieren und die zahlreichen heute noch vorhandenen Namensträger den bekannten masurischen Linien aus den Kreisen Lyck und Treuburg zuzuordnen. Bis 1945 war sie in zahlreichen Verzweigungen über verschiedene Orte dieser beiden Kreise verteilt. Seine mütterliche Linie verließ um 1900 über Lyck Ostpreußen und siedelte sich im oberschlesischen Oppeln an – bis 1945. Herr Süß ist in seinen Nachforschungen schon recht weit gekommen, allerdings gibt es auch Problemfälle. So wiegt der Überlieferungsverlust nach Einführung der Standesämter in Ostpreußen und dem Ende der kirchlichen Erfassung besonders schwer. Die nach 1945 geflüchteten Namensträger mit den zuletzt 1872 erfassten Vorfahren zu verbinden, ist zumeist unmöglich, weil die Brückengeneration – meist Eltern oder Großeltern – nicht mehr namentlich bekannt ist. Dass „Weylo“ ein recht seltener Familienname ist, hilft oftmals bei der Recherche – und so hofft Herr Süß auch, dass er bei einer Veröffentlichung in unserer Kolumne die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser erweckt, die zu einer Lösung der noch ausstehenden Fragen beitragen können. Eine berechtigte Hoffnung, denn er hat den Namen Weylo in einer Suchanzeige, die 1957 im *Ostpreußenblatt* erschien, bereits ausfindig gemacht. In dieser wurde nach den vermissten Schwestern **Auguste Fallick** geborene Weylo aus Klein Lasken und **Anna Fehr** geborene Weylo aus Regeln gesucht, die 1944 nach Sachsen evakuiert wurden. Beide Namen sind Herrn Süss gänzlich unbekannt, und er würde gerne wissen, wer ihre Eltern waren und woher diese stammten. Natürlich interessiert ihn auch das weitere Schicksal der Gesuchten.

In den meisten Fällen, die Herr Süß uns übermittelt, ist er in seiner Recherche schon sehr weit gekommen, aber er möchte auch die letzten Ungereimtheiten ausräumen. Dazu gehören die Namen der Eltern von **Fritz Weylo**, *Klaussen/Kreis Lyck, 1877, †Kelchendorf 1930. Er ist der Großvater eines sehr verdienten ostpreußischen Landsmannes, der aber keine Angaben über seine Urgroßeltern machen konnte. Herr Süss vermutet, dass es **Daniel** und **Henriette** Weylo aus Soffen waren. So akribisch geht der Sippenforscher auch in den anderen Fällen vor wie bei der Suche nach den Eltern und Großeltern von **Emil** Weylo, *Markowsken 1901, †Horrem/Kempen, 1964, verheiratet mit **Johanna** geborene **Smorra**, *Urbanken 1903, †Horrem/Kempen 1980, bis 1945 in Markowsken wohnhaft. Es gibt auch Fälle, die noch recht lückenhaft sind wie der des Schuhmachers **Carl Weylo** und seiner Frau **Maria** geborene **Trojan**, von denen keine Lebensdaten vorliegen. Nur die von dem anscheinend einzigen Sohn des Ehepaares, **Emil Weylo**, *17. Oktober 1920 in Krupinnen, gefallen in Woronowo 24. September 1941. Diese Familie kann Herr Süß keiner der ihm bekannten Linien zuordnen. Hier wäre jeder noch so kleine Hinweis willkommen.

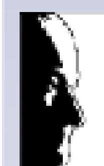
Auch bei allem Enthusiasmus ist es Alexander Süß durchaus bewusst, dass sich gewisse Fragen nicht mehr beantworten lassen. „Aber es ist mir ein Anliegen, die Familie Weylo bestmöglich zu erfassen und damit ihr, wie auch ihrer einstigen Heimat, ein kleines Denkmal zu setzen“, begründet er sein Engagement für diese außergewöhnliche Familienforschung. Vielleicht können unsere Leserinnen und Leser ihm helfen, die noch vorhandenen Lücken zu füllen. (Alexander Süß, Amtsgerichtsstraße 11 in 96317 Kronach, Telefon 0157/85302852, E-Mail: AlexanderSuess@web.de)

Als ungewöhnlich hatte ich in Folge 39 die Lösung der Suchfrage bezeichnet, die sich auf das Poesiealbum eines ostpreußischen Mädchens namens Helga bezog. Ich will diese Erfolgsgeschichte nicht noch einmal aufrollen, unsere Leserinnen und Leser haben sie fast zwei Jahre lang kontinuierlich verfolgen können, denn es gab viele Zwischenlösungen und noch mehr Fragen, bis die Herkunft der Albumbesitzerin und ihre kurze Lebensgeschichte lückenlos dokumentiert werden konnte. Vor allem dank dem unermüdlichen Nachforschen von Frau **Gunhild Krink**, der Kirchspielvertreterin von Altenkirch im Kreis Tilsit-Ragnit, in dem auch Helgas Wohnort Schalau lag. Nun übersandte uns Frau Krink ein Foto von **Helga Landt**, das wahrscheinlich zur „Albumzeit“ aufgenommen wurde, und so findet diese Suchaktion einen endgültigen Abschluss. Der Anblick dieses Mädchengesichtes mit den großen, wachen Augen berührt einen doch sehr. Am 10. August 1945, also bereits nach Flucht und Kriegsende, verstarb Helga Landt aufgrund einer infizierten Schusswunde in Wismar.

Um ein Album ging es auch in einem anderen Fall, der leider keine so glückliche Lösung fand. Es handelt sich um ein Fotoalbum aus dem Nachlass der ostpreußischen Krankenschwester **Margarete Bubel** aus Pronitten, die 2004 verstarb. Ihr Neffe hatte es uns übersandt, weil er meinte, es könnten auf den Fotos auch Personen aus dem Umfeld der Verstorbenen abgebildet sein, die Interesse an den Aufnahmen haben könnten. Das war leider nicht der Fall. So blieb das kleine Fotoalbum bei mir etliche Jahre im Archiv, bis ich es einem Landsmann überließ, der es einer Heimatstube übergeben wollte. Leider ist dieser inzwischen verstorben, und ich weiß nicht, ob und wo sich das Album befindet. Das wäre auch nicht so schlimm, wenn ich nicht ein Schreiben von Frau **Annelie Kleint** erhalten hätte, das sich auf dieses Album bezieht. Und zwar vornehmlich auf die Aufnahmen von dem ehemaligen Hindenburghaus in Königsberg, in dem Frau Bubel zeitweise tätig war. Die Königsbergerin Annelie Kleint steht in Kontakt mit heutigen Königsbergern, die ihr mitteilten, dass eine Dokumentation über das ehemalige Hindenburghaus und seinen verdienstvollen Gründer, Professor **Heinrich Hoeftman**, angefertigt werden soll. Man möchte das Haus, in dem er lebte, und seine Klinik als historisches Ensemble dokumentieren. Dafür würden noch vorhandene Unterlagen benötigt wie auch Erinnerungen ehemaliger Mitarbeiter und Fotos. Da hätten die – wenn auch wenigen – Aufnahmen aus dem Fotoalbum der Margarete Bubel gut gepasst. Inzwischen habe ich mit Frau Kleint gesprochen, und wir sind übereingekommen, auch unsere Ostpreußische Familie nach möglichen Unterlagen zu befragen. Das Hindenburghaus wurde von Professor Hoeftman im Jahr 1913 als Krüppel-Heil- und Lehranstalt am Stadtgarten errichtet und erhielt 1915 seinen Namen nach dem Generalfeldmarschall. Weil es auch eine Ausbildungsstätte war, könnten sich auch heute noch Zeitzeugen finden, die dort tätig gewesen sind. Wer einen Hinweis geben kann, wende sich bitte an Frau Annelie Kleint, Telefon (02642) 901089.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Suche nach Königsberg

Bereits am 10. September verstarb die ostpreußische Schriftstellerin Elisabeth Schulz-Semrau

Das Buch trug den Untertitel „Report einer Kindheit“ und erschien 1984 im Leipziger Reclam-Verlag. Auf dem Umschlag war das Königsberger Schloss zu sehen, was im untergehenden SED-Staat, fünf Jahre vor dem Mauerfall, eine kleine Sensation war. Das Buch hieß „Suche nach Karalautschi“, was dem Leser unverständlich vorkam, bevor er das Buch gelesen hatte. Es war der litauische Name für das alte Königsberg, wo Elisabeth Schulz-Semrau, die Verfasserin des Buches, am 14. Juli 1931 zur Welt gekommen war.

Die litauische Kinderfrau, so konnte man lesen, hätte diesen Namen immer benutzt. Und „Auf der Suche nach Königsberg“ hätte die Autorin ihr Buch nicht nennen dürfen, das hätte als „revanchistisch“ gegolten, und der Titel „Auf der Suche nach Kaliningrad“, wie die Stadt 1946 von den Sowjetbörden wirklichkeitsfern umbenannt wurde, um deutsche Geschichte auszulöschen, wäre historischer Unsinn gewesen.

Elisabeth Schulz-Semrau war 1945 mit ihrem Vater, einem Beamten, der bei ihrer Geburt fast 60 Jahre alt war, und ihrer Mutter, die 1947 an einer schweren Krankheit starb, aus Königsberg/Preußen nach Tangermünde/Altmark geflohen. Dort besuchte sie die Oberschule, ohne einen Abschluss zu machen, studierte 1948/49 am Lehrerbildungsinstitut in Ludwigsfelde bei Potsdam und arbeitete 1949 bis 1967 als Deutschlehrerin in Rangsdorf bei Berlin. Im Fernstudium legte sie an der Pädagogischen Hochschule Potsdam die 1. und 2. Lehrerprüfung ab. Sie veröffentlichte Gedichte und nahm an poetischen Wettbewerben und Veranstaltungen teil. Ab 1967 studierte sie drei Jahre am 1955 gegründeten Literaturinstitut „Johannes R. Becher“ in Leipzig in der Tauchnitzstraße und unterrichtete dort 1972 bis 1986 das Fach Prosa.



Bild: Edition digital

Elisabeth Schulz-Semrau

Nach mehreren vergeblichen Versuchen nach 1980, von den DDR-Behörden ein Visum zum Besuch ihrer Heimatstadt Königsberg zu bekommen, schrieb sie aus Zorn und Verzweiflung dieses Erinnerungsbuch mit dem fremdartigen Titel über ihre ostpreußische Kindheit in Königsberg-Tragheim. Dieses Buch war das erste einer Reihe, in der, wenige Jahre vor dem Fall der Mauer, Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland in neuer Perspektive aufgearbeitet wurden. Danach erschien von der Schlesierin Ursula Höntsch-Harendt (1934–1999) der Roman „Wir Flüchtlingskinder“ (1985) und von dem Schlesier Armin Müller (1928–2005) der Roman „Der Puppenkönig und ich“ (1986). Nach dem Mauerfall hat Elisabeth Schulz-Semrau zwei weitere Ostpreußen-Bücher veröffentlicht: „Drei Kastanien aus Königsberg. Tagebuch einer Reise in das heutige Kaliningrad“ (1990) und „Wer gibt uns unsere Träume zurück. Schicksal Ostpreußen“ (1995). Ebenfalls aus ihrer Feder stammen „Jedes Leben hat auch seine Zeit“ (1974), „Ausstellung einer Prinzessin“ (1977), „Axel und der Maler Sim“ (1979), „Die Beurteilung“ (1981), „Suche nach Karalautschi“ (1984), „Liane und ihr Baby“ (1988), „Küchengespräche mit Frau L.“ (1990), „Im Mantel von Allerleirauh“ (2002), „Gerda, das Nuschtchen“ (2007) und „Elchritter“ (2008). Hörbücher sind beziehbar im Internet über www.ddrautoren.de

Schulz-Semrau war in zweiter Ehe mit dem DDR-Schriftsteller Max Walter Schulz (1921–1991) verheiratet, dem Verfasser des DDR-Erfolgsromans „Wir sind nicht Staub im Wind“ (1962). Sie starb am 10. September 2015 in einem Krankenhaus in Berlin-Pankow.

Jörg Bernhard Bilke/PAZ

Der Funktionär an ihrer Seite

Anders als Elisabeth Schulz-Semrau war ihr zweiter Ehemann Max Walter Schulz kein Vertriebener. Er war vielmehr am 31. Oktober 1921 in Scheibenberg/Erzgebirge zur Welt gekommen. Nach dem Schulbesuch leistete er Kriegsdienst und geriet auch in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde allerdings bereits 1945 wieder freigelassen. Er ging in die SBZ, wo er der SED beitrat und Pädagogik studierte. Ab 1957 arbeitete er wie Elisabeth Schulz-Semrau als Lehrer. Von 1957 bis 1959 studierte er am Literaturinstitut „Johannes R. Becher“, dessen Direktor er von 1964 bis 1983 war, also auch während des Studiums von Elisabeth Schulz-Semrau. Anschließend war er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1990 Chefredakteur der von der Akademie der Künste herausgegeben Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Schulz gehörte nicht nur dem Schriftstellerverband der DDR an, von 1962/63 war er auch dessen Sekretär und von 1969 bis 1990 dessen Vizepräsident. Von 1967 bis 1969 war Schulz Kandidat und anschließend bis 1971 Mitglied der SED-Bezirksleitung Leipzig. Ab 1969 gehörte er der Akademie der Künste an. Das SED-Regime ehrte ihn mit dem Literaturpreis des FDGB, dem Nationalpreis der DDR, den Professorentitel, dem Vaterländischen Verdienstorden, der Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold und dem Ehrendoktorat der Universität Leipzig. Er ging seiner Frau voraus und ist bereits am 15. November 1991 in Berlin gestorben.

M.R.



ZUM 100. GEBURTSTAG

Gawrisch, Kurt, aus Dreifelde, Kreis Johannisburg, am 13. Oktober
Herrmann, Erika, geb. **Budzinski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 14. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bartel, Erna, geb. **Siebert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 10. Oktober
Schattner, Bruno, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, 10. Oktober
Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 15. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bollack, Marianne, geb. **Wenck**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 12. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, und Prostken, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Bittlingmayer, Klara, geb. **Jonseck**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jucknischke, Gertrud, geb. **Makowka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Neumann, Horst, aus Gnottau, OT Paplacken, Kreis Insterburg, am 15. Oktober
Wagner, Ursula, am 6. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fexer, Ewald, aus Allenstein, am 2. Oktober
Marohn, Eva, geb. **Moeck**, aus Rosenberg, Kreis Heiligenbeil, am 12. Oktober
Metzdorf, Gerda, geb. **Borbe**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 16. Oktober
Nikutta, Anneliese, geb. **Braasch**, am 12. Oktober
Schaible, Frieda, geb. **Bartsch**, aus Kingitten, Kreis Samland, am 13. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Friedritz, Gertrud, aus Tilsit-Ragnit, am 15. Oktober
Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Mai, Margarete, geb. **Kackschies**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Meinert, Hildegard, aus Lyck, Bismarckstraße 47, am 14. Oktober
Niederstrasser, Otto, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Paschink, Liebtraut, geb. **Biernat**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Rutkowski, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Oktober
Schuster, Meta, geb. **Porschel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. Oktober
Stilla, Elisabeth, geb. **Lindenberg**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. **Lundschien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Barwinski, Ella, geb. **Karschewski**, aus Königsberg, am 14. Oktober
Heidbrede, Eva, geb. **Grigat**, aus Widminnen, am 13. Oktober
Hipler, Elfriede, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober
Malkus, Margarete, geb. **Danielzik**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Meya, Alice, geb. **Heinrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Oktober
Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober
Schulze, Margarete, geb. **Doerck**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Wedler, Betty, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Budszinski, Irene, aus Neidenburg, am 11. Oktober
Eniß, Ruth, geb. **Jährling**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Horn, Christel, geb. **Huebner**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Kunst, Gertrud, geb. **Braczko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Menger, Frieda, geb. **Krause**, aus Osterode, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Rose, Erika, geb. **Wochnowski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 14. Oktober
Scheffel, Helga, geb. **Sommer**, aus Treuburg, am 15. Oktober
Stolzke, Waltraud, geb. **Friedel**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Zoellner, Johannes, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 15. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borkowski, Emil, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober
Dibowski, Walter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Floßdorf, Herta, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Fritz, Gertrud, geb. **Pellenat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, am 14. Oktober
Knöschke, Ilse, geb. **Janz**, aus Bersteningken/Memelland, am 12. Oktober
Kolodziej, Lotte, geb. **Pientka**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Kuster, Paul, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Rödel, Edith, geb. **Padubrien**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Sambraus, Lieselotte, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Schellkes, Lisa, geb. **Wiedom**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 10. Oktober
Schimkus, Siegfried, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Schulz, Elli, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Schulz, Elly, geb. **Lehmann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Oktober
Seutter, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, und Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Backe, Herta, geb. **Mertins**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Brock, Gerda, geb. **Olomski**, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Derda, Irmgard, geb. **Zipplies**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. Oktober
Donde, Eva, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hellwich, Hans, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Hewicker, Lucie, geb. **Schläfereit**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Juschka, Hilda, geb. **Kurreick**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Knüppel, Christel, geb. **Skrodulis**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Lehmann, Elisabeth, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Murach, Gotthold, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Pogodda, Lieselotte, geb. **Dierks**, aus Treuburg, am 14. Oktober
Polkowski, Ruth, geb. **Rogowski**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Pretorius, Ortwin, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Rehagel, Herta, geb. **Pieper**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Röhrßen, Elli, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. Oktober
Rydzewski, Gerhard, aus Lyck, am 10. Oktober
Schwulera, Elsbeth, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Tolkemit, Anneliese, geb. **Zipplies**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. Oktober
Wenzel, Brigitte, geb. **Sowitzki**, aus Neidenburg, am 12. Oktober
Wesser, Gerda, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 13. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böttcher, Agnes, geb. **Gugat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Dittmann, Liesbeth, geb. **Hoffmann**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Eggert, Hans-Dietrich, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 15. Oktober
Haase, Rudi, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 10. Oktober
Henning, Dorothee, geb. **Urbschat**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 13. Oktober
Heuer, Gisela, geb. **Hein**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. Oktober
Kebbedies, Manfred, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Kellmereit, Hans-Dieter, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Knorr, Horst, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Kutnick, Hildegard, geb. **Nagorny**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Lehmann, Heinz, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Lübke, Ilse, geb. **Kischke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 15. Oktober
Mahmoud, Ursula, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Maicki, Georg, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, 12. Oktober
Maier-Rohde, Hannelore, geb. **Rohde**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Neumann, Horst, aus Nusstal, Kreis Allenstein, am 13. Februar
Quednau, Freimut, aus Großwalde/Reckau, Kreis Neidenburg, am 14. Oktober
Richard, Giesela, geb. **Lüdtke**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 16. Oktober
Rohrmoser, Gerhard, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 13. Oktober
Schliewe, Ursula, geb. **Waschkewitz**, aus Lyck, 10. Oktober
Schneider, Helga, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Sölter, Gerda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Stürmer, Horst, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 14. Oktober
Thieme, Christel, geb. **Joswig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Wölck, Inge, geb. **Schön**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Zientarra, Elisabeth, geb. **Dutz**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Daumann, Irmgard, geb. **Eilers**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Dembeck, Hans-Dietrich, aus Neidenburg und Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Heners, Marianne, geb. **Legien**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 9. Oktober
Hölger, Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hüsch, Christel, geb. **Artschwager**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Müller, Arved, aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Plessa, Christel, geb. **Czymmek**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Preuß, Erich, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 10. Oktober
Scharringhausen, Marga, geb. **Wetjen**, am 11. Oktober
Woitschikowski, Eva, geb. **Guszahn**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober



Kloss, Paul, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Sophie, geb. **Mohr**, am 14. Oktober

TERMINE DER LO

2015

10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Noch Plätze frei!

Kulturhistorisches Seminar

Beim diesjährigen Kulturhistorischen Seminar für Frauen sind noch einige wenige Plätze zu vergeben. Die Veranstaltung findet vom 2. bis 6. November im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Unter dem Titel „Ost- und westpreußische Gedenktage 2015“ werden unter anderem Vorträge über die Schriftstellerin Gertrud Papendick, den Dichter Max Halbe und den Neidenburger Operettenkomponisten Walter Kollo angeboten. Die Teilnehmerbeitrag liegt für eine Unterbringung im Doppelzimmer inklusive Vollverpflegung bei 150 Euro. Auch Einzelzimmer können gebucht werden.

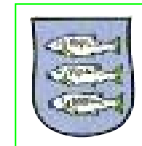
Ihre Anmeldung nimmt Hanna Frahm, Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. gerne entgegen: Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@ostpreussen.de. *WE*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 10. Oktober, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation, D/USA 2015.
SONNABEND, 10. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: West Side Story. Musicaldrama, USA 1961.
SONNABEND, 10. Oktober, 22.40 Uhr, 3sat: Bernstein Story. Dokumentation, D 2015.
SONNTAG, 11. Oktober, 11.45 Uhr, Einsfestival: Die zauberhafte Welt der Beatrix Potter. Biografie, GB/USA 2007.
SONNTAG, 11. Oktober, 16.05 Uhr, 3sat: Bernstein, Dorsch, Kaschuben – Die polnische Ostseeküste. Reportage, D 2008.
MONTAG, 12. Oktober, 20.15 Uhr, HR: Wunderschön! (134): Die große Ostseekreuzfahrt (1): Bornholm – Danzig – Kurische Nehrung – Riga.
MONTAG, 12. Oktober, 22.05 Uhr, ZDFkultur: Ein Volksfest mit James Last. Konzert, D 1976.
MONTAG, 12. Oktober, 23.30 Uhr, Das Erste: Ausgebeutet für den Klassenfeind – Zwangsarbeiter in der DDR. Dokumentation, D 2015.
DIENSTAG, 13. Oktober, 13.20 Uhr, 3sat: Mit der Dampflok durch Polen. Reportage, D 2011.
DIENSTAG, 13. Oktober, 16 Uhr, Phoenix: Das Märchen von der Elektro-Mobilität.
DIENSTAG, 13. Oktober, 20.45 Uhr, MDR: Der Osten – Entdecke, wo du lebst (99): Der vergessene Ostwall – Die unterirdischen Festungen der Nazis. Dokumentation, D 2013.
MITTWOCH, 14. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 25 Jahren: Der amerikanische Komponist Leonard Bernstein gestorben.
MITTWOCH, 14. Oktober, 10.30 Uhr, Einsfestival: 45 Min (175): Windiges Geld
MITTWOCH, 14. Oktober, 22.25 Uhr, 3sat: Che: Revolution. Revolutionsepos, USA/E 2008.
DONNERSTAG, 15. Oktober, 22 Uhr, ZDFkultur: Gerhart Hauptmann – Rebell und Repräsentant.
DONNERSTAG, 15. Oktober, 22.25 Uhr, 3sat: Che: Guerilla. Revolutionsepos, USA 2009.
FREITAG, 16. Oktober, 13.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Drei Jahre BER-Untersuchungsausschuss – Eine (fast endgültige) Zwischenbilanz.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

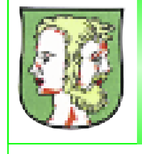


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Jubiläums-Vortrag

Sonnabend, 17. Oktober, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr bietet sich die Gelegenheit, die Sonderausstellung „Lieselotte Plangger-Popp. Eine ostpreußische Grafikerin" zu besichtigen. Ab 15.30 Uhr spricht die verantwortliche Betreuerin des Kreisarchivs und des Heimatmuseums, Ute Eichler, zum Thema „60 Jahre Lötzener Heimatsammlung in der Patenstadt Neumünster" – ein Vortrag zur Entstehung und zur Geschichte dieser Sammlung. Der Eintritt ist frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Treffen in Bremen

Wilhelm Norra, Bezirksvertreter Lyck Land und Ortsvertreter Sareiken, lädt ein:

Liebe Lycker Landsleute,

hiermit möchte ich Sie – möchte ich euch – einladen zum 7. Treffen der in Bremen und „umzu" wohnenden ehemaligen Lycker. Wir treffen uns am Donnerstag, 19. November, ab 13 Uhr im Best-Western-Hotel „Zur Post", Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen.

Da ich dem Hotel vorher die genaue Teilnehmerzahl verbindlich mitteilen muss, bitte ich bis zum 1. November um schriftliche oder telefonische Mitteilung. Damit ich nicht nachfragen muss, ob die Angelegenheit vielleicht vergessen worden ist, bitte ich auch um Bescheid falls keine Teilnahme erfolgt.

Das Treffen beginnt in diesem Jahr bereits um 13 Uhr, da mehrere Landsleute die Zeit für persönliche Gespräche bei den bisherigen Veranstaltungen als zu kurz empfanden. Deshalb habe ich mit dem Hotel vereinbart, dass Einlass bereits um 13 Uhr ist. Der offizielle Teil mit der Begrüßung beginnt dann um 14 Uhr. So hat jeder, der es möchte, schon vor dem offiziellen Beginn eine Stunde Zeit, um mit Landsleuten ins Gespräch zu kommen.

Nach der Begrüßung um 14 Uhr und einigen Vorträgen findet, wie auch bei den vorhergehenden Treffen gegen 15.30 Uhr das Kaffeetrinken statt. Ein Stück Torte und Kaffee oder Tee kosten unverändert 6,60 Euro. Dafür brauchen wir dann auch keine Saalmiete zu zahlen. Weitere Getränke können geordert werden. Jeder Teilnehmer ist Selbstzahler.

Das Hotel „Zur Post" liegt rechts, schräg gegenüber vom Haupteingang des Bremer Hauptbahnhofes. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringt, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor, gegebenenfalls kann man sich bei der Rezeption erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist.

Anmeldung und Information: Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.



INSTERBURG – Stadt und Land

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Teutonentreffen

Osnabrück – Sonnabend, 24.10. 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Insterburger Teutonen zum gemütlichen Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimatkreistreffen und Neuwahlen

Die neugewählte Kreisvertreterin Ingrid Tkacz über das Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf:

Sehr geehrte Leser, liebe Landsleute,

gleich zu Beginn des Berichtes möchte ich allen Landsleuten und Heimatfreunden für Ihre Teilnahme an unserem diesjährigen Heimatkreistreffen am 19. und 20. September in Bad Nenndorf recht herzlich danken. Es war ein gelungenes Fest mit einer recht guten Beteiligung. Zusammen mit unserem Heimatkreistreffen fand am Sonnabend, 19. September um 12.30 Uhr die Kreisausschusssitzung und im Anschluss ab 14.45 Uhr die Kreistagssitzung mit den Neuwahlen der vakanten Posten statt.

Nach der Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung und der Protokolle der letzten Sitzungen erfolgte der Bericht des geschäftsführenden Vorstandes mit dem Zwischenergebnis des ersten Halbjahres 2015. Die vorgelegten Zahlen zeigten eine positive Tendenz im Vergleich zum schlechten Ergebnis im Jahr 2014. Erste Maßnahmen, welche auf der außerordentlichen Kreistagssitzung im Februar beschlossen wurden, zeigten erste Erfolge.

Durch die Rücktritte im Januar 2015 waren Neuwahlen (laut Satzung) unumgänglich und auf der Tagesordnung. Die Wahl der Kreisvertreterin fiel einstimmig auf Ingrid Tkacz. Zu den beiden Stellvertreterinnen wurden gewählt: Luise-Marlene Wölk und Monika Buddych. Die Wahl des stellvertretenden Schatzmeisters fiel einstimmig auf Erhard Wiedwald. Zum stellvertretenden Kassenprüfer wurde Lothar Gräf gewählt. Die Sitzungen waren sehr umfangreich. Vor allem aber die Kreistagssitzung, in der sehr viele eingegangenen Anträge behandelt wurden.

Bemerken möchte ich noch, dass ich als stellvertretende Kreisvertreterin seit 2009 sehr gerne und mit Freude mitgearbeitet habe. Da ich mich aber meinen Vorfahren und ganz besonders meinen Eltern und der Heimat Ostpreußen verbunden fühle, habe ich der Wahl als Kreisvertreterin zugestimmt und angenommen. Ich danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit und bin fest der Meinung, dass unsere Vorhaben gelingen werden.

Zum Heimatkreistreffen kann ich nur sagen, dass es gut und harmonisch war, und danke allen Mitwirkenden und Spendern. Ganz besonderer Dank gilt unserer Kulturreferentin Gisela Harder für ihr Engagement, eine Bilder-Ausstellung von Elisabeth Boehm für das Heimatkreistreffen zu ermöglichen.

Zu den geladenen Gästen zählten: Vom Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen [Morag], 1. Vors. U. Manka, stellv. Vors. W. Manka und zwei Mitglieder, stellv. Bürgermeister aus Mohrungen [Morag] Leszek Biernacki mit Dolmetscher Tomasz Osekowski, Rainer Claaßen, stellv. Landesvorsitzender und Schriftleiter der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ortsbürgermeister H. Reinicke, Morungen/Harz, 1. Vors. Roland Fiedler vom Heimatverein Morungen/Harz und Mitglieder des Vereins. Es waren auch einige Teilnehmer zum ersten Mal dabei, worüber wir uns sehr gefreut haben.

Zu Beginn der Feierstunde sangen wir gemeinsam das Ostpreußenlied: „Land der dunklen Wälder". Danach wurden die Gäste begrüßt. Es folgten Grußworte von Ehrengästen. Beeindruckende Grußworte sprach Herr Rainer Claaßen, stellvertretender Landesvorsitzender der LO der Ost- und Westpreußen der Landesgruppe Bayern. Die Festrede „70 Jahre nach Flucht und Vertreibung" hielt Herr Sommerfeld. Sie war sehr ergreifend. An den Tod von Agnes Miegel vor gut 50 Jahren erinnerte E. Krahn. Es erfolgte auch eine Blumenlegung am Denkmal von Agnes Miegel. Nach der Totenehrung für über 40 Mohrunger sprachen alle das Vater Unser, und es wurde gemeinsam das Lied „Großer Gott, wir loben dich" gesungen.

Der Höhepunkt des Tages war: Gisela Harder wurde auf Antrag der Kreisgemeinschaft für ihr außergewöhnliches Mitwirken für die Heimat mit dem „Goldenen Ehrenzeichen" der Landsmannschaft Ostpreußen, geehrt. Leider konnte die Ehrung vom Bundesvorstand aus terminlichen Gründen nicht vorgenommen werden. Die Laudatio hat Lothar Gräf vorgetragen, die Urkunde und das „Goldene Ehrenzeichen" wurde ihr von der Kreissprecherin Ingrid Tkacz überreicht.

Nach der Mitgliederversammlung, einem gemeinsamen Kaffetrinken und netten Gesprächen verabschiedeten wir uns.

Der Termin für unser nächstes Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf steht schon fest und ist der 17. und 18. September 2016.

Ich freue mich auf das nächste Wiedersehen mit Ihnen beim nächsten Heimatkreistreffen 2016 in Bad Nenndorf und grüße Sie in heimatlicher Verbundenheit

Ihre Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin

Ehrenzeichen für Gisela Harder

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen erhielt Gisela Harder beim Kreistreffen in Bad Nenndorf Goldene Ehrenzeichen. Hier ihre Laudatio:

Gisala Harder geborene Jeimke-Karge wurde am 29. Januar 1935 auf Gut Lodehnen, Kirchspiel Miswalde, im Kreis Mohrungen als Tochter des Diplom-Landwirts Günter Jeimke-Karge und dessen Ehefrau Erika geb. von Hippel geboren. Sie ist seit Jahrzehnten in der Kreisgemeinschaft Mohrungen aktiv und gehört dem Vorstand seit 1993 als Mitglied an. Zunächst war Gisela Harder fünf Jahre lang als Schatzmeisterin tätig. Von 2003 bis 2015 übte sie das Amt der stellvertretenden Kreisvertreterin aus. Aufgrund der häufigen Wechsel in der Führung der Kreisgemeinschaft Mohrungen hat Frau Harder wiederholt über längere Phasen deren Leitung als kommissarische Kreisvertreterin innegehabt.

In ihrer Eigenschaft als langjährige Kulturreferentin der Kreisgemeinschaft ist Gisela Harders besonderes Engagement bei der Organisation und Durchführung von Ausstellungen über Brauchtum und Geschichte von Ostpreußen und dem Kreis Mohrungen hervorzuheben. Beispiele dafür sind eine Karl-Kunz-Ausstellung in der ostpreußischen Kreisstadt sowie Postkarten-Ausstellungen und diverse Foto-Ausstellungen zu den jährlichen Kreistreffen, wie zuletzt auch in Gießen zur 60-jährigen Patenschaft „Wanderung von Ostpreußen nach Hessen". Darüber hinaus hält sie Vorträge auf Veranstaltungen, schreibt regelmäßig Aufsätze in den „Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten" und in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und gibt Publikationen wie das Mohrunger Postkartenbuch heraus.

Daneben war Gisela Harder maßgebliche Impulsgeberin für die Einrichtung der Johanniter-Sozialstation in Mohrungen und hat diese jahrelang intensiv betreut und unterstützt.

Gisela Harder pflegt seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit und Partnerschaft mit dem Verein der Deutschen Minderheit „Herder" in Mohrungen und dem dortigen Herder-Museum. Sie war die Initiatorin der Herderrose-Pflanzung vor dem Herder-Museum in Zusammenarbeit mit der Klassik-Stiftung Schlösser und Gärten Weimar. Daneben unterhält Gisela Harder vielfältige persönliche Kontakte zu deutschstämmigen Einzelpersonen im Kreisgebiet. Sie ist maßgeblich an der Verteilung der Bruderhilfe an bedürftige Personen beteiligt.

Gute Verbindungen hat Gisela Harder auch zur „Gesellschaft der Freunde des Saalfelder Landes" in Saalfeld aufgebaut und sie ist Impulsgeber für verschiedene Ak-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Neuer Kalender: Ostpreußen und seine Maler 2016



Kunstwerke zum Thema „Häfen und Schiffe in Ostpreußen": Hier Gustav Boeses „Der Memeler Hafen", das um 1923 entstand Bild: typeart

Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler" erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Ab sofort ist das Exemplar für 2016 erhältlich.
Ostpreußen hatte bis zum Jahr 1945 eine auch zahlenmäßig bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder behandeln das Thema „Häfen und Schiffe in Ostpreußen". Es sind Arbeiten ostpreußischer Maler aus der Zeit zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und den 1960er Jahren. Die meisten geben den frischen Eindruck des Malers wieder, drei Motive entstanden erst nach 1945 aus der Erinnerung an Ostpreußen. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September für PAZ-Leser zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro) inklusive Versand.

Zu bestellen bei type art satz & grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de





Oben: Gisela Harder mit ihrem Mann Manfred (l.) und ihrem Bruder Georg W. Jeimke-Karge. „Beide helfen mir sehr bei meiner heimatlichen Arbeit", erzählt die Geehrte.
Unten: Kreisvertreterin Ingrid Tkacz überreichte das Ehrenzeichen. Lothar Gräf (r.) hielt die Laudatio. Bilder: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

tivitäten. Sie ist darüber hinaus Initiatorin des EU-Projektes zur Pflege des Kant-Gedenkens in Groß Arnsdorf und der dort erstellten Dauerausstellung nebst dem Pflanzen von „Kant-Apfelbäumchen“ als Zeichen der Verbundenheit.

Gisela Harder ist seit vielen Jahren auch Initiatorin und Leiterin der Ostpreußischen Landesfrauengruppe in der Hansestadt Hamburg mit monatlichen Treffen und Veranstaltungen über Kultur, Brauchtum und Geschichte.

Sie pflegt zudem enge Kontakte zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und zum Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Seit vielen Jahren ist sie dem Trakehner-Verband verbunden und veranstaltet – gemeinsam mit ihrem Mann – auch Trakehner Fohlenschauen auf ihrem Harderhof in Hamburg-Moorfleet.

Das Ehrenzeichen in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihr im Jahre 2010 verliehen. In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Gisala Harder das Goldene Ehrenzeichen



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Eindrucksvolles Hauptkreistreffen

Über 500 Gäste aus verschiedenen Ländern Europas waren zum Jahrestreffen der Kreisgemeinschaft angereist. Aus dem EU-Parlament war Renate Sommer vertreten. Staatssekretärin Ingrid Fischbach war wegen der momentanen turbulenten politischen Situation verhindert, ihre vom Kreisvorsitzenden verlesenen Worte fanden starken Beifall: „In den vergangenen Jahren war ich oft und gerne Ihr Gast, in Ihrer Mitte fühlt man sich schnell zuhause ... Sie bringen eine unschätzbare Erfahrung mit ... Auch von politischer Seite hat es ein wichtiges Signal gegeben, die Erinnerung an das Erlebte wachzuhalten. Seit diesem Jahr wird am 20. Juni nun bundesweit der Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht.“

Oberbürgermeister Horst Schiereck, der im Oktober in den Ruhestand tritt, ließ es sich nicht nehmen, die Anwesenden zu begrüßen, indem er ein Schlaglicht auf das harte Schicksal der Älteren im Saale warf. Kreisvorsitzender Dieter Chilla zeichnete ihn mit der Ehrenmitgliedschaft der Kreisgemeinschaft Ortelsburg aus: „Der Oberbürgermeister ist das Gesicht einer Stadt. Wenn wir mit Ihnen zu tun hatten, Herr Oberbürgermeister, dann blickten wir in ein freundliches und hilfsbereites Gesicht.“

Eine besondere Auszeichnung erhielt Hans Napierski, seit vielen Jahren Geschäftsführer der Kreisgemeinschaft Ortelsburg: Der Kreisvorsitzende überreichte ihm im Namen der Landsmannschaft Ostpreußen das Silberne Ehrenzeichen mit Urkunde. In seiner Laudatio hob Dieter Chilla vor allem Napierski souveränen Umgang im Zusammenhang mit allen finanziellen Transaktionen der Kreisgemeinschaft und seine absolute Zuverlässigkeit hinsichtlich der ihm anvertrauten organisatorischen Aufgaben hervor.



Auszeichnung: Silberne Ehrennadel des BdV für den scheidenden Kirchspielvertreter Ernst G. Fischer (l.) Bild: Coenen

Als scheidende Geschäftsführerin erhielt Gundhild Krink ebenfalls die Silberne Ehrennadel des BdV Bild: Coenen

Herbert John, stellvertretender Vorsitzender, stellte seiner Totenehrung die nachdenkliche und kritische Frage voran, warum das erlittene Leid der aus dem Osten Deutschlands geflohenen Bevölkerung durch Flucht und Vertreibung jahrelang ignoriert, geschweige denn in einer eigenen Gedenkfeier gewürdigt wird.

Akardiusz Leska, der Vorsitzende der Deutschen Minderheit aus Ortelsburg, war mit einer zehnköpfigen Delegation angereist. In Kooperation mit Gregor Gonsowski aus Bochum richtete er humorvolle Worte des Grußes und des Dankes an das Publikum. Gespannte Stille herrschte bei der Festrede des Schriftstellers Herbert Somplatzki: „Ich freue mich, dass es mir vergönnt ist, hier zu stehen und sagen zu können: Wir leben in Deutschland seit 70 Jahren in Frieden. Ich bin vor 80 Jahren in Groß Piwnitz geboren, einem Dorf, das später Groß Albrechtsort hieß, und jetzt den Namen Piwnice Wielke trägt. In diesem Dorf lernte ich die ersten Worte verstehen und sprechen; und dort machte ich auch meine ersten Schritte. Doch dann, im eiskalten Januar 1945, gejagt von feindlichen Panzern und den todbringenden Geschossen der Tiefflieger, mussten wir unser Dorf verlassen ... In einer Zeit, in der Flucht und Vertreibung in der Welt uns wieder stark berühren, müssen wir, die Überlebenden eines schrecklichen Krieges, mit unseren Erfahrungen daran erinnern, dass wir mit Nachbarn in Frieden leben können. Und unsere Begegnungen über Grenzen tragen die Hoffnung, dass 70 Jahre nach Ende jenes Krieges, dessen Wunden zwar vernarbt, aber nicht vergessen sind, der Friede zwischen den Völkern möglich ist.“

Der Ehrenvorsitzende der Kreisgemeinschaft forderte in seinem eindrucksvollen Schlusswort dazu auf, das geschichtliche Erbe der Ostpreußen in die Zukunft zu tragen. *Dieter Chilla*



Am 11. September in Bad Nenndorf gewählt: Der Kreistag von Tilsit-Ragnit Bild: August

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Kreistag in Bad Nenndorf

Als sich die anwesenden Besucher des Regionaltreffens der Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit am Ende des insgesamt dreitägigen Treffens erhoben, um das legendäre „Ostpreußenlied“ zu singen, war dies ein bewegender Moment – einhergehend mit dem Gefühl, während des Treffens vom 10. bis 12. September in Bad Nenndorf wieder einen gehaltvollen Austausch zum Thema „Ostpreußen“ gehabt zu haben.

Dieter Neukamm präsentierte als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft seinen Rechenschaftsbericht. Er konnte über positive Vorgänge berichten, wie zum Beispiel das „Deutsch-Russische Forum“, an dem er teilgenommen hatte. „Auf dem Hintergrund der verfahrenen politischen Situation und der freundschaftlichen Atmosphäre im Forum sind diese Treffen wichtiger denn je“, betonte Neukamm.

Die bisherige Geschäftsführerin Eva Lüders berichtet über ihre Arbeit in der Heimatstube und ihre für die Kreisgemeinschaft organisierte und wieder sehr erfolgreiche Reise in diesem Jahr in die ostpreußische Heimat. Sie werde auch weiter gerne auf anderer Ebene mitarbeiten.

Schatzmeister Helmut Subroweit legte Zahlen für den Zeitraum von 2012 bis 2015 vor, demzufolge die finanzielle Situation keinen Grund zur Euphorie biete, aber auch nicht dramatisch sei. Noch seien die Finanzen als solide zu bewerten. Nach erfolgter Aussprache wurde dem Schatzmeister von der Revisorin Betty Römer-Götzelmann solide und korrekte Kassenführung bestätigt und Entlastung beantragt, die auch einstimmig erfolgte.

Wilfried Knocks bot eine Übersicht über seine Öffentlichkeitsarbeit in den letzten vier Jahren, wozu auch 102 Artikel für die *PAZ* zählten. Darüber hinaus legte er eine ausführliche graphische Übersicht über Mitgliederentwicklung und Altersstruktur vor.

Mit lebhaftem Interesse nahm der Kreistag die Berichte der Kirchspielvertreter zur Kenntnis: Katharina Willemer (Breitenstein), Eugen Meyer (Argenbrück), Martin Loseries (Hohensalzburg), Gunhild Krink (Altenkirch), Gerda Friz (Großlenkenau), Betty Römer-Götzelmann (Rautenberg) und Manfred Okunek (Neuhof-Ragnit, Ragnit-Land) gaben einen Überblick über Kirchspiel- oder Schultreffen und andere Aktivitäten. Entschuldigt waren Peter Newroski, Renate Kunze, Albrecht Dyck und Walter Klink aus gesundheitlichen Gründen oder Terminüberschneidungen.

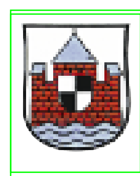
Mit großem Dank aller Anwesenden wurden dann von Dieter Neukamm Eva Lüders als Geschäftsführerin und Ernst-G. Fischer als Kirchspielvertreter von Ragnit-Land und Tilsit Land verabschiedet. Beide wollen sich aus Altersgründen etwas entlasten, drückten aber deutlich aus, dass sie weiter an der Arbeit der Kreisgemeinschaft teilhaben wollen, „aber auf anderer Ebene“.

Für den Vorsitzenden Neukamm war es dann eine große Freude, dass er mitteilen konnte, dass Ernst-G. Fischer und Gunhild Krink mit der Silbernen Ehrennadel des BdV, und Martin Loseries, Eugen Meyer und Peter Newroski mit dem Verdienstabzeichen der LO ausgezeichnet würden.

Am letzten Tag des Regionaltreffens erfolgten schon erste Hinweise auf das nächste Nachbarschaftstreffen 2016 in Gotha. Dann war die Rede des ehemaligen langjährigen Vertreters der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, der Höhepunkt. Er wurde mit großem Beifall begrüßt, denn er ist bei den Ostpreußen nicht vergessen. Von Gottberg gab unter anderem einen geschichtlichen Rückblick der drei Kreisgemeinschaften und würdigte deren ehemalige Kreisvorsitzende. Zudem sprach er über zukünftige Aufgaben der Kreisgemeinschaften. Ebenfalls legte er seine persönliche Ansicht zur akuten Flüchtlingssituation in Europa dar.

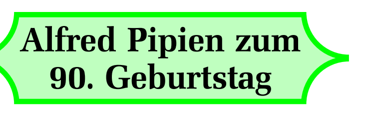
Ein Vergleich der damaligen Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg („erzwungene Binnenwanderung“) mit der heutigen globalen Migration sei nicht zulässig beziehungsweise möglich. So hätten zum Beispiel die damaligen Vertriebenen aus den Ostgebieten demselben Kulturkreis angehört.

Am Ende seines Vortrages gab von Gottberg bekannt, dass diese Rede seine letzte gewesen sei und er sich nun definitiv in den Ruhestand begebe, nicht, ohne allen Landsleuten für die Zukunft alles Gute zu wünschen. Die Anwesenden dankten mit großem Beifall. *Heiner J. Coenen*



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.



Alfred Pipien zum 90. Geburtstag

Am 1. September 1925 wurde Alfred Pipien in Tilsit geboren. Nach abgeschlossener Lehre als Maschinenschlosser erfolgte 1943 die Einberufung zum Wehrdienst mit anschließender amerikanischer Gefangenschaft. Viele Jahrzehnte war er als Maschinentechniker in der Metallbranche in Hannover tätig.

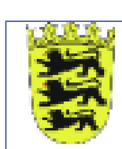
Schon frühzeitig wurde er aktives Mitglied in der Tilsiter Stadtvertretung. Er wirkte als Schulsprecher der Schwedenfelder Schule, veröffentlichte Erinnerungen an die Tilsiter Kinder- und Jugendzeit und erwarb sich besondere Verdienste bei dem Bau von Modellen markanter Tilsiter Bauwerke. Sie fanden bei Heimattreffen und Veranstaltungen lebhaftes Interesse. Auf der diesjährigen Jahrestagung der Stadtvertretung in Bad Nenndorf wurde Alfred Pipien die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Die Tilsiter sind stolz auf Alfred Pipien und wünschen ihm ein langes ostpreußisches Leben.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet




Bereits in der letzten Ausgabe berichtete die PAZ über die Feier zum 60. Jubiläum der Patenschaft des Landkreises Diepholz für den Kreis Wehlau (Seite 20). Aus diesem Anlass überreichte Landrat Cord Bockhop (re.) dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Gerd Gohlke die Fahne des Landkreises Diepholz mit Wappen und sagte ihm die weitere Unterstützung des Landtages zu.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 28. Oktober, 19 Uhr, Parkhotel Pforzheim: 138. Preußische Tafelrunde mit dem Thema „Georg Forster – Naturforscher, Weltreisender, Schriftsteller und Revolutionär aus dem Danziger Werder (1754 – 1794)“. Es referiert der studierte Geograph Rolf Siemon.

Göppingen – Eine traditionelle Herbstfeier veranstaltete die Landsmannschaft Ost- & Westpreußen. Die Einladungsbriefe an die 70 Mitglieder gingen pünktlich raus. Einige meldeten sich dann aus krankheits- oder privaten Gründen ab. Vielen der Älteren wird es auch in Zukunft nicht mehr möglich sein, an solch einer Veranstaltung teilzunehmen. Es kamen dann doch 27 Gäste zum Treffen in die Frisch-Auf-Gaststätte, darunter auch unsere über 90-jährige Frau Scheuing.

Nach einer fröhlichen, von vielen Gesprächen unterbrochenen Kaffeerunde eröffnete unser Vorstandsmitglied Wolfgang Korn den bunten Herbstnachmittag. Er begrüßte alle Anwesenden, darunter natürlich auch die Ehrengäste, Herrn und Frau Bayreuther vom BdV in Göppingen. Er richtete Grüße aus von verschiedenen entschuldigten Mitgliedern, unter anderem von unserem Ehrenvorsitzenden Günter Rudat und seiner Frau Maria, von Ursula Gehm aus Schwäbisch Hall, Sybille Drebing aus Tübingen sowie von der Landesfrauengruppenleiterin Uta Lüttich aus Stuttgart. Mit dem Herbstgedicht „Apfelkante“ und dem gemeinsam gesungenen Lied „Bunt sind schon sie Wälder“, schloss Korn seine Begrüßung ab.

Nun berichtete Margit Korn über die Landesdeligierten- und Kulturtagung vom September in Stuttgart, an der Sie mit unserer Frauengruppenleiterin, Vera Pallas, teilgenommen hatte. Danach wurden Herbstgedichte, teilweise in ostpreußischer Mundart, von den Mitgliedern unter viel Beifall vorgetragen. Im Wechsel sangen wir dann bekannte Herbstlieder, wie „Hoch auf dem gelben Wagen“.

Nach einer kurzen Pause und zwei weiteren schönen Herbstgeschichten, vorgetragen von Magdalena Lutz und Gretel Hauke, übernahm Korn wieder das Wort. Er rief nun unsere Jubilare nach vorne, und überreichte ihnen ihre Urkunden für langjährige Treue zur Landsmannschaft. Magdalena Lutz für 15 Jahre, Susanne und Klaus D. Rudat für je 35 Jahre treue Mitgliedschaft. Unter großem Beifall überreichte Margit Korn den Jubilaren einen Herbststrauß.

Jetzt folgte ein ganz besonderer Programmpunkt. Ein Reisebericht über das Baltikum von Familie Korn, der in Tallin begann. Sie waren im Juli mit einem Mannheimer Gesangsverein unterwegs gewesen, und berichteten nun in wunderschönen Bildern von dieser Reise. Leider mussten wir den Rest des Reiseberichtes verschieben, denn unsere Wirtsleute begannen unser Essen aufzutragen. Dieses wollte sich keiner entgehen lassen, denn es gab Königsberger Klopse mit Salzkartoffeln und Kapernsoße. Als dann die ersten Fahrdienste kamen, um ihre Lieben abzuholen, bedankte sichKorn nochmal bei Allen für einen schönen Nachmittag, und wünschte ein gesundes Wiedersehen am zweiten Adventssonntag zu unserer Weihnachtsfeier.

I. Meister

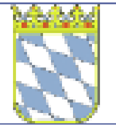
Ludwigsburg – Dienstag, 20. Oktober, 15 Uhr, Kronenstuben 2: Stammtisch in den Kronenstuben.

Reutlingen – Sonnabend, 10. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Erntedankfest mit Tombola. Bitte Gewinne bei Ilse Hunger, Steinbachstraße 54, Reutlingen, abgeben. Mit Kaffee und Kuchen leiten wir das Programm ein. Die Damen des Vorstandes werden uns mit Darbietungen erfreuen. Für den Erntegabentisch bitten wir noch um Spenden von Gemüse und Obst. Mitglieder, Familien und Freunde unserer Heimat sind herzlich dazu eingeladen.





Kitzingen: Am Gedenkstein Bild: privat



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 23. Oktober, 19 Uhr, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Heimatliches Essen. Serviert werden „Heilsberger Keilchen mit Spirkel“. Beim anschließenden Heimatabend geht es um „Brauchtum aus Pommern, Ost- und Westpreußen“.

Bamberg – Mittwoch, 21. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Erntedankfeier.

Kitzingen – Freitag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Gasthaus „Bären“, Kleinlangheim: Erntedankfeier. Es werden Fahrgemeinschaften gebildet, daher ist eine Anmeldung unter Telefon (09321) 4405 unbedingt notwendig.

– Bericht –

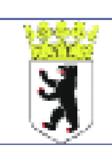
Alljährlich gedenken die Landsmannschaften der Heimatvertriebenen in Kitzingen vor dem alten Friedhof ihrer Landsleute, die sie auf der Flucht verloren oder die später in der neuen Heimat starben. Der Kreisvorsitzende Claus Lux hatte zum Gedenken eingeladen und stellte fest, dass die Zahl der Teilnehmer immer geringer wird. Am Gedenkstein für die Vertriebenen aus Ost-/Westpreußen, Schlesien und dem Sudetenland gedachte Albina Baumann der Toten. Sie würden von den Angehörigen weiter in den Herzen getragen, gleichgültig, ob sie gefallen, auf der Flucht umgekommen oder später gestorben seien.

Bei der Feier im Landratsamt erklärte der Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib, warum er sich als Sohn einer heimatvertriebenen Mutter für die Landsmannschaften einsetze. Halbleib ist vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag. Mit Blick auf die Vertreibung betonte er, dass ein Staat mit vielen Volkszugehörigkeiten wie damals nur schwer zu beherrschen sei. Mit dem Thema habe er sich besonders intensiv beschäftigt, auch weil es ein zentrales Thema in der Gesellschaft sei. Halbleib räumte ein, dass Deutschland und speziell Bayern ohne die Heimatvertriebenen ganz anders aussähen. Er forderte, dass junge Menschen auch mit diesem Teil der Geschichte eines zusammenwachsenden Europa aufwachsen sollten. Gleichzeitig wünschte er sich Brückenbauer, denn gerade Osteuropa tue sich als Nachwirkung der kommunistischen Zeit mit den derzeit ankommenden Flüchtlingen besonders schwer. Heimatvertriebene seien jedoch die Ersten gewesen, die Vorbehalte und Bedenken abbauten und die heute bereit stehen, Brücken zu bauen.

Der stellvertretende Landrat Finster unterstrich die in diesen Tagen mit erneut Tausenden von Flüchtlingen besondere Bedeutung des Tages der Heimat. Ostpreußische Wurzeln hat auch Kitzingens Bürgermeister Klaus Heisel. Er betonte, dass Kitzingen für viele Heimatvertriebene zur neuen Heimat geworden sei. Der Männerchor Willanzheim untermalte die Feierstunde mit wunderschönen Liedern der „neuen Heimat am Main“. Waltraud Patz trug die Geschichte: „Die Reise nach Königsberg“ vor, die einige zu Tränen rührte.

Für den Bund der Vertriebenen zeichnete der Kreisvorsitzende Claus Lux Albina Baumann mit der silbernen Ehrennadel aus. Baumann hatte erste Schritte bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland unternommen und mit ihrem Einsatz die Arbeit aller Landsmannschaften wiederbelebt.

Nach der Feierstunde ging es in den herbstlich geschmückten Gewölbekeller des Landratsamtes zum gemütlichen Beisammensein.“



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Feier zum 65-jährigen Bestehen der Kreisgruppe und zum 50, Jubiläum der Fahnenweihe und Erntedankfeier. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033763) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

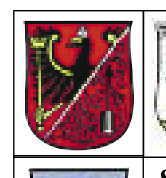


Rastenburg – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Erntedankfest. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

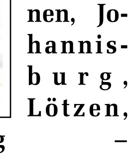


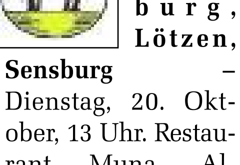
Frauengruppe – Mittwoch, 14. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10694 Berlin: Gespräche zum Erntedank. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

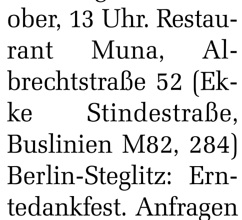
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



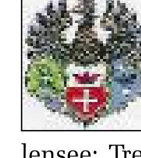








Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg Dienstag, 20. Oktober, 13 Uhr. Restaurant Muna, Albrechtstraße 52 (Ecke Stindestraße, Buslinien M82, 284) Berlin-Steglitz: Erntedankfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – Freitag, 23. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



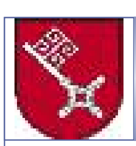
Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102: Treffen. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19

Ingo von Münch kommt nach Dissen

„Die Wahrnehmung oder Nichtwarnung der Deutschen als Opfer“ heißt der Vortrag von Ingo von Münch am 15. Oktober im Waldgasthof Röwekamp im niedersächsischen Dissen am Teutoburger Wald. Von Münch, ist ehemaliges Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und Träger des „Kulturpreises für Wissenschaft“ der Ostpreußischen Landsmannschaft. Der Vortrag beginnt um 19.30 Uhr. Informationen: Louis-Ferdinand Schwarz, Telefon (05421) 1325.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Donnerstag, 15. Oktober, 15 Uhr, Großer Salon, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz, 28215 Bremen: „Von Einheimischen und Flüchtlingen – Calenberger Dorfgeschichten aus der Nachkriegszeit" berichtet Klaus Papies. Der Eintritt ist frei! Das unter dem gleichen Titel erschienene Buch kann vom Autor erworben werden.

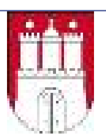
– Ankündigung –

Wir wollen am Mittwoch, 9. Dezember, das neu eröffnete Westpreußische Landesmuseum in Warendorf besuchen. Das Programm lautet wie folgt: Abfahrt in Bremen: ZOB um 8 Uhr, Ankunft in Warendorf zirka 10.45 Uhr, sodann 11 Uhr bis 12.30 Uhr: Führung im Westpreußischen Landesmuseum. 12.30 Uhr: Spaziergang zum Mittagessen (zirka 500 Meter), kein Bustransfer möglich, 13 bis 14.30 Uhr: Mittagessen (Büfett!). Ab 14.30 bis 16 Uhr: Zeit zur freien Verfügung im Warendorfer Weihnachtswäldchen. Um 16 Uhr Rückfahrt nach Bremen, um etwa 19 Uhr Ankunft in Bremen.

Preis pro Person: 42 Euro. Leistungen: Fahrt, Eintritt und Führung im Museum, Mittagsbüfett

Anmeldungen direkt bei JWD-Busreisen (Frau Venderbosch, Telefon 0421/4854633) und in der Geschäftsstelle der Landsmannschaft (donnerstags von 15 bis 17.30 Uhr).

Der Vorstand hat den Beschluss gefasst, den Mitgliedern unserer Landsmannschaft einen Zuschuss von 20 Euro für diese Fahrt zu gewähren. Diese Ermäßigung wird nach Bestätigung der Mitgliedschaft durch unsere Geschäftsstelle sogleich vom zu zahlenden Reisepreis abgezogen



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 22. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat: Gruppenleitertreffen.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

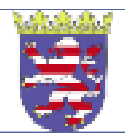


Osterode – Wir laden ein zu unserer Erntedankfeier am Sonnabend, dem 10. Oktober, in das Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, Magnolienzimmer. Das Restaurant liegt direkt am S- und U-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gemeinsames Herbstlieder-Singen steht ebenfalls auf dem Programm. Spenden für unseren Erntetisch nehmen wir gerne entgegen. Der Eintritt ist frei.



Gumbinnen, Heiligenbeil – Die Heimatkreisgruppen Gumbinnen und Heiligenbeil feiern ihr Herbstfest gemeinsam am 17. Oktober im Traditionshaus Lackemann, Hinterm Stern/Ecke Litzowstieg. Beginn ist um 14 Uhr. Dazu sind alle Mitglieder der Landesgruppe Hamburg e.V. und Freunde Ostpreußens eingeladen. Wir wollen gemeinsam einige frohe und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Es wir auch ein Film gezeigt: „Ostpreußen und seine Trakehner".

Sie erreichen das Traditionshaus mit der U1 bis Wandsbek-Markt. Zu Fuß geht es über die Wandsbeker Marktstraße und den Durchgang Hinterm Stern (zwischen Wandsbek-Quarre und Hotel Tiefental) und dann sehen Sie schon das Traditionshaus Lackemann. Anmeldung bis zum 15. Oktober bei den Sprechern der Gruppen, den Landsleuten Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784 und Konrad Wien, Telefon (040) 320490.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Darmstadt-Kranichstein: An diesem Nachmittag hält Karla Weyland ihren Lichtbildervortrag „Auf unserer Wiese gehet was". Herr Fischer wird die Teilnehmer wieder musikalisch beim Singen der Herbstlieder unterstützen. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und hoffen auch viele Gäste begrüßen zu können.

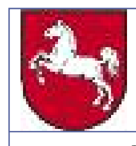
– Bericht –

Nach langer Sommerpause war unsere erste Veranstaltung sehr gut besucht. Auch eine Anzahl lieber Gäste konnten wir begrüßen. Nach der Kaffeetafel zu der unser Diamanthochzeitspaar Ruth und Karl Lask eingeladen hatten und der Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde, wie bereits angekündigt, der Beitrag „eine Reise nach Ostpreußen" durch Hannelore Neumann und Gerhard Schröder vorgetragen. In Bild und Wort, unterstützt durch das Insterburger Ehepaar Rainer und Renate Buslaps, die die Reise nach Ostpreußen organisiert hatten, war dies ein gelungener und informativer Vortrag.

Die Bilddokumentation war so umfangreich, dass man eindrucksvoll sowohl die Erneuerung der alte Heimat,als auch die noch vorhandenen alten Gebäude erkennen konnte. Nach dieser gelungenen Vorstellung verabschiedete man sich mit dem Hinweis auf unser nächstes Treffen zum Erntedankfest am 10. Oktober. Die Einladungen für das IV. Quartal 2015 werden termingerecht verschickt.

Gelnhausen – Sonntag, 11. Oktober, 10 Uhr, Martin-Luther-Kirche, Würzburger Straße, Bad Orb: Die Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler treffen sich, um gemeinsam ihren Heimatgottesdienst zu feiern.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Erntedank-Nachmittag. – Donnerstag, 15. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Weitere Informationen: Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Ein unermüdlicher Kämpfer für seine ostpreußische Heimat wird 95 Jahre alt. Horst Neumann ist das Geburtstagskind. Er wurde am 15. Oktober 1920 in dem kleinen ostpreußischen Bauerndorf Paplaken geboren. Es sah zu dieser Zeit wirtschaftliche und politisch in Deutschland recht düster aus. Durch den verlorenen Ersten Weltkrieg und vor allem durch den am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Vertrag kamen Belastungen auf die junge Republik und deren Wirtschaft zu, die so nicht zu bewältigen waren.



Horst Neumann: 95 Jahre alt und seit 27 Jahren Kassenwart in Braunschweig Bild: privat

Paplaken gehörte zum Kirchspiel Saalau. Im Zuge von Zusammenschlüssen von Landgemeinden wurde das Dorf mit Wirkung vom 30. September 1928 ein Ortsteil von Gnottau im Kreis Insterburg. Die Eltern des Jubilars, Franz und Emma Neumann geborene Perlbach besaßen in Paplaken einen Bauernhof mit 36 Hektar beziehungsweise 144 Morgen Land.

Zunächst schien alles seinen vorbestimmten Weg zu gehen. 1927 erfolgte die Einschulung in die Volksschule Paplaken bei Lehrer Fritz Paulat. Nach acht Jahren Volksschule war für 1939 der Besuch der Landwirtschaftsschule vorgesehen, nachdem der ältere Bruder Hans auf die Übernahme des Hofes verzichtet hatte. Durch den Kriegsbeginn am 1. September 1939 kam alles anders. Dem Arbeitsdienst im Jahr 1940 folgte die Einberufung im April 1941 und der Kriegseinsatz. Fast wäre es gutgegangen. Doch kurz vor Kriegsende, am 20. April 1945, ereilten Horst Neumann Verwundung und russische Kriegsgefangenschaft. Aufgrund der Verwundung war er für die Zwangsarbeit nicht tauglich und wurde im November 1945 entlassen.

Wie bei fast allen Kriegsteilnehmern, die nicht zurück in ihre Heimat konnten, gab es auch für Horst Neumann eine Reihe von Zwischenstationen, bis Braunschweig zur dauerhaften Bleibe wurde. Im Oktober 1947 erste

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BDEEE NRRUW · EFRT · AAERW · LLNU · AADIR · ABRU · EEIR · ADIR · ARRSU · AAR · AELL ST · DIIL QU · BEI

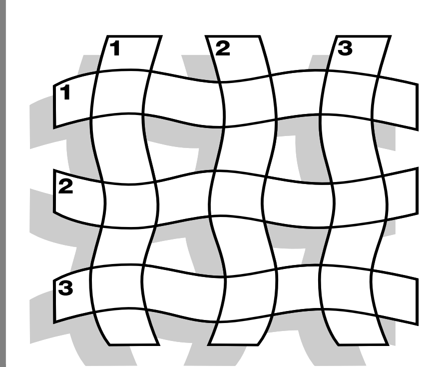
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine ölhaltige Frucht.

1	HART		FIGUR
2	BUERO		FEHLER
3	SAHNE		FORM
4	FACH		STAND
5	HAGEL		ROMAN
6	EIS		STAAT
7	ZAUBER		PECH

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Heilbad im Weserbergland
2 Beamter des gehobenen Dienstes
3 Hochtal in der Schweiz

Schwedenrätsel (Fragen): italienisch: Liebe · Anzeichen, Anhaltspunkt · Staat in Südamerika · hölzerner Maßstab · Säugetierordnung · das Schwäbische Meer · gut zu entziffern · Nährmutter · Schwimmsteg, Brückenschiff · Deck-, Künstlername · Feuerkröte · Verkehrsstockung · Feingewicht für Edelmetalle · deutsche Ostseeinsel · vermengen · Hauptsitz der griech. Götter · österr. Autorin, Pazifistin (Bertha v.) · Bewohner einer italienischen Insel · Stadt in Norditalien · Flachs, Faserpflanze · ein Baumwollgewebe · europäischer Strom · leeren, schütten · kleine, viersaitige Gitarre · unterster Stabsoffizier · Kontenabschluss · Auslegung, Deutung · Steigen und Fallen des Wassers · Garant · stetig fließen, laufen · Gegner · Verkaufsstand · Kalifenname · ital. Künstler (Leonardo da) · Haushaltsplan · saftige Kernfrucht · leitender Beamter einer Behörde · zusammenfügen · Bund, Zusammenschluss · chemisches Zeichen für Tellur · plötzlicher Zorn (ugs.) · Edelstein, ein Beryll · besitzanzeigendes Fürwort · Druckbuchstabe · abwegig, fälschlich · Gemütsart, Veranlagung · Roll- und Eiskunstlauffigur · Fahrt mit einem Segelboot · Kfz-Zeichen Krefeld · unbestimmter Artikel · Stierkämpfer · Hausvorbau · Nutzboden, Feld · später Nachkomme · übertriebene Sparsamkeit · Vorname der Garbo · altindischer Gott · Bruder Gunthers (Nibelungen) · Alkohol, Weingeist · Gewandtheit durch Erfahrung · dicht bei, seitlich von · vollendete Entwicklung · Nuss- oder Mandelkonfekt · Indianerzelt, -hütte · ausbessern, instand setzen · ein Gewürz · Fluss zur Aller (Oberharz) · Großvater · zusätzlich, darüber hinaus · ein Europäer · Affodillgewächs, Heilpflanze · spanische Anrede: Frau · Betreuung, Fürsorge · Ringelsaugwurm · russ. Schriftsteller (Nikolai) · baumlose Graslandschaft · unverheiratet · nicht sauer, bitter, salzig · enthaltsam lebender Mensch · Rabenvogel · schweiz. Kurort im Kanton Bern · Hab-, Raffsucht · Pleite, Blamage · luftförmiger Stoff · herbei, hierher (ugs.) · Kletterpflanze · Dunst über Großstädten · undichte Stelle · Kfz-Zeichen Hildesheim · unentschlossen · Hafenstadt in Marokko · Gebäudestütze · fressen (Wild) · Baustoff; Verbandmaterial · Lebewesen

PAZ15_41

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: BEWUNDERER / RASUR ARA / FR LIQUID / STELLA BEI

Mittelworträtsel: 1. Porzellan, 2. Material, 3 Pudding, 4. Kenntnis, 5. Schauer, 6. Wiesten, 7. Kuenstler – Erdnuss

Magisch: 1. Pyrmont, 2. Amtsrat, 3. Engadin

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 20

feste Arbeit bei der (noch) Deutschen Reichsbahn in Gleidingen und ab 1949 in Braunschweig, jetzt schon bei der Deutschen Bundesbahn. Der Besuch der Eisenbahnfachschule war sowohl Voraussetzung wie auch die Befähigung für den Einstieg in den mittleren Dienst einer Beamtenlaufbahn. Die durch die Verwundung verbliebenen körperlichen Beeinträchtigungen machten auf ärztliches Anraten eine vorzeitige Pensionierung 1979 mit erst 59 Jahren erforderlich.

Die aktive Zeit in der Landsmannschaft Ostpreußen begann am 1. Mai 1985 mit dem Eintritt in die Ortsgruppe Braunschweig. Das war vor exakt 30 Jahren. Schon bald wurde er in den Vorstand gewählt. Seit Ende 1988 ist er Kassenwart in der hiesigen Ortsgruppe – und das sind nun auch schon fast 27 Jahre Vorstandsarbeit. Wenn man die Teilnehmerlisten der Monatsversammlungen auswerten würde, stände Horst Neumann an der Spitze mit den wenigsten Fehltagen. Seine Verbundenheit zu Ostpreußen hat er ferner durch zahlreiche Teilnahmen an Heimattreffen und den Besuch seines Heimatdorfes in den Jahren 1992, 1993, 2001 und 2004 bekundet. Trotz seiner nun 95 Jahre hat er den vollen Über- und Durchblick und die Vereinsfinanzen fest im Griff. Wir können uns heute noch keinen besser geeigneten Finanzverwalter vorstellen.

Wir wünschen Horst Neumann noch viele Jahre bei guter Gesundheit im Kreise seiner Familie und im Kreis seiner ostpreußischen Landsleute.

Fritz Folger, Vorsitzender der Ortsgruppe Braunschweig.

Hannover – Freitag, 16. Oktober, 14.30: Gemeinsames Herbstfest mit der Pommern-Gruppe in unserem Lokal.

Osnabrück – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 20. Oktober, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 27. Oktober, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises

Dortmund – Montag, 19. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Heimatliches Beisammensein. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland" unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 17. Oktober, GHH/Eichendorff-Saal, Bismarckstraße: Erntedank. – Dienstag, 20. Oktober, 18 Uhr: Einladung der sudetendeutschen Landsmannschaft zu einem Vortrag über das Erbrecht und die Patientenverfügung (Der Vortrag wird am 27. Oktober wiederholt). – Sonnabend, 24. Oktober, 10 Uhr: Herbstkulturveranstaltung in Oberhausen..

Ennepetal – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Rosine: Erntedankfest der LO. – Donnerstag, 15. Oktober, 16 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung der LO. – Sonntag, 24. Oktober, 10 Uhr: Deligiertenversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen in Oberhausen.

Essen – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wir feiern das Erntedankfest.

Neuss – Sonntag, 4. Oktober, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

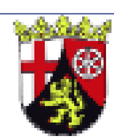
Remscheid – Einladung zum Kultur-Nachmittag ins „mk"-Hotel, am Hauptbahnhof, Bismarckstraße 39 am Donnerstag, dem 15. Oktober, Beginn 14.30 Uhr. „Ännchen von Tharau, ihr Leben, ihr Lied, ihre Kirche gestern und heute" – unter diesem Titel steht im Rahmen unserer monatlichen Ostpreußenrunden die Kulturveranstaltung, zu der wir hiermit herzlich einladen. Dieser Nachmittag verspricht ein besonderes „Schmankerl" zu werden. Wir konnten die Damen Annette Subroweit mit ihrer schönen Stimme und Betty Römer-Götzelmann (Interpretin) gewinnen. Gemeinsam mit Hans-Joachim Pergande (Akkordeon) gestalten sie den ersten Teil des Nachmittags. Während der anschließenden Pause bietet das „mk"-Hotel Kuchen und wahlweise belegte Schnittchen an. Im darauffolgenden zweiten Teil wird uns Ehrenfried Mathiak vom Glanz, Untergang und Wiederauferstehen der Tharauer Kirche in Wort und Bild berichten, für deren Erhalt er sich sehr einsetzt.

Um Anmeldung wird gebeten bei Beeck, Telefon (02191) 51103, oder Pokropowitz, Telefon (02191) 62070, E-Mail: kaefermanfred@t-online.de oder Nagorny, Telefon (02191) 62121. Der Eintritt ist frei, Spenden sind uns sehr willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme. Bringen Sie auch gerne Freunde und Nachbarn mit!

Viersen-Dülken – Sonnabend, 17. Oktober, 15 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Erntedankfest. Auch in diesem Jahr wird für das leibliche Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos sieben Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden bis zum 16. Oktober erbeten (An der Hees 15). Anlässlich unseres 65-jährigen Bestehens erfreut uns das „Akkordeonorchester Waldniel" mit einem volkstümlichen Musikreigen. Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das Fortbestehen unserer Gruppe und ist herzlich willkommen!

Wesel – Sonnabend, 10. Oktober, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Die Kreisgruppe führt ihr Erntedankfest durch mit verschiedenen Darbietungen. Natürlich steht auch die beliebte Tombola auf dem Programm. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Anmeldungen bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 19. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Klaviervortrag zum Thema „Eine muskalische Reise in das Land der Sehnsucht".



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

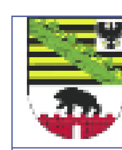
Mainz/Stadt – Donnerstag, 15. Oktober: Spaziergang am Kasteler Rheinufer zur Maaraue. Treffpunkt: 14 Uhr, Mainz-Kastel, vor dem Restaurantschiff.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 17. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 12. Oktober, 14 Uhr, Krötenhof: Erntedank.

Gardelegen – Freitag, 16. Oktober, 12 Uhr, Waldgaststätte Lindenthal: Erntedankfest und Schlachtfest mit Programm.

Magdeburg – Sonntag, 11. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Erntedank mit Grillfest. Dienstag, 13. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 23. Oktober, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – „Erntedank – der Dank an Gott für die Ernte", unter diesem Motto feiert die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig mit Pastor Michael Franke am Dienstag, dem 13. Oktober, um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 18. Oktober, 12 Uhr: Filmvorführung und anschließender Vortrag von Herrn Lehnert. Das Thema an diesem Tag lautet „Rübezahl" – eine Sagengestalt aus dem Riesengebirge. Anschließend gibt es ein gemeinsames Essen. Weitere Informationen unter Telefon (04101) 62667.

Ein wenig Wehmut – das Geschichtsseminar der LO



Gruppenbild mit Pferd, unter diesem Motto versammelten sich die über 40 Teilnehmer des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 25. bis 27. September im Ostheim in Bad Pyrmont vor der Bronzeplastik des Trakehnerhengstes Hessenstein. Ein wenig Wehmut kam trotz des „Kaiserwetters" auf, denn es war das letzte Geschichtsseminar im Ostheim. Ende des Jahres schließt nach 57 Jahren die traditionsreiche Jugendbildungs- und Tagungsstätte der Landsmannschaft Ostpreußen ihre Pforten.

Der besondere Dank der Teilnehmer galt dem Heimleiterehepaar Veronica und Ralph Winkler, das wie gewohnt für einen reibungslosen organisatorischen Ablauf und für das leibliche Wohl der Gäste gesorgt hatten, sowie dem LO-Bundesgeschäftsführer Sebastian Husen für die Zusammenstellung des Programms und die Leitung des Seminars.

Auf dem Programm der aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregerung für Kultur und Medien geförderten Veranstaltung standen Vorträge zu folgenden Themen: Die Bedeutung der Freien im Ordensland Preußen (Dr. Grischa Vercamer), Das Rittergut Truntlack 1446 bis 1945. 499 Jahre Geschichte eines ostpreußischen Gutes (Dr. Wulf D. Wagner), Die „Blutbibel" des Friedrich Freiherr von der Trenck (Professor Werner Vogel), Königin Luise von Preußen 1776 –1810 (Dr. Jürgen W. Schmidt), Gutsherren, Bauern und unterbäuerliche Schichten im Samland nach der „Bauernbefreiung" (Dr. Martina Mettner), Studentische Korporationen in Königsberg (Professor Rüdiger Döhler), Letzte Fahrten der Deutschen Reichsbahn 1945 – von Berlin nach Königsberg und von Königsberg nach Berlin (Dr. Walter T. Rix).

Das Geschichtsseminar 2016 findet vom 9. bis 11. September in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt.

Lebensfrohe Seniorinnen-WG

Leben wie im Märchenschloss – Immer mehr betagte Bürgerinnen zieht es im Alter in ein Damenstift

Damenstifte als alternative Lebensform für Frauen im Alter sind wieder attraktiv. Darauf deuten die langen Wartelisten für den Beitritt zu diesen Lebensgemeinschaften hin.

Wer will seinen Lebensabend schon zurückgezogen und allein verbringen? Im Zusammenhang mit unserer alternden Gesellschaft wünschen sich immer mehr Seniorinnen Alternativen zum Alleinwohnen. Unter Gleichgesinnten bietet sich besonders in Damenstiften die Möglichkeit des Austauschs, des Gebens und Nehmens.

Der Eintritt in ein konfessionell gebundenes Stift beruht zuvorderst auf dem Wunsch nach einem intensiveren religiösen Leben. Evangelische Damenstifte gibt es heute noch in Nordwestdeutschland, einige davon sind nach wie vor dem Adel vorbehalten. Sie gingen in der Regel nach der Reformation aus Nonnenklöstern hervor, deren Gründung bis zu 1000 Jahre zurückliegt. Indessen existieren die adeligen evangelischen Frauenstifte Mitteldeutschlands in dieser Form nicht mehr. Eine weitere Institution sind Frauenstifte, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert meist von gutsituierten bürgerlichen Witwen gegründet wurden. Zwar sind auch bei diesen Einrichtungen die Plätze rar gesät, doch wer sich beizeiten in eine Warteliste eintragen lässt, hat gute Chancen, nach einigen Jahren aufgenommen zu werden.

Zu den konfessionell nicht gebundenen Gründungen zählt das Hamburger Nyegaard-Stift. Selbst vielen Hamburgern ist das Damenstift im Stadtteil Altona kein Begriff, obwohl das weitläufige, schlossartige Anwesen an einer viel befahrenen Verbindungsstraße zwischen dem Stadtteil Altona und dem Stadtteil Sternschanze in der Nähe des Altonaer Bahnhofs liegt. Im Auftrag der Altonaer Beamtenwitwe Hedwig von Nyegaard geborene Müller (1812–1898) wurde das von ihr gegründete und nach ihr benannte Damenstift 1899 bis 1901 vom Berliner Architektenbüro Kühn & Baumgarten erbaut, das als Sieger aus einem reichsweit ausgeschriebenen Architekturwettbewerbs hervorgegangen war. Es entstand eine dreiflügelige Anlage im Stil der Neorenaissance, die einen parkartigen, nach einer Seite hin offenen Hof umschließt. Die Fassade ist mit Türmen, Erkern, Loggien und Sandsteinornamenten verziert. Das Gelände ist von einem schmiedeeisernen Zaun mit gemauerten Pfosten und Toren umgeben.

Seit über 100 Jahren finden hier Frauen mit geringem Einkommen eine Heimstatt. Ursprünglich war das Mindestalter für den Eintritt nicht wie heute auf 60 Jahre festgesetzt, da die „Nyegaard'sche Stiftung“ nach dem Willen der Stifterin mit dem Zweck ins Leben gerufen wurde, Witwen und Töchter unvermögender Offiziere, von Beamten, Geistlichen sowie generell aus den „gebildeten Ständen“ zu unterstützen, die dessen „bedürftig und würdig“ waren. Hier konnten sie kostenfrei wohnen und erhielten zum Teil Kostgeld.


Wohlfühloase und Rückzugsort im Alter: Das Nyegaard-Stift in Hamburg-Altona — Bild: tws

Hedwig Nyegaard war es zu Herzen gegangen, dass Witwen und alleinstehende Frauen „aus den gebildeten Schichten“ ihren Lebensunterhalt nicht oder nur mühsam bestreiten konnten, wenn sie kein oder nur ein geringfügiges Einkommen hatten. Meist wohnten sie bei ihren Familien, wo sie oft nur geduldet waren und manche Zumutung ertragen mussten. Nyegaard lebte fast 50 Jahre als Witwe in Altona, jedoch in allerbesten Verhältnissen aufgrund eines von ihrem Vater, einem Justizrat, geerbten Millionenvermögens.

In der Weltwirtschaftskrise ging das gesamte Stiftungskapital verloren, sodass die Stiftung nicht mehr in der Lage war, die aus 13 einzelnen Gebäuden bestehende Anlage zu unterhalten. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Anwesen beschädigt und nach dem Krieg zum Teil nur in einfacher Form wieder aufgebaut. Bis zum Jahr 2000 fanden keine grundlegenden Sanierungen statt. Seinerzeit wohnten nicht nur alte Damen im „schwarzen Schloss“, das wegen der nachgedunkelten Fassaden so hieß, sondern einige der 50 Wohnungen wurden aus Geldnot an Studenten vermietet.

Nachdem das gesamte Ensemble 2004 unter Denkmalschutz gestellt worden war, gab das Hamburger Denkmalamt ein Gutachten zur Projektentwicklung und Finanzierung der Sanierung in Auftrag. Mit öffentlichen und privaten Mitteln wurde das umfassende Sanierungsvorhaben 2009 bis 2012 durchgeführt. Durch den Ausbau der Dachgeschosse gehören nun zum Nyegaard-Stift insgesamt 71 barrierefreie Zweizimmer-Wohnungen, teilweise mit Balkon.

Die Bewohnerinnen bilden eine lebendige Gemeinschaft. Sie helfen sich gegenseitig, pflegen selbst ihren Park und organisieren Aktivitäten. Die Warteliste für die Aufnahme ins Nyegaard-Stift ist lang, es sollen 200 Namen darauf stehen.

Außer den Evangelischen Damenstiften in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die von der Schleswig-Holsteinischen und Bremischen Ritterschaft sowie dem Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds verwaltet werden, gibt es in Niedersachsen unter den konfessionell gebundenen Institutionen vier freie Stifte. Sie stehen unter der Rechtsaufsicht des Präsidenten der Klosterkammer Hannover, werden aber nicht von der Klosterkammer finanziert. Eines davon ist das ehemals adelige Damenstift Obernkirchen, als evangelisch-lutherisches Damenstift eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Hervorgegangen aus einem 1164 gegründeten Augustiner-Chorfrauenstift, ist das Stift Obernkirchen im Kreis Schaumburg eine der ältesten niedersächsischen Gründungen. Zeit ihres Bestehens war die Anlage belebt und wurde genutzt. Heute versteht sich das Stift, genannt „das Kapitel“, als Modell für eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft alleinstehender Frauen, die ein bedeutendes Geschichts- und Baudenkmal betreuen.

Die sieben Stiftsdamen zahlen keine Miete, sondern nur die Nebenkosten für ihre Wohnung. Je nach Interessenlage und Fähigkeiten übernehmen sie Aufgaben für das Stift und führen Besucher durch die weiträumige Anlage. Ihr Privatbereich ist der Stiftsgarten. Die Deckung der laufenden Kosten des Stiftes wird aus den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung erwirtschaftet.

Die Gebäude des ehemaligen Klosters umfassen den ältesten Teil der Stadt Obernkirchen. In der heutigen Form stammen die schlichten Sandsteingebäude aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Ihre Verzierung ist die Struktur der Steine in ihren unterschiedlichen Farbtönen. Eine Besonderheit sind die riesigen, steilen, mit rötlichen Sollingplatten gedeckten Dächer. Die Stiftskirche St. Marien aus dem 14. Jahrhundert, die dem Ort den Namen gab, schließt den Stiftshof nach Norden hin ab. Von den Stiftsgebäuden aus ist sie über die Stiftsdamen-Empore, genannt Prieche, zugänglich.

Wenn auch im Hinblick auf Tradition und Sitte der Damenstifte erhebliche Unterschiede bestehen, so ist doch allen eine Lebensform der Entschleunigung mit sinnstiftender Tätigkeit gemeinsam. *D. Jestrzemski*

Adeliger Forscherdrang

Wegbereiter des Mallorca-Tourismus – 1915 starb Ludwig Salvator

Zeit seines Lebens unterwegs auf abgelegenen Pfaden, fern des Wegs, den die Gesellschaft für ihn vorgesehen hatte, widmete sich der 1847 in Florenz geborene Ludwig Salvator mit Hingabe seiner Leidenschaft: den naturwissenschaftlichen Studien. Die Erkundung der Natur war für ihn Aufgabe und Lebenselixier zugleich.

Dem Titel nach Erzherzog von Österreich, Prinz von Toskana entschied sich der zweite Sohn von Leopold II. und dessen Gemahlin Maria Antonia von Neapel-Sizilien für ein Leben in bescheidenem Stil. Weder führte er einen großen Hof noch kleidete er sich aufwendig. Doch verzichtete er dabei keineswegs auf die ihm zustehende Apanage. Er verwendete das Geld für Studienreisen, die ihn unter anderem zu den norwegischen Fjorden, nach Schweden, Dänemark, England, aber auch nach Gibraltar führten. Besonders gern erkundete der Naturliebhaber mit seiner Jacht „Nixe“ den Mittelmeerraum, und hier vor allem die Balearen.

Auf den ersten Blick scheint es heute überraschend, dass sich der junge Erzherzog für ein Leben als Forschungsreisender entschied, statt eine Militärkarriere einzuschlagen. Erst auf den zweiten Blick erschließt sich die Logik dieser Entwicklung. Nicht rebellische Attitüde eines Enfant Terrible ist die Basis, sondern die Erziehung, die Salvator zuteil wurde. Die Naturwissenschaften wurden im Hause der habsburgisch-lothringischen Toskaner hoch geschätzt. Das Erziehungskonzept für die Nachkommen war entsprechend auf diese Disziplinen ausgelegt. Physik, Chemie, Botanik gehörten zur Wissensgrundlage. Vor diesem Hintergrund betrachtet, führte Salvator konsequent und in erweitertem Rahmen die Arbeit seiner Vorfahren weiter.


Ludwig Salvator — Bild: Archiv

Besonders geprägt hat er mit seinem Wirken Mallorca. Unter dem Pseudonym „Ludwig Graf Neudorf“ ließ er sich auf der Baleareninsel nieder. Über die Zeitspanne von 30 Jahren hinweg erwarb der Erzherzog zwischen Valdemossa und Dejà Grundstücke, bis er schließlich einen gesamten Küstenabschnitt von 16 Kilometern Länge sein Eigen nennen konnte. Für das Areal stellte er strikte Regeln auf: Kein Baum durfte gefällt, kein Haus gebaut und kein Tier getötet werden – das erste Naturschutzgebiet Mallorcas war geschaffen. Salvator wollte die Landschaft, die Natur erhalten, wie er sie vorgefunden und lieben gelernt hatte.

Gleichzeitig verfasste er Schriften und Bücher, die zum Ziel hatten, andere für diese Region zu begeistern. Reisende begannen sich für die Mittelmeerinseln zu interessieren, die Grundlage für den Balearen-Tourismus entstand. Heute finden sich noch in vielen mallorcinischen Orten Straßen, die nach dem toskanischen Prinzen benannt sind. Seine Lieblingsresidenz Son Marroig, auf der ihn auch Kaiserin Sisi, die Ehefrau seines Großcousins Kaiser Franz Joseph, besucht haben soll, ist öffentlich zugänglich. Eine von Salvator als Reitweg angelegte 13 Kilometer lange Route, die ihren Ausgangspunkt in Valdemossa hat, gilt heute als Rundwanderweg mit besonders spektakulären Aussichtpunkten. Bis zu seinem Tod vor 100 Jahren am 12. Oktober 1915 im böhmischen Brandeis hat Salvator einige Spuren hinterlassen. *Stephanie Sieckmann*

Angst vorm bösen Wolf

Furchtsame Tiere – Pumas machen einen großen Bogen um Wölfe

Als 1995 in den USA im Yellowstone-Nationalpark nach 60 Jahren wieder Wölfe angesiedelt wurden, galt das als großer Artenschutzerfolg. Die Rudel dezimierten flugs die Wapitihirsch-Population, den dortigen Erzfeind allen Baumaufwuchses, und hielten den Grizzlys damit Konkurrenz bei der Beeren-Ernte vom Leib. Zudem lockten sie indirekt Biber in den Park, denn die fanden jetzt junge Bäume als Nahrung und für ihre Bauten, während zuvor kaum ein junger Trieb dem Verbiss der Wapitis entgangen war.

Nur einer wurde in der Ökobilanz vergessen: der Puma. US-Wissenschaftler wiesen jetzt nach, dass den einzelgängerischen Großkatzen in der Region die Reviere ausgehen, weil sie die Wolfsrudel meiden. Denn Wölfe sind vor allem für junge Berglöwen eine tödliche Gefahr.

Wo Wölfe neu angesiedelt werden, ziehen sich Pumas konsequent zurück. Das fanden Forscher der auf den Schutz von Großkatzen spezialisierten New Yorker Organisation Panthera sowie zweier Naturschutzbehörden im US-Bundesstaat Wyoming heraus. Das Team um die Panthera-Biologen Patrick Lendrum und Mark Elbroch hatte über zehn Jahre hinweg in den Rocky Mountains Pumas mit Radio- und GPS-Halsbändern ausgestattet, Ortungsdaten gesammelt und ihre Aufenthaltsorte analysiert. Die Katzen waren zuvor unter Mithilfe von Suchhunden aufgespürt und mit Narkosegewehren betäubt worden. Von 28 Pumas wurden die Streifgebiete im Grand-Teton-Nationalpark im Süden des Yellowstone-Naturraums ausgewertet. Die Reviere der Wölfe waren den Biologen zuvor bekannt. Die Forscher wollten herausfinden, ob den Berglöwen der Schutz vor Wolf und Mensch wichtiger ist als ein gutes Futterangebot. Den Menschen fürchten Pumas von Natur aus, zudem werden sie in Wyoming außerhalb der Parkgrenzen gejagt.


Scheues Raubtier: Puma — Bild: Angell Williams

„Überall wählten Pumas Streifgebiete mit nur einem Sicherheitsmerkmal: Distanz zu Wölfen“, lautete das Ergebnis. Die Raubkatzen wählten als Revier stets die Areale mit dem besten Nahrungsangebot, es sei denn, Wölfe waren in der Nähe.

Die Forscher erstaunte, dass die Pumas nicht die Nähe zu Straßen und damit zu den Menschen scheuten. Wie sich zeigte, stehen die Großkatzen vor einem Dilemma. Die Straßen im Park folgen Gewässern, an denen sich wiederum Wild sammelt – die Beute der Pumas.

Der Wolfeffekt beeinträchtigt laut den Forschern die Überlebensaussichten junger Pumas sowie auch ihre Chancen, später neue Reviere zu finden. Damit gerate die ganze Populationsdynamik ins Wanken.

Pumas sind Generalisten bei der Wahl ihres Lebensraums. Gebirgswald, Halbwüste, Tropen, Steppe – jede Landschaft zwischen Kanada und Patagonien ist ihnen recht. So wurden sie zum Landsäugetier mit der weitesten Verbreitung in der gesamten westlichen Hemisphäre. Während Pumas in Mittel- und Südamerika durch Wilderei und Zerstörung von Lebensraum unter Druck stehen, breiten sie sich in den USA wieder nach Osten aus und sind in vielen Staaten des Mittleren Westens wieder heimisch. *Kai Althoetmar*



Verschleierte Kuheuter

Eine Bestandsaufnahme des IS

Warum nur macht er es seinen Lesern so schwer? Der Islamexperte und „Spiegel"-Nahostkorrespondent Christoph Reuter (47) legt ein Buch vor, in dem man bei etwaigen Neuauflagen die ersten 200 Seiten ersatzlos streichen sollte. Als konfuser Namenssalat ohne Sinn und Wert erscheint dieser Teil von „Die schwarze Macht. Der ‚Islamische Staat' und die Strategen des Terrors". „Namedropping" nennen Amerikaner solche Angeberei. „Namens-Tropfer" Reuter betreibt sie extrem.

Dabei hat er das nicht nötig, wie man angenehm überrascht ab Seite 197 feststellt. Da gibt es Kapitel, die solide recherchiert, gut formuliert und logisch strukturiert sind. Der Autor legt einige grundlegende Befunde vor: Der „Islamische Staat" (IS) hat sich wie seine Vorgänger (al-Kaida, Nusra und andere) aus den blutrünstigen Passagen des „koranischen Repertoires" eine Ideologie zusammengebastelt, die er brutal durchsetzt. „Er sieht die Menschen als Schafe. Man gewinnt sie eher durch Unterwerfung als durch Bekehrung", sagt Reuter, der nicht zufällig den IS „Stasi-Kalifat" nennt. und ihm „stasihaften Perfektionismus" attestiert.

Wie sich die Bilder gleichen: Die DDR durfte als souveräner „Staat" Feinde einkerkern und Grenzverletzer töten. Dito der IS. Anders als al-Kaida hat er sich tatsächlich ein Staatgebiet angeeignet, in dem seine Spitzel und Behörden, Sittenpolizisten und Killerteams allmächtig sind. Man muss ihnen blind gehorchen, mögen ihre Gebote auch noch so irre sein: „Schaufensterpuppen beider Geschlechter müssen schwarz verschleiert sein, um der Götzenanbetung vorzubeugen. Ersatzreifen sind verboten, denn das verstoße gegen das Vertrauen zu Gott. Auf dem Viehmarkt müssen die Euter der Kühe bedeckt sein. 3000 „fröhlich mordende Internationale" helfen, das Volk zu unterdrücken, schreibt Reuter. Tunesier seien „roh und anmaßend", fanatische Saudi-Araber die willigsten Selbstmordattentäter, weiß er zu berichten.

Die Innenseiten des Einbands zeigen Karten Syriens und des Nahen Ostens mit Hinweisen, wer wo dominiert. Anfang 2015 kontrollierte der IS 100 000 Quadratkilometer, je zur Hälfte auf syrischem und irakischem Terrain mit über fünf Millionen Menschen.

Als der IS Mitte 2014 die nordirakische Großstadt Mossul erobert hatte, war er die „reichste Terrororganisation der Welt". Das hat sich inzwischen geändert: Die Ölförderung – bis September 2014 waren es 70 000 Barrel pro Tag – sinkt. Die Kraftwerke laufen nur noch phasenweise. Schutzgelderpressungen, die bis Juni 2014 monatlich mindestens zwölf Millionen US-Dollar einbrachten, waren in dem Moment am Ende, da die Untergrundmafia selbst zum Staat wurde. Verwaltung, Versorgung, Müllabfuhr, Gesundheits- und Schulwesen liegen brach. Der IS sei vollauf damit beschäftigt, nicht Pleite zu gehen. Frühere Berichte von Antikenschmuggel aus Raubgrabungen und anderen Geldquellen des IS erweisen sich als Fiktionen: Seine Mittel werden knapp, seine Geldeintreiber gieriger, seine „Kämpfer" feiger, dem erklärten Land Gottes laufen die Untertanen davon.

Vollauf beschäftigt, nicht Pleite zu gehen

Autor Christoph Reuter lässt keinen Zweifel, dass der IS vor dem Ende steht, aber noch bleibe er „ein Machtsystem, das die Gesellschaft mit Spitzeln und Geheimdiensten durchdringt, das auch nur den Verdacht des Widerstands mit Verhaftungen, harschen Bestrafungen und Morden bis hin zum Abschlachten ganzer Dörfer ahndet". *Wolf Oschlies*

***Christoph Reuter: „Die schwarze Macht. Der ‚Islamische Staat' und die Strategen des Terrors"**, Deutsche Verlagsanstalt, München 2015, gebunden, 352 Seiten, 19,99 Euro*



Erschreckend aktuell

Wenn der islamische Terror nach Deutschland kommt

Ob Stefan Schubert wohl geahnt hat, welch furchteinflößende Aktualität sein Roman in so kurzer Zeit erlangen würde? Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen wurde gefragt, ob mit den Asylströmen aus dem islamischen Raum auch Terroristen, etwa aus den Reihen des IS, nach Deutschland einsickerten. Darüber, so Maaßen, habe sein Dienst keine belastbaren Erkenntnisse.

Was womöglich als Beruhigung wirken sollte, deutet Österreichs ehemaliger oberster Verfassungsschützer, Gert Polli, ganz anders: Maaßens Inlandsgeheimdienst habe in der Masse der Ankommenden komplett den Überblick verloren, die deutschen Kollegen seien „verzweifelt", so Polli wörtlich (die *PAZ* berichtete).

Mit „Der Konvertit" führt uns Autor Schubert in ein erschreckendes, weil alarmierend realistisches Szenario, auch wenn im Zentrum seines Buches kein eingeschlichener arabischer Terrorist steht, sondern, der Titel verrät es, ein Deutscher, der zum Islam übergetreten ist und dort erfolgreich radikalisiert wurde. Von seinen neuen Mitverschworenen wird der junge Mann auserkoren, als Selbstmordattentäter im Kampf gegen die Andersgläubigen in Deutschland zu sterben.

Die Geschichte beginnt gleich mit einem Donnerschlag: Ein anderer deutscher Konvertit ermordet mit einer Kalaschnikow am Eingang einer Bundeswehrkaserne zehn Menschen, bevor er selbst im Kugelhagel des Gegenfeuers stirbt.

Schnell breitet sich bei den Sicherheitsbehörden der Eindruck aus, dass dies bloß der Auftakt war zu einem noch weit verheerenderen Anschlag. Und sie sollen Recht bekommen. Ein in Pakistan beheimateter Terror-Pate ist vom „Erfolg" seiner „deutschen Brüder" derart beeindruckt, dass er sich vom Konvertiten Abu Ayub, der einmal Schmidt hieß, dazu bewegen lässt, den Dschihad nach Deutschland zu tragen.

Es beginnt ein rasanter Wettlauf zwischen den Sicherheitsbehörden und den Dschihadisten. Dabei springt der Autor in kurzen Kapiteln zwischen beiden Schauplätzen hin und her, wodurch er den Leser dieses Wettrennen gleichsam in Echtzeit miterleben lässt.

Der Autor ist ein erfahrener Ex-Polizist

So begleiten wir den Konvertiten Schmidt alias Abu Ayub auf einer Reise über Dubai in die pakistanischen „Stammesgebiete" an der Grenze zu Afghanistan und tauchen ab in die düstere Welt des fanatischen Dschihadismus. Gleichzeitig erleben wir, wie die deutsche Sicherheits-Maschinerie Fahrt aufnimmt.

Oder eben auch nicht. Schonungslos entblättert Schubert, wie Kompetenzgerangel, Geltungsdrang und sogar Feigheit (besonders in den höheren, der Politik sehr nahen Chargen) die Arbeit behindern.

Rasanter Wettlauf mit den Terroristen

Der Autor kennt sich in dieser Umgebung gut aus. Kein Wunder: Er ist selbst ehemaliger Polizeibeamter, der nach eigenen Angaben nach wie vor über gute Kontakte in diverse Polizeiführungen verfügt. Auch sei er befreundet mit Angehörigen der legendären Anti-Terror-Truppe GSG9, die bei der erfolgreichen Erstürmung der entführten Lufthansa-Maschine „Landshut" 1977 die Weltbühne betrat.

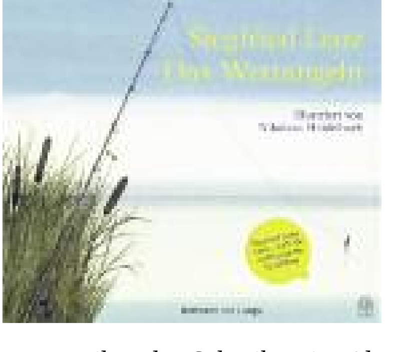
Schubert nutzt sein Wissen für die detailreiche Schilderung der Ermittlungsarbeit, lässt die Beteiligten in ihren persönlichen Stärken und Schwächen lebendig werden. Zugute kommen ihm auch die in seiner Laufbahn erworbenen Kenntnisse zur Waffentechnik, die seinen Krimi umso glaubwürdiger erscheinen lassen.

Zudem öffnet er einen hochaktuellen Blick in die seit der NSA-Affäre gestörten deutsch-amerikanischen Beziehungen. So erfährt der Leser, mit welcher Perfektion und Dreistigkeit die US-Geheimdienste selbst ihre deutschen Kollegen überwachen. Andererseits lässt der Autor einen hochrangigen US-Agenten darüber stöhnen, mit welcher Leichtigkeit und Naivität die Deutschen Ausländern mittlerweile ihre Staatsangehörigkeit schenken, was die Identifizierung und Eingrenzung potenziell gefährlicher Gruppen immer schwieriger mache.

Der Vorwurf des Amerikaners liest sich aus heutiger Sicht wie ein Seitenhieb darauf, dass die deutschen Behörden seit Monaten hunderttausende Menschen ins Land strömen lassen, ohne sie auch nur oberflächlich auf mögliche Verstrickungen in Terrorgruppen hin zu untersuchen.

Zum Ende beschleunigt sich der Wettlauf noch einmal dramatisch. Nun ist den Behörden klar, dass ein großer Anschlag unmittelbar bevorsteht, wenn sie ihn nicht im letzten Moment verhindern. Gleichzeitig werden die Attentäter gewahr, dass ihre Ergreifung und damit die Vereitelung des Vorhabens nur noch eine Frage von Minuten ist. Es geht um das Leben von hunderten Menschen, die in unmittelbarer Gefahr schweben. *Hans Heckel*

***Stefan Schubert: „Der Konvertit"**, Lago Verlag, München 2015, gebunden, 256 Seiten,19,99 Euro*



Letztes Sommermärchen

Ein großer Fang – Postum erschienene Erzählung von Siegfried Lenz

Dass ihm das Schreiben im Alter schwerfiel, merkt man Siegfried Lenz' letztem Werk kaum an. Wie mit sanftem Atem dahingehaucht scheint er ein halbes Jahr vor seinem Tod die Erzählung „Das Wettangeln" erschaffen zu haben. Sein Verlag Hoffmann und Campe, dem er seit seinem Debütroman „Es waren Habichte in der Luft" von 1951 volle 63 Jahre lang treu blieb, hat jetzt diese schlichte Jugenderinnerung ein Jahr nach dem Tod des ostpreußischen Autors postum veröffentlicht.

Der Verlag stand nur vor der schwierigen Frage, wie er die kurze Erzählung, die höchstens zehn Manuskriptseiten umfasst, angemessen vermarktet. Die Lösung: Man hole sich einen Illustrator – in diesem Fall Nikolaus Heidelbach –, blähe den Band mit großformatigen bunten Bildern auf und verteile den kurzen Text über möglichst viele Seiten. Das Ergebnis sieht wie ein Bilderbuch aus, das mit einer Startauflage von 50 000 Exemplaren unter das Erwachsenen-Volk gebracht wird.

Ein wenig märchenhaft ist auch die Geschichte von einem jugendlichen Fischer, oder genauer: Angler, der seine Frau findet. Beim Wettangeln in dem fiktiven Ostseeort Thorshafen macht der jugendliche Held tatsächlich einen ganz großen Fang. Zwar gehen ihm dicke Karpfen, Barsche und Welse durch die Lappen, doch die hübsche Hobbyanglerin Anja lässt er sich nicht entgehen. In einer kurzen erotischen Szene darf er das hüllenlose Mädchen sogar mit Sonnencreme einmassieren: „Ohne etwas zu sagen, weckte sie Empfindungen, von denen ich wünschte, dass sie dauerten."

Spät im Alter lief Lenz zur Hochform als Autor von Liebesgeschichten auf. Davor hatte er um das Thema meist einen Bogen gemacht. Auch deshalb eigneten sich seine Romane prima als Schullektüre. Kaum schilderte er 2006 in „Schweigeminute" eine amouröse Jugendgeschichte, landete er einen Bestseller. Auch in „Wettangeln" lieferte ihn die Erinnerung an seine Jugend in Ostpreußen, wo er das Angeln gelernt hat, Stoff für eine zärtliche Sommergeschichte. Erstaunlich: Man merkt ihr das hohe Alter ihres Autors nicht an. Keine metaphysischen Gedanken, keine tiefschürfende Lebensbilanz stören dieses leichte, skizzenhaft-flüchtige, am 22. März 2014 abgeschlossene finale Werk von Lenz. *Harald Tews*

***Siegfried Lenz: „Das Wettangeln"**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2015, gebunden, 40 Seiten, 18 Euro*



Liebenswürdig, schlagfertig, eiskalt

Ein schmaler Band mit Bismarck-Anekdoten bringt es auf den Punkt: Der Kanzler war ein Mensch voller Widersprüche

Wen könnte es wundern: Auch im Jahr seines 200. Geburtstags zeichnen die zahlreichen Neuerscheinungen über Reichskanzler Otto von Bismarck ein Bild, das ihn als Mensch mit unauflöslichen Widersprüchen und unbeugsamem Willen zur Macht zeigt. Ein schmaler Band mit Anekdoten, die der Thüringer Lektor und Übersetzer Bernhard Thieme zusammengestellt hat, bringt diese Erkenntnis auf den Punkt. Bismarck erscheint als liebenswürdiger und schlagfertiger Gesprächspartner, geschickter Diplomat, aber auch als eiskalter, mit allen Wassern gewaschener Machtpolitiker. Der nach Aufmerksamkeit heischende Titel des im Eulenspiegel-Verlag erschienenen Buches bezieht sich auf eine ebenso derbe wie mürrische Bemerkung des amtsmüden Politikers Anfang der 1880er Jahre: „Ich bin es müde, Schweine zu treiben".

Provoziert werden soll mit der Titelwahl wohl Überraschung und letztendlich die Neugier potenzieller Leser. Enttäuscht werden diese jedenfalls nicht. Es scheint ausgeschlossen, dass man sich bei dieser abwechslungsreichen Blütenlese langweilen könnte. Der Herausgeber schöpfte die amüsanten oder frappierenden Geschichten aus verschiedenen Biografien und Erinnerungsschriften sowie aus einer ähnlich ausgerichteten Veröffentlichung von Paul Liman aus dem Jahr 1915 mit dem Titel „Bismarck in Geschichte, Karikatur und Anekdoten".

»Wenn man so aussieht wie ich ...«

Von dem unvergleichlichen Wortwitz des Eisernen Kanzlers zeugen manche der hier geschilderten Begebenheiten. So hörte Bismarck einmal auf einer estnischen Adelsgesellschaft mit, wie zwei neben ihm sitzende baltische Komtessen sich über seine berühmten drei Haupthaare ergingen, – nicht ahnend, dass er sie verstand. Mit liebenswürdigem Lächeln wandte er sich an die beiden attraktiven Frauen und meinte: „Wenn man so aussieht wie Sie, meine Damen, muss man Haare auf dem Kopf, wenn man so aussieht wie ich, auf den Zähnen haben." An anderer Stelle geht es um die Namensgebung für das Produkt Bismarckhering. Bismarck schätzte Hering als Speisefisch sehr, jedoch erst nachdem ihn sein Leibarzt Schwenninger mit einer strengen Diätverordnung auf den Geschmack gebracht hatte.

Ein vergnügliches Potpourri

In manchen der ansprechend aufbereiteten Anekdoten hat nicht Bismarck das letzte Wort, sondern eine andere Person. Zitiert werden ausländische Diplomaten sowie Beamte und Politiker, mit denen sich Bismarck überworfen hatte. Ihre Bemerkungen werfen ein Schlaglicht auf dessen Kompromisslosigkeit, die als Härte und Rücksichtslosigkeit empfunden wurde. In diese Richtung zielt auch eine Mitteilung des französischen Präsidenten Adolphe Thiers an Tissot, den französischen Botschafter in London, dem er im November 1871 über eine Begegnung mit Bismarck schrieb: „Ich sagte Herrn von Bismarck, als Gott ihm seinen Verstand verlieh, da habe er ihm zweifellos ein sehr schönes Geschenk gemacht. Aber ein ebenso schönes Geschenk seien seine Feinde von 1866 und 1870 gewesen. Bismarck widersprach mitnichten."

Die Anekdoten sind grob chronologisch geordnet, wobei eine Zeittafel im Textanhang der Orientierung dient. Nützlich ist auch das Personenregister, während man von der Literaturliste kaum profitiert, da die einzelnen Anekdoten nicht mit Quellenhinweisen versehen sind.

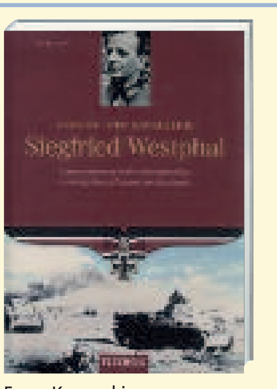
In seinem Nachwort spricht der Herausgeber Bernhard Thieme der literarischen Gattung Anekdote ein großes Lob aus. Sie garantiere nicht nur Lesespaß, sondern zeige den Stil eines Menschen wahrscheinlich am einprägsamsten. Das gilt mit Sicherheit auch für dieses köstliche Potpourri. *Dagmar Jestrzemski*

***Bernhard Thieme (Hrsg.): „Bismarck-Anekdoten. Ich bin es müde, Schweine zu treiben"**, Eulenspiegel Verlag, Berlin 2015, gebunden, 127 Seiten, 9,99 Euro*



Alois Schlee
Unter der glühenden Sonne Afrikas
Soldaten des Afrika-Feldzuges 1941 bis 1943 in unbekannten Bildern
543 S/W-Abb. 360 Seiten
Nr. P 575774 14,95 €

Unter glühender Sonne, im brüllenden Gluthauch des Ghibli und den Wasserfluten der Winterregen rollten Panzer durch die Wüste Afrikas, zogen Flugzeuge ihre Spur über den afrikanischen Himmel. Tobruk, Bir Hacheim, Marsa Matruk, Sollum, der Höllenfeuerpass und El Alamein sind Wegmarken eines Feldzuges, der unerbittlich und dennoch ritterlich geführt wurde. Untrennbar verbunden ist der Krieg in Afrika mit dem Namen eines Mannes, Feldmarschall Erwin Rommel, der sich zusammen mit seinen Soldaten die Achtung seiner damaligen Gegner erwarb. Der vorliegende Bildband zeigt zum größten Teil noch unveröffentlichte Fotos von Soldaten des Afrikafeldzuges 1941–1943, die ihre privaten Fotos für diesen Band zur Verfügung gestellt haben.

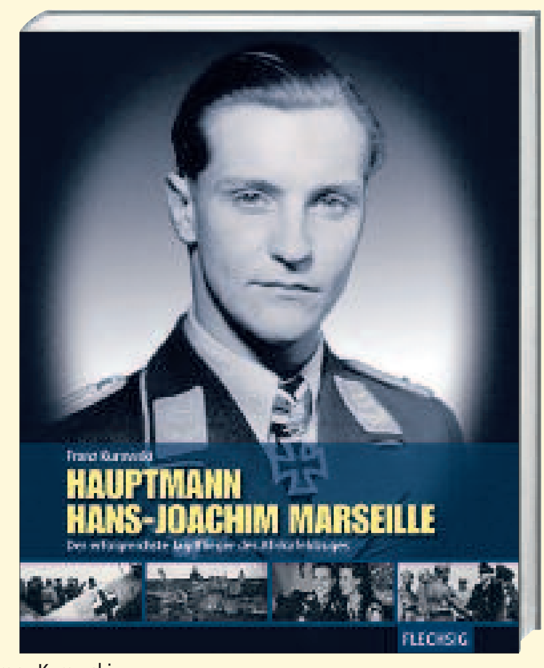


Franz Kurowski
General der Kavallerie Siegfried Westphal
Generalstabschef dreier Feldmarschälle Rommel, Kesselring und von Rundstedt 160 Seiten
Nr. P 575738 9,95 €

Siegfried Westphal, geboren am 18. März 1902 in Leipzig, trat am 10. November 1918 als Fahnenjunker in das Grenadierregiment 12 der Reichswehr ein. Nach Stationen beim Reiterregiment 11, der 58. Infanteriedivision und als Generalstabsoffizier des XXVII. Armeekorps diente er als Oberstleutnant und Chef des Generalstabs der Deutsch-Italienischen Panzerarmee unter Generalfeldmarschall Erwin Rommel, später als Chef des Generalstabs unter Generalfeldmarschall Albert Kesselring und ab April 1944 als Generalstabschef unter Generalfeldmarschall von Rundstedt. Dieses Werk, bebildert mit vielen Fotodokumenten, bietet dem Leser einen einzigartigen Einblick in das Kriegsgeschehen an allen Fronten.



Volkmar Kühn
Mit Rommel in der Wüste
Kampf und Untergang des Deutschen Afrikakorps 1941–1943
Als Italien im September 1940 von Libyen aus in das von britischen Truppen besetzte Ägypten einmarschierte und sich nach einer britischen Offensive eine Niederlage der Italiener in Afrika abzeichnete, entschied Hitler im Februar 1941 Wehrmachtstruppen nach Tripolis zu entsenden. Das war die Geburtsstunde des Deutschen Afrikakorps! In den folgenden zwei Jahren war dieser Verband unter seinem charismatischen Führer Erwin Rommel in wechselvolle Kämpfe in der afrikanischen Wüstenlandschaft verwickelt. Diese führten das Deutsche Afrikakorps auf seinem Vormarsch über Tobruk und Sollum in das heiß umkämpfte El Alamein in Ägypten, wo die deutschen und italienischen Truppen nach bitteren Verlusten zum Rückzug gezwungen wurden. In Tunesien von alliierten Truppen in den Zweifrontenkrieg gezwungen, kapitulierten das Deutsche Afrikakorps und seine italienischen Verbündeten am 12. und 13. Mai 1943. 502 S/W-Abb., Format 24 x 30 cm. 360 Seiten
Nr. P 540056 Gebunden 19,95 €



Franz Kurowski
Hauptmann Hans-Joachim Marseille
Der erfolgreichste Jagdflieger des Afrikafeldzuges
Dies ist die Geschichte von Hauptmann Hans-Joachim Marseille, dem erfolgreichsten Jagdflieger des Afrikafeldzuges. Am 13. Dezember 1919 in Charlottenburg geboren, meldete sich Jochen, wie er von seinen Kameraden und Freunden genannt wurde, nach dem Abitur freiwillig zur Luftwaffe. Bereits während seiner Ausbildungszeit zeigte sich das herausragende Talent des Fliegervirtuosen, aber auch seine draufgängerische Art, durch die er mehrfach mit seinen Vorgesetzten in Konflikte geriet. Nach Kampfeinsätzen an der Kanalküste wurde er mit seinem Geschwader nach Afrika verlegt, wo sein kometenhafter Aufstieg begann. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern fand er nach 158 Luftsiegen auf einem Probeflug mit einer nagelneuen Me 109 den Tod. Die vorliegende überarbeitete Neuausgabe wurde durch viele bisher unveröffentlichte Fotos ergänzt. 287 S/W- und 22 farb. Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 240 Seiten.
Nr. P 540066 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Hans-Joachim Röll
Major Joachim Müncheberg
Vom König der Malta-Jäger zum legendären Jäger-Ass von Tunis
115 S/W-Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 540014 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Major Joachim Müncheberg. Am 31.12.1918 in Pommern geboren, zeigte der ausgezeichnete Sportler schon früh eine Begeisterung fürs Fliegen. Daher ließ er sich ab 1936 bei der Luftwaffe zum Jagdflieger ausbilden. Während der Luftschlacht um England übernahm er die 7. Staffel des Jagdgeschwaders 26. Nach 20 Luftsiegen wurde ihm am 14. September 1940 das Ritterkreuz, am 7. Mai 1941 nach 43 Luftsiegen – vor allem über Malta – das Eichenlaub verliehen. 1942 kämpfte er als Kommodore des Jagdgeschwaders 51 „Mölders" an der Ostfront. Nach 103 Luftsiegen am 09.09.1942 mit den Schwertern ausgezeichnet, übernahm er das Jagdgeschwader 77 in Nordafrika. Nach 135 Luftsiegen stürzte er mit seiner Maschine tödlich ab.



Franz Kurowski
Oberstleutnant Heinz Bär
Als Jagdflieger an allen Fronten
105 S/W-Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575730 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Oberstleutnant Oskar-Heinrich Bär. Er war einer der wenigen Jagdflieger, die vom ersten Kriegstag bis zum 8. Mai 1945 im Einsatz standen. Seine ersten Luftsiege errang er im Westfeldzug. Als Jagdflieger an allen Fronten eingesetzt stand er in Frankreich, im Luftkrieg über England, im Mittelmeerraum, in Afrika, in Russland und in der Reichsverteidigung im Einsatz. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub und Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes wurde er von Hermann Göring wegen seiner Unbeugsamkeit vom Gruppenkommandeur zum Staffelkapitän degradiert. Am Ende des Krieges flog er die legendäre Me 262 und erzielte mit ihr weitere 16 Abschüsse. Mit 221 anerkannten Luftsiegen zählt er zu den erfolgreichsten Jagdfliegern aller Zeiten.



Kalender Araber 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Araber-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535488 Kalender 9,95 €



Kalender Trakehner 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535492 Kalender 9,95 €



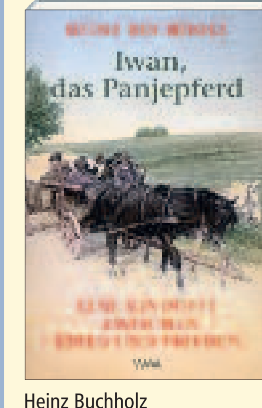
Kalender Friesen 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Friesen-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535489 Kalender 9,95 €



Kalender Haflinger 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Haflinger-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535490 Kalender 9,95 €

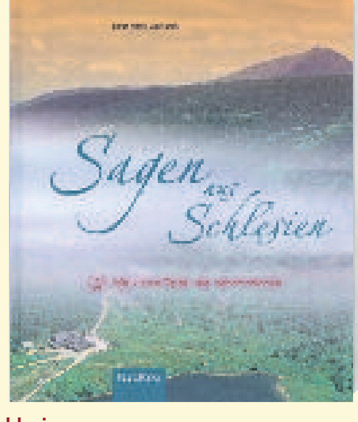


Marion Gräfin Dönhoff
Bilder die langsam verblassen
Ostpreußische Erinnerungen
Drei Kapitel aus Marion Dönhoffs legendärem Band „Namen, die keiner mehr nennt" und ihr Erinnerungsbuch „Kindheit in Ostpreußen" werden hier zu einem reich bebilderten Band zusammengefasst. Es entsteht ein wunderbares Buch, das das untergegangene Ostpreußen beschwört und auch ein Denkmal für seine Menschen ist. Autorin: Marion Gräfin Dönhoff wurde 1909 auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen geboren, gestorben 2002, war sie eine der wichtigsten Journalistinnen in Deutschland. Nach langer Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit" wurde sie 1973 in den Kreis der Herausgeber aufgenommen. Die farbigen Fotos stammen von Wladimir Federenko. 67 S/W- und farbige Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 80 Seiten.
Nr. P 533126 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €

Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, der das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.



Sagen aus Schlesien
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575624 Gebunden 7,95 €



Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575584 Gebunden 7,95 €



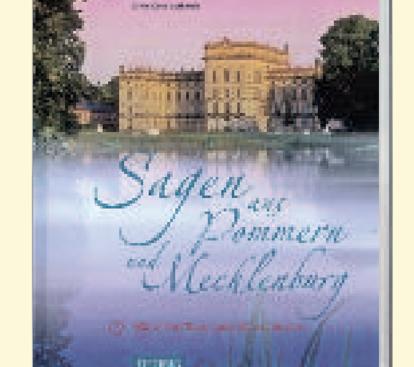
Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €



Gerd Hardenberg (Größeres Format: 13,5 cm x 20,5 cm)
Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen. Zahlreiche S/W- und farbige Abbildungen. Überarbeitete und erweiterte Auflage 2015. 288 Seiten
Nr. P 533176 Kartoniert 14,95 €

Jürgen Nolte
Die Angst fuhr immer mit
Unsere dramatische Flucht 1945
160 Seiten/Gebunden
Nr. P A0840 14,90 €

Kälte, Hunger, Angst und die Ungewissheit, ob man den Vater wiedersehen würde, waren die ständigen Begleiter während der dramatischen Kutschfahrt im Januar 1945 auf der Flucht vor den herannahenden Russen gen Westen. Mit viel Geschick und Mut meisterte die Mutter manch kritische Situation, immer bemüht, ihre drei Kinder zu beschützen. Der Vater, Verwalter des Gutes Jerzew bei Litzmannstadt (Lodz), war zunächst im Wartheland zurückgeblieben, um einen nachfolgenden Flüchtlingstreck zu organisieren … Gekonnt verwebt Jürgen Nolte seine eigenen Erlebnisse mit den Tagebuchaufzeichnungen seiner Eltern aus dieser Zeit und erzählt die spannende und bewegende Geschichte einer Flucht, wie sie um 1945 vieltausendfach erlebt wurde.



Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575691 Gebunden 7,95 €

MELDUNGEN

Sklaverei in Asyllagern

Berlin – Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, warnt vor immer unhaltbareren Zuständen in Asyllagern. Neben Vergewaltigungen von Frauen und Kindern sowie Prostitution breite sich dort seinen Informationen zufolge sogar Sklaverei unter den Insassen aus. Dies sagte Wendt im Sender N24. Er forderte die Politik auf, die Regeln unseres Rechtsstaats auch in den Lagern konsequent durchzusetzen. *H.H.*

»Lebende Grenze«

Dresden – Im sächsischen Sebnitz nahe der tschechischen Grenze haben sich vergangenen Sonntag 2500 Menschen versammelt, um eine „lebende Grenze“ zu bilden. Damit wollten sie gegen unkontrollierte Zuwanderung demonstrieren. Auch in Chemnitz und in Görlitz versammelten sich jeweils rund 1000 Menschen, um ihrem Unmut über die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung Luft zu machen. H.H.

ZUR PERSON

Erst Zuckerbrot, dann Peitsche

Finger weg von Afghanistan! Diese Botschaft richteten die Taliban mit der Eroberung von Kundus weniger an die westliche Militärallianz als an die Terrororganisation Islamischer Staat (IS). Damit dieser in dem umkämpften Land nicht Fuß fasst, setzte der neue Talibanchef **Akhtar Mansur** mit dem Überraschungsangriff auf Kundus dieses Signal der Stärke.

Es blieb nur von kurzer Dauer, weil die Regierungstruppen die Taliban wieder zurückdrängen konnten. Welch ein Pech, denn dann hätte man Mansur einmal kennenlernen können. Für den Fall eines Erfolges hatte er in Kundus eine Pressekonferenz geplant. Es wäre das erste Mal, dass ein Talibanführer die Öffentlichkeit gesucht hätte. Mansurs Vorgänger Mullah Omar lebte so zurückgezogen, dass sein Tod im Jahr 2013, wahrscheinlich infolge einer Tuberkulose, bis zu diesem Sommer geheimgehalten werden konnte.

Seit Ende Juli ist Mansur offiziell Chef der Taliban. Über ihn weiß man mit Gewissheit nur, dass er während der Talibanherrschaft



von 1997 bis 2001 Luftfahrtminister war. Geboren wurde er vermutlich 1963 in Afghanistan, nahm an den Kämpfen gegen die sowjetischen Besatzer teil und wurde an Koranschulen ausgebildet. Seitdem trägt er als Rechtsgelehrter den Ehrentitel Mullah.

Spekuliert wird auch über seine Kontakte zum pakistanischen Geheimdienst und über sein durch Opiumschmuggel erlangtes Vermögen, das ihn laut „New York Times“ zum Besitzer einer Mobilfunkfirma und von Immobilien in Dubai gemacht haben soll.

Aus Angst, der verfeindete IS könne sich in Afghanistan breitmachen, ködert Masur die Landsleute neuerdings mit neuer samtweicher Taktik. Auf einer Webseite hieß es, die Bewohner von Kundus sollen sich keine Sorgen machen, man werde sie „respektvoll behandeln“. Wer's glaubt! *H. Tews*



Kunst mit Herrn Lammert

Dumm wie Brot

Warum rechnen können »nicht zielführend« ist, wie Merkel in höhere Sphären aufsteigt, und wieso deutsche Frauen ungehörig sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die neueste Schätzung zur Asylflut, wonach fast eine weitere Million Menschen in den letzten drei Monaten dieses Jahres hereinströmen könnte, hat in Berlin für ziemlichen Unmut gesorgt. Das Bundesinnenministerium will den Bericht nicht kommentieren und tut es doch: Solche Hochrechnungen seien „nicht zielführend“, zischt es schmallippig aus dem Hause von Thomas de Maizière.

Das denken wir auch, und zwar aus zwei Gründen: Die Standardausrede des Innenministers für sein völliges Versagen besteht in der drolligen Behauptung, dass „die Entwicklung niemand vorhersehen konnte“. Wenn die Horrorzahlen wahr werden, will er das im Dezember natürlich wieder behaupten können. Das geht aber nicht, wenn man ihm dann zurufen kann: „Aber die Zahlen hatten Sie doch schon im Oktober!“ Also hat er sie heute eben nicht, damit er sie später nicht vorher gehabt haben kann.

„Nicht zielführend“ sind solche Hochrechnungen zweitens deshalb, weil sie die Deutschen viel zu früh wach machen und am Ende gar ihren Widerstand provozieren. Solcher Widerstand könnte die ethnisch-kulturelle Auflösung Deutschlands ins Stocken bringen! Das wäre doch schade. Also ist dafür zu sorgen, dass die braven Teutonen weiterhin keinen Schimmer davon haben, was man mit ihrem Land gerade anstellt; Thilo Sarrazin nannte es bekanntlich „Abschaffung“, was die Kanzlerin damals als „nicht hilfreich“ zurückwies. „Nicht hilfreich“ – wobei?, fragten wir uns 2010. Heute wissen wir's.

Bundestagspräsident Norbert Lammert warnt angesichts der Zahlen vor „Alarmismus“ und empfiehlt den Bürgern, erst einmal „abzuwarten“. Schließlich seien die Verantwortlichen doch schon hoch aktiv, sie hätten „sehr schnell mit Konferenzen der besonders betroffenen staatlichen Institutionen reagiert“.

Na, das ist doch was! Andere Länder bauen Zäune, stellen Wachen auf und praktizieren Ultra-Schnell-Abschiebungen, um ihr Volk vor der Überschwemmung durch unkontrollierte Massenzuwanderung zu bewahren.

Die Bundesrepublik hat da etwas viel Furchteinflößenderes: Konferenzen! Damit dieses drakonische Instrument seine abschreckende Wirkung voll entfalten kann, sollte man die herein flutenden Menschen aber auch zu den Sitzungen einladen, damit sie das selber sehen.

Da wären sie dann Stunden und Tage dem hilflosen Gestammel überforderter Technokraten vom Schlage eines Thomas de Maizière ausgesetzt, müssten das hohldröhnende Pathos der Multikulti-Fanatiker um Angela Merkel ertragen oder hätten sich dem „Mal so, mal so, mal wieder ganz anders“-Gebrabbel der Adepten von Sigmar Gabriel zu unterziehen.

> Wir sollen ihre Politik nicht kritisieren, sondern »innerlich annehmen«, als käme sie von Gott

Ganz ohne Zweifel: Die Wirkung wäre durchschlagend. Wer will in einem Land leben, in dem solche Sockenpuppen Politik spielen dürfen? Schweißgebadet würden die eben herein gefluteten Menschen weiterflüchten oder gar reumütig in die türkischen und libanesischen Grenzlager zurückkehren, bevor sie sich dem Regiment dieser Meute aussetzen.

Diejenigen, die ohnehin nur aus wirtschaftlichen Gründen gekommen sind, werden erkennen: Wo derlei Witzfiguren das Zepter schwingen, geht es bestimmt bald den Bach runter. Da gehe ich besser gleich wieder nach Hause. Arm sein kann ich auch dort.

Einer der Witzigsten ist und bleibt Sigmar Gabriel. Als die Proteste gegen die uferlose Zuwanderung aus vornehmlich islamischen Ländern noch klein waren, hat er sie kalt ignoriert. Als sie dann plötzlich anschwollen, pilgerte der SPD-Chef flink zu den Pegida-Anhängern, um mit ihnen „in einen Dialog zu treten“. Sobald Pegida und Co. aber wieder wegzuschmelzen schienen, rotzte er ihnen giftig „Pack“ hinterher.

Heute bringt Pegida wieder von Montag zu Montag mehr Menschen auf die Straße, zuletzt an die 20 000. Und was hören wir von Sigmar Gabriel? „Es darf kein Klima geben, in dem jeder, der sich Sorgen macht, gleich als ausländerfeindlich oder rechtsradikal gilt.“ Tusch! Einmal vom „Dialog“ zum „Pack“ und wieder zurück – der Mann macht sich bestimmt prächtig auf den „Konferenzen“, den feuchten Finger immer im Wind. Immerhin bleibt er stets volksnah, wenn auch auf die besonders schmierige Tour.

Angela Merkel schwebt in ganz anderen Sphären. Das Problem mit der Asylflut habe uns „der Herrgott auf den Tisch gelegt“, predigt die Kanzlerin im Deutschlandfunk. Der Herrgott? Wir dachten, das war die Kanzlerin selbst mit ihren obergrenzenlosen Visionen vom „Schaffen“ und „Abschaffen“.

Also wer war's nun – Gott oder die Kanzlerin?

Ist das so wichtig? Wer der CDU-Chefin zuhört, erlangt den Eindruck, dass sie dazwischen ohnehin immer weniger zu unterscheiden weiß. Gegen ihre Politik zu opponieren „hat sowieso keinen Sinn“, erklärt uns Merkel im selben Interview. Ganz so, als sei ihre Politik der Ausfluss der Allmächtigkeit und damit jedem menschlichen Einfluss entzogen. Das einzige, was uns einfachen Deutschen bleibe, sei, „dass wir sie annehmen, innerlich annehmen und dann auch so gestalten, dass es für uns alle sich zum Guten entwickelt“. Amen.

Dem „Guten“ dient auch eine Maklerin aus Rheinland-Pfalz, die als CDU-Stadträtin sozusagen von Natur aus zu den „Engagierten“ zählt. Daher wollte sie eine freie Wohnung unbedingt an eine Flüchtlingsfamilie vermitteln. Als sie sich mit den Häuptern der Sippe vor der Wohnung versammelt hatte, geschah jedoch etwas Denkwürdiges. Ohne ihr die Hand zu geben, brach unter den drei syrischen Männern eine „offenbar hitzige Debatte“ aus, berichtet die 33-Jährige der „Welt“.

„Dann teilte mir derjenige, der ein bisschen Deutsch konnte, mit, dass kein Interesse an einer Besichtigung bestehe, weil ich eine Frau und blond sei und weil ich den Männern in die Augen geschaut hätte. Das gehöre sich nicht. Meine Firma solle einen Mann vorbeischicken.“ Das Erlebnis habe sie „konsterniert, ja geschockt“ zurückgelassen, erzählt die Kommunalpolitikerin. „Man möchte helfen und wird dann im eigenen Land als unerwünscht weggeschickt.“

Dafür, dass sie das Erlebnis in ihrer Facebookgruppe veröffentlicht habe, sei sie als „Nazischlampe“ beschimpft worden – von Deutschen. Zwei Anrufer hätten ihr sogar mit Mord gedroht.

Man müsste meinen, die gute Frau sei nun bedient und hätte etwas gelernt. Müsste man? Sie werde weiterhin Wohnungen an Flüchtlinge vermitteln, aber nicht im direkten Kontakt, sondern nur über Behörden. Mit anderen Worten: Sie tut diesen radikalislamischen Fusselbärten tatsächlich den Gefallen und „belästigt“ sie nicht mehr mit ihrer „ungehörigen“ Anwesenheit, arbeitet aber fleißig weiter für die Gestalten, ab jetzt eben nur im Verborgenen. Die Deutsche als rühriges Helferlein, dessen emsige Hilfsbereitschaft von keiner noch so dreisten Zumutung herrisch-arroganter Fundamentalisten aus dem Morgenland gestört werden kann. Wie lautet das Sprichwort? Wer dumm ist wie Brot, der wird wie Brot verschlungen. Oder so ähnlich.

Und wenn die anderen uns nicht verschlingen, dann machen wir das eben selbst. Die Jugendorganisation der Grünen forderte zum Tag der Deutschen Einheit: „Am 3. Oktober wurde ein Land aufgelöst und viele freuen sich 25 Jahre danach. Warum sollte das nicht noch einmal mit Deutschland gelingen?“ Freunde, wir sind doch wacker dabei! Allerdings benötigt jede Bewegung eine Elite, eine Avantgarde, die auf dem Weg zum Ziel tapfer voran marschiert.

Da wäre es doch ein fabelhaftes Signal, wenn der grüne Nachwuchs bei der „Auflösung“ Deutschlands mit sich selbst begänne. Ein kleiner Sprung vom Hochhausdach und schon ist ein Stück Deutschland weniger auf der Welt! Andererseits: Wer soll den gestrengen Ultragläubigen aus Nahost dann züchtig verhüllt zu Diensten sein? Wieder nicht zu Ende gedacht. Aber das soll ja auch bei den Grünen des Öfteren mal vorkommen.

MEINUNGEN

*Der Schriftsteller und Dramatiker **Botho Strauß** setzt sich in einem Aufsehen erregenden Essay für den „Spiegel“ (2. Oktober) unter dem Titel „Der letzte Deutsche“ mit der **Flut orthodox islamischer Immigranten** und dem **Zustand Deutschlands** auseinander:*

„Uns wird geraubt die Souveränität, dagegen zu sein. Gegen die immer herrschsüchtiger werdenden politisch-moralischen Konformitäten ... Das Kopftuch sei Zeichen von religiöser Selbstverwirklichung einer Frau, so eine gütige Angehörige der Grünen. Trefflicher kann man sein verständnisvolles Unverständnis nicht in Worte fassen. Man muss eben such den rituellen Gehorsam in die Sprache der Emanzipation übersetzen.“

***Henryk M. Broder** wundert sich auf der „Achse des Guten“ (4. Oktober), dass die Größen von CDU und SPD auf ein **„Signal der Kanzlerin“** zur Asylflut warten, statt einmal selbst aktiv zu werden:*

„Die Bundesrepublik ist ein ostelbischer Gutshof, auf dem nur der Gutsherr etwas zu sagen hat. Er bestimmt, was die Kühe zu fressen bekommen und wann sie scheißen dürfen, wie lange das Gesinde arbeiten und welche Magd ihm nächtens zu Diensten sein muss. Die BRD ist eine One-Woman-Show. Es gibt keine Regierung, kein Parlament, keine Gewaltenteilung, keine 16 Ministerpräsidenten, keine Opposition. Die Kanzlerin kümmert sich um alles, persönlich und eigenhändig. Wie Fidel Castro, Hugo Chavez und Ferdinand Piëch.“

*Rentenfachmann **Bernd Raffelhüschen** warnt vor der Illusion, die **Asylflut** helfe, die **deutsche Rentenkasse** zu stabilisieren. Er geht vom Gegenteil aus, wie ihn das „Handelsblatt“ (5. Oktober) zitiert:*

„Wenn die Arbeitsministerin Nahles sagt, nur 10 Prozent der Ankommenden würden direkt eine Arbeit finden, dann heißt das im Umkehrschluss, dass 90 Prozent später mal in die steuerfinanzierte Grundsicherung bei der Rente fallen werden. Das wird sehr teuer. Wir haben eine naive und verlogene Debatte,“

*Bevölkerungsforscher **Gunnar Heinsohn** ätzt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (5. Oktober) ebenfalls gegen die **naiven Vorstellungen** darüber, was die **Asylanten** der deutschen **Wirtschaft** bringen würden:*

„Hinweise, dass die Herkunftsländer all dieser Retter des ‚Made in Germany‘ niemals auch nur ein einziges Unternehmen von Rang hervorgebracht haben, werden als Querschüsse von Lästermäulern abgetan ... Nach ein paar Runden Deutschunterricht ... werde ein nie geahnter Aufschwung einsetzen.“

*Die Polizistin **Tania Kambouri** bringt dieser Tage ihr Buch **„Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin“** auf den Markt. Im „Deutschlandfunk“ (2. Oktober) spricht sie über die **Herkunft von Straftätern**:*

„Wir haben genug deutsche Straftäter. Wir haben auch Migranten, die aus osteuropäischen Ländern stammen. Das ist ganz normal. Aber wirklich die Masse macht es, und die Masse sind mittlerweile in den letzten Jahren die Männer aus muslimisch geprägten Ländern.“